Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung **Der Rote Stern**

Anzeigenpreis: 13 Pf. f. d. mm Höhe u. Spalte; 70 Pf. im Textteil. Fernrufe: (Red.) 21045, (Verl.) 21047, (Prod.-Gen.) 22251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonten: Commerz- u. Privat-Bank Halle; Friedmann & Co., Halle; Kreisbank d. Saalkreises, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 106848 Fritz Koch, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. — Halle, Montag, 4. März 1929 — 9. Jahrgang * Nr. 53

Das hungernde Mansfeld rüstet zum Kampf

Ueberfüllte Versammlungen — Die Kündigungsaktion — Die Opposition entwickelt ihr Programm

Seht den Gewerkschaftsführern auf die Finger! Wählt Kampfleitungen!

Nützt die günstige Situation

zur restlosen Erkämpfung Eurer Forderungen aus

Halle, 4. März.

Während der Reichsarbeitsminister Wissell auf der Leipziger Messe unter dem Beifall der Vertreter der Großindustrie und des Großhandels Reden hielt und dabei versprach, mitzuhelfen, „die Beziehungen Deutschlands zum Auslande zu erweitern und zu vertiefen" (was Wissell durch die Abwürgung von Lohnkämpfen und die Verbindlichkeitserklärung von Hungerschiedssprüchen schon bewiesen hat und weiter beweisen wird), sammelten sich im mitteldeutschen Waldenburg, im Hungerland Mansfeld, die Arbeiter der Mansfeld A.-G. Wohl alle Versammlungen, die dortigen statfanden und zur dortigen Lohnbewegung Stellung nahmen, waren überfüllt. Dicht gedrängt saßen die Arbeiter der Mansfeld A.-G. und lauschten den Ausführungen der Referenten und der Gewerkschaftsopposition.

Sie haben es satt, sich dem Diktat der Mansfeld A.-G. zu beugen. Sie glauben das Märchen von der Notlage der MAG. schon längst nicht mehr. Sie empfinden alle das Bewußtsein der proletarischen Solidarität, die Notwendigkeit der einheitlichen Klassenfront und der revolutionären Kampfführung.

Wie ist die Lage?

Sie wurde von den Gewerkschaftsangestellten folgendermaßen geschildert: Die Mansfeld A.-G. kann zahlen. Besonders die steigenden Kupferpreise geben ihr die Möglichkeit, die Forderung der Mansfeld-Arbeiter voll zu erfüllen. Den Schiedsspruch des Schlichters, daß die Mansfeld A.-G. ab 1. Januar eine vierprozentige Lohnerhöhung zu zahlen hätte,

konnte der sozialdemokratische Reichsarbeitsminister Wissell „nur aus rein formal-juristischen Gründen (das sagte Wolfram aus Halle wörtlich in Helfta!) nicht für verbindlich erklären".

Der Schiedsspruch war nur von dem Vorsitzenden angenommen worden; die Tarifparteien hatten ihn abgelehnt. Wenn also diese „rein formal-juristischen Gründe" nicht vorlagen, hätte der sozialdemokratische Arbeitsminister Wissell diesen unmöglichen Hungerschiedsspruch für verbindlich erklärt. Inzwischen hat die Mansfeld A.-G. den bekannten Aushang angeschlagen, nach dem sie ab 1. März „freiwillig" eine etwa vierprozentige Lohnerhöhung zahlen will. Dieser freche Vorstoß der Mansfeld A.-G. brachte die Gewerkschaftsführer in eine schwierige Situation, die nur aufgewogen wird durch die große Kampfstimmung, die unter den Mansfelder Arbeitern herrscht. Als infolgedessen Herr Heinold merkte, daß die Mansfelder Arbeiter auf seinen Bauerntrick nicht hereinfielen, rief er zum Sonnabend, den 2. März, zu einer unverbindlichen Aussprache die Gewerkschaftsführer zu sich. Dort soll er sie außergewöhnlich liebenswürdig behandelt haben.

Die Mansfeld A.-G. wird nun wiederum den Schlichter anrufen und wahrscheinlich die Verbindlichkeitserklärung des alten oder eines neuen Schiedsspruches verlangen.

Inzwischen läuft

die Kündigungsaktion der Gewerkschaften.

Die Arbeiter unterzeichnen in ständig steigender Zahl die Kündigungszettel, liefern sie an die Gewerkschaften ab und diese wollen damit, wie ihre Redner wörtlich erklärten, „bei den neuen Verhandlungen Eindruck auf den Schlichter machen". Mit Pathos erklärten überall die Gewerkschaftsführer, „die Stunde ist glücklich, sie muß ausgenutzt werden". „Noch nie haben wir so wie hier die Möglichkeit gehabt, unsere Forderungen restlos durchzudrücken." Die Forderungen der Gewerkschaften sind bekanntlich von der Helbraer Konferenz auf 15 Prozent festgelegt worden.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Die „Partei der Unorganisierten"

Organisation und Klassenbewußtsein — Wer ist minderwertig?

II.

Wir Kommunisten sind die letzten, die die Bedeutung der Organisation unterschätzen. Aber es kommt nicht auf die Organisation an sich an, sondern auf den Geist, der in ihr herrscht und die Leute, die sie führen. Gewerkschaftliche Organisationen, in denen die verlogene Ideologie des Wirtschaftsfriedens zu Hause ist und deren Führer die Klasseninteressen der Bourgeoisie statt ihrer proletarischen Mitgliedermassen vertreten, haben nicht nur keinen Wert für den proletarischen Klassenkampf, sie können Hindernisse desselben sein. Das muß man offen aussprechen. Auf unseren konkreten Fall zugeschnitten heißt das: Nur wenn die Gewerkschaften von Klassenbewußtsein erfüllt sind und unter revolutionärer Führung stehen, können sie der ihnen schon von Marx zugeschriebenen Aufgabe, Hebel bei der Aenderung des jetzigen Lohnsystems, bei der Beseitigung des Kapitalismus und der Errichtung des Sozialismus zu sein, gerecht werden.

Das Klassenbewußtsein, das die reformistischen Gewerkschaftsführer mit allen Mitteln und Methoden in den Gewerkschaften durch die Ideologie der Wirtschaftsdemokratie zu ersetzen suchen, ist keinesfalls an die Organisation selbst gebunden. Stellen wir uns doch nur einmal in der Praxis vor, wie wir selbst, unsere Kollegen und Genossen, klassenbewußt geworden sind und uns den Organisationen, die zur Führung des Kampfes unserer Klasse da sind, angeschlossen haben. Wir müssen dann feststellen, daß sich im allgemeinen das Klassenbewußtsein zuerst entwickelte, und zwar auf Grund der durch Erfahrung enstandenen Erkenntnisse der gesellschaftlichen Verhältnisse, also zum Beispiel durch Teilnahme an irgendwelchen Auseinandersetzungen zwischen den Klassen. Mit diesem Wachstum des Klassenbewußtseins ist dann als Folge davon die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Zugehörigkeit zur Klassenorganisation, zu den Gewerkschaften, den Genossenschaften und schließlich zur Partei verbunden. Das Wachsen unseres Klassenbewußtseins und die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Klassen-Organisationen sind also Produkte des Klassenkampfes selbst, des lebendigen, wechselvollen, ununterbrochen auf- und abwogenden Kampfes zwischen den Klassen.

Die Entwicklung des Klassenbewußtseins ist ferner in erster Linie abhängig von den durch die gemeinsamen Produktionsverhältnisse bedingten gemeinsamen Interessen. Es wird erweckt durch den Klassenkampf selbst und führt schließlich zur Teilnahme an der Klassenorganisation.

In diesen Ausführungen ist eigentlich schon die Beantwortung der Frage, ob die Unorganisierten minderwertiger sind als die Organisierten, enthalten. Es kommt in erster Linie darauf an, daß der Arbeiter Klassenbewußtsein besitzt und es durch Teilnahme am Klassenkampf selbst beweist. Diesen Beweis führten in allen Wirtschaftskämpfen der letzten Jahre viele Zehntausende der Unorganisierten. Wer vor diesen Tatsachen die Augen verschließt, unterschlägt sich selbst eines der wichtigsten Merkmale der Linksbewegung der deutschen Arbeiterklasse und ihres wachsenden Klassenbewußtseins und Kampfwillens.

Sollen wir gewerkschaftlich Organisierten nun die Unorganisierten, die mit uns gemeinsam kämpfen, als minderwertig betrachten? Die Frage so gestellt zeigt, daß die Frage nach der Minderwertigkeit überhaupt falsch gestellt ist. Der revolutionäre Arbeiter stellt angesichts der vorliegenden Tatsachen die Frage so: Mit welchen Methoden binde ich den Unorganisierten, der mit uns kämpfte, für immer und fest an die Kampffront der klassenbewußten organisierten Arbeiter?

Die idealste Methode wäre seine freigewerkschaftliche Organisierung und Beteiligung an allen Kämpfen der Gewerkschaftsopposition. Tatsächlich ist und bleibt das auch das oberste Ziel unserer Arbeit um den Unorganisierten. Doch dieses Ziel ist nicht von heute auf morgen zu erreichen, es ist, wie wir schon sagten, letzten Endes ein Produkt des Klassenkampfes selbst, aber dieser Klassenkampf kann heute — in der Periode des Imperialismus, des sterbenden Kapitalismus (wie Lenin sagt) — nicht mehr nur als eine Schule für die Arbeiterklasse betrachtet, sondern er muß so geführt werden, daß das Proletariat siegreiche Schlachten mit ihm schlagen kann. Doch wer in einer Schlacht siegen will, führt nicht nur die höchst qualifizierten Kräfte ins Feld. Er mobilisiert alles um seine Führung, was sich zum Kampfe ge-

Zehn Jahre Komintern

Große Kundgebungen in Berlin — Die Polizei benimmt sich provokatorisch

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 4. März.

Die Kommunistische Partei veranstaltete gestern in vier verschiedenen Sälen Berlins Kundgebungen zur Feier des zehnjährigen Bestehens der 3. Internationale. In der „Plaza" waren das Parkett und die Ränge dicht besetzt. Das „Rote Sprachrohr" zeigte ein neuestes Programm, vor den Berliner Arbeitern stürmisch begrüßt. Genosse Schneller zeigte dann in seinem Referat die geschichtliche Entwicklung auf, die zur Gründung der 3. Internationale vor zehn Jahren geführt hat. Am Schlusse der Kundgebung wurde mitgeteilt, daß das „Rote Sprachrohr" vom Auto weg verhaftet worden sei, weil es seine rote Fahne mitführte.

Der Anwesenden bemächtigte sich eine berechtigte Empörung, die noch gesteigert wurde durch das unerhört provokatorische Benehmen der Polizei nach Schluß der Kundgebung, die es darauf abgesehen hatte, Zusammenstöße herbeizuführen.

Die Autos des Ueberfallkommandos fuhren rücksichtslos in die dichtstehende Masse hinein. Als ein Betrunkener, offenbar ein Agent provocateur, über die Straße torkelte, hieb ein ganz junger Beamter auf die vorbeiflutenden Massen ein. Das war das Signal für ein allgemeines Vorgehen der Polizei. Sie, in der Hauptsache junge Beamte, drangen in den Vorraum der „Plaza" ein und schlugen jeden, der ein proletarisches Abzeichen trug, nieder. Selbst vor Frauen und Kindern wurde nicht haltgemacht.

Der leitende Polizeileutnant ließ die Revolver entsichern und es nicht zu einem Blutbad kam, nur der Disziplin der Arbeiterschaft ist es zu verdanken, daß

Die Besucher der Nachmittagsveranstaltung der „Plaza" konnten nicht in das Parkett gelangen. Nur wer sich eine Autokarte mietete, hatte Aussicht, ohne Gummiknüppel über den Platz zu kommen. Reichstagsabgeordneter Genosse Schneller begab sich sofort auf das zuständige Revier, wo man ihm ausdrücklich bestätigte, daß die Genossen vom „Roten Sprachrohr" nur wegen ihrer roten Fahne verhaftet worden seien. Bis zur Stunde sind die Genossen vom „Roten Sprachrohr" und andere zahlreiche, willkürlich aus der Menge heraus verhaftete Arbeiter noch nicht wieder freigelassen.

In Lichtenberg hatten sich die Arbeiter und Arbeiterinnen im „Schwarzen Adler", Frankfurter Allee, eingefunden. Im Mittelpunkt stand eine wirkungsvolle Rede des Genossen Willi Münzenberg.

Die Zehnjahresfeier im „Kristallpalast" hatte einen glänzenden Besuch von seiten der Weddinger Arbeiterschaft zu verzeichnen. Darbietungen des Berliner Schubert-Chors sowie eines russischen Balalaika-Orchesters umrahmten die Feier und fanden starken Beifall. In seiner Ansprache gab Genosse Heinz Neumann einen kurzen Ueberblick über die Geschichte und die scharfen Kämpfe der Kommunistischen Partei und der Kommunistischen Internationale. Er brandmarkte hierbei besonders die Renegaten der Partei, die bei der Sozialdemokratie gelandet oder aber auf dem Wege zu ihr sind. Die Kommunistische Partei steht im unversöhnlichen Kampfe gegen die Opportunisten und wird gemeinsam mit dem klassenbewußten Proletariat den letzten Sieg erkämpfen.

In den überfüllten „Germania-Sälen" in Charlottenburg sprach Genosse Schiller. Erich Weinert rezitierte den Prolog „Zehn Jahre Komintern". Mit dem Gesange der „Internationale" wurde die wuchtige Kundgebung geschlossen.

Zum 10. Jahrestag der KJ.

Aufklärungskampagne in der Sowjetunion

(Inprekorr.) **Moskau**, 2. März.

Das ZK. der KPSU. beschloß, vom 4. März bis zum 1. Mai eine große Aufklärungskampagne anläßlich des Zehnjahrestages der Kommunistischen Internationale in der Partei, im Kommunistischen Jugendverband und unter den Arbeitern und Bauernmassen durchzuführen. Diese Kampagne ist die Fortsetzung der bereits nach dem VI. Kongreß von der Partei auf dem Gebiete der internationalen Erziehung der Massen begonnenen Arbeit.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290304-19/fragment/page=0001

brauchen läßt. Wir haben also nicht nur die Führung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, sondern einfach alle proletarischen Massen zu erringen.

In unserer Periode der ständigen Verschärfung der inneren und äußeren Widersprüche des Kapitalismus, der drohenden Kriegsgefahren einerseits, der Massenarbeitslosigkeit der wachsenden Rolle der ungelernten Arbeiter und der steigenden Bedeutung jener Industrien, in denen die Unorganisierten leider immer noch die Mehrheit der Arbeiter umfassen (Chemie, Bergbau), der starken Fluktuation der Gewerkschaftsmitglieder, der Ablehnung der gewerkschaftlichen Mitgliedschaft auch aus Abneigung gegen den Reformismus usw., spielt die ganze Frage eine andere Rolle als früher. Sie spielt auch deswegen eine andere Rolle, weil heute die Gewerkschaftsführer keine ernsten Versuche mehr machen, die Unorganisierten für die Gewerkschaften zu gewinnen, sondern weil sie durch ihre gesamte Politik dieselben ständig vor den Kopf stoßen und weil es höchste Zeit wird, daß die Gewerkschaftsopposition, die unter Führung der KPD. steht, von der jahrelang gepredigten Losung der Einheitsfront des Proletariats unten in den Betrieben zur Organisation dieser Einheitsfront, zum Kampf gegen die Trustbourgeoisie übergeht.

Für die Einheitsfront des Proletariats wird sich allerdings ein gewisser Teil von gewerkschaftlich organisierten — — Arbeitern niemals bewegen lassen. Es sind jene, die trotz ihres Gewerkschaftsbuches kein proletarisches Klassenbewußtsein besitzen, für die die soziale Frage gelöst ist. Es sind natürlich die Wissell und Severing, die Hermann Müller, die Rössler, die Daniel und all die vielen tausend sozialdemokratischen Funktionäre, von den Ministerstuben bis in die Betriebsrats- und Gewerkschaftsbureaus, die den Klassenkampf abgeschworen und die Wirtschaftsdemokratie auf ihre Fahnen geschrieben haben. Vom Standpunkt des proletarischen Klassenkampfes, und nur diesen Standpunkt kann ein Kommunist einnehmen, sind diese Leute minderwertiger als der unorganisierte Metallarbeiter, der sieben Wochen lang unter den größten Opfern mitgestreikt hat. Minderwertiger? Nein, diese Leute haben für das Proletariat den Wert der Feinde, denn sie sind Werkzeuge für die Bourgeoisie geworden. Diese Leute sind es, die jetzt der Kommunistischen Partei den Namen, die Partei der Unorganisierten, anzuhängen versuchen. Mögen sie das tun.

Wir werden neben dem Kampfbündnis mit den klassenbewußten Organisierten trotzdem mit allen Unorganisierten, die in den Kämpfen klassenbewußtsein gezeigt haben, zusammengehen, uns aber von der Sorte der Organisierten, wie sie Rössler und Severing darstellen, gehörig abgrenzen. Wir werden mit noch größerer Energie als bisher versuchen, diese Unorganisierten zur Stärkung der Gewerkschaftsopposition den freien Gewerkschaften zuzuführen, unter unserer Führung alle klassenbewußten Arbeiter in allen Betrieben immer mehr zur selbständigen Führung der Wirtschaftskämpfe durch gewählte Kampfleitungen übergehen und den Kampf um revolutionäre Betriebsräte aufnehmen.

Das alles steht jetzt auf der Tagesordnung!

Die SPD. auf politischem Treibeis

Halle, 4. März.

Auf dem Bezirksparteitag der SPD., der gestern in Halle im „Volkspark" tagte, kamen die schweren politischen Differenzen innerhalb dieser Partei nur mit gedämpftem Trommelklang zum Ausdruck. Die gerissenen Koalitionsschieber Ludwig und Hertz, die als Hauptvorstandsvertreter erschienen waren, sorgten für tüchtigen Gebrauch der SPD.-Seife. Trotzdem gelang es schlecht, die ideologische Pleite zu verbergen. In einer Begrüßungsrede, die Ludwig hielt, wurde mit geradezu phantastischen Mitgliederzahlen im Bezirk operiert. Dasselbe Spiel setzte dann Peters fort.

Keiwand als „Oppositionsredner" brachte allerdings in die eben gesungenen Loblieder einen schrillen Mißklang.

Er versuchte, ein Bild über den wirklichen organisatorischen Stand der SPD. zu entwerfen, das allerdings etwas anders aussieht als die gefärbten Berichte von Peters und Ludwig. In diese Mißtöne stimmte Schmidt von der Jugend ein, der mit sicherlich noch übertriebenen Zahlen feststellen mußte,

daß die SAJ. im Bezirk ein einziger Trümmerhaufen ist.

Franken, Zeitz, schimpfte mordsgrimmerlich über die Tatsache, daß in der Arbeitersportbewegung im Bezirk die Kommunisten die Führung haben. Dietrich lärmte über die falsche Politik, die die SPD. in den Kommunen führt.

Dann kam das „Volksblatt" an die Reihe.

Das „Volksblatt" wurde als das schlechteste Parteiblatt in ganz Deutschland bezeichnet.

Schulz versuchte, sich mit der steigenden Abonnentenzahl (?) zu entschuldigen, aber Möller hielt ihm entgegen, daß, wenn wirklich ein Erfolg vorhanden wäre (!!), dies der unermüdlichen Arbeit der Funktionäre zu verdanken sei und nicht seiner Schreibweise. Möller spricht dann gegen die Große Koalition und das Wehrprogramm. Ihm folgt Hertz, der die Mitglieder für die Politik der SPD. einzufangen sucht.

Bergholz markierte darauf den Linken und schimpfte in fürchterlicher Weise über das Wehrprogramm, die Koalition und die gesamte SPD.-Politik.

Ludwig vom Hauptvorstand sprach erbittert gegen die Leipziger und Bochumer Entwürfe der „Linken" für das Wehrprogramm. Er führte Bebel an und meinte, daß Bebel zwar gesagt hätte, diesem System keinen Mann und keinen Groschen, trotzdem hätte die SPD. aber auch schon vor dem Kriege „bessere Helme und bessere Uniformen verlangt". Hertz will nach seinem Schlußwort dafür sorgen, daß sämtliche Kommunisten in Mitteldeutschland zum Teufel gejagt werden. Er schimpfte auf Bergholz, der seiner Ansicht nach mit seiner Opposition den Kommunisten nur Material liefere. Eine vermanschte „linke" Resolution wurde schließlich angenommen, welche vom Magdeburger Parteitag die Ablehnung der Verabschiedung des Wehrprogramms verlangt. Hertz meinte zum Schluß ironisch, die Hochwasser- und Treibeisgefahr sei für die SPD. nicht sehr groß. Sie könne sich auf einem starken Eisbrecher ganz wohl fühlen. Dieser Eisbrecher ist die Große Koalition.

Anwesend waren 53 Delegierte, 16 Gäste, zwei Abgesandte der Jugend und zwei des Hauptvorstandes. (!!) An diesen Zahlen mag man sich ein Bild machen, von dem „großartigen Aufstieg" der SPD. im Bezirk, den das „Volksblatt" heute verkünden wird.

Trotz reformistischen Terrors — rote Betriebsräte

Die BVL.-Zahlstelle Huckarde-Ruhr nahm in ihrer letzten Mitgliederversammlung zu den Betriebsrätewahlen Stellung. Die Reformisten schlossen aber bald die Versammlung, weil sie merkten, daß diese eine oppositionelle Mehrheit hatte. Die freigewerkschaftlich organisierten Kameraden der Zahlstelle der Zeche „Hansa" riefen jedoch sofort eine Parallel-Versammlung ein, in der nur revolutionäre Betriebsräte aufgestellt und ihre Wahl beschlossen wurde.

Das hungernde Mansfeld rüstet

(Fortsetzung von Seite 1.)

Charakteristisch an den Ausführungen der reformistischen Gewerkschaftsführer ist die Tatsache, daß nur ein einziger von ihnen die Kündigungsaktion als

den Auftakt zum Streik

bezeichnete. Dieser eine, Hesse (Halle) in Helfta, machte das aber nur, um einem kommunistischen Diskussionsredner die Möglichkeit, gerade diese Tatsache festzunageln, zu nehmen. Ganz im Gegensatz zu seinen Ausführungen erklärte z. B. der Gewerkschaftsangestellte Böttcher in Wimmelburg, daß die Kündigungsaktion nur ein Druckmittel sei, aber keine Vorbereitung zum Streik.

Aber alle reformistischen Redner sangen dem Schlichtungswesen ein sehr verdächtiges Loblied. Der schon erwähnte Wolfram machte sich z. B. mit der Behauptung lächerlich, daß wir im Gegensatz zu früher eine gewaltige Veränderung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse hatten. Was hat sich denn grundlegend in Mansfeld verändert?

Keucht nicht der Mansfelder Arbeiter heute genau so, vielleicht sogar noch mehr als 1914, unter der Ausbeutung der Mansfeld A.-G.?

Dann log dieser Mensch frech darauf los, daß die Gewerkschaften infolge ihres Einflusses auf den Staat auch ohne Kampf Lohnverbesserungen erringen könnten. Den Beweis blieb er genau so schuldig wie die Untersuchung der Frage, ob sich durch Kämpfe in den einzelnen Fällen (mitteldeutscher Braunkohlenarbeiterstreik!) mehr hätte erreichen lassen als durch die Schlichtungsverhandlungen. Es ist klar, daß Wolfram nach diesen Ausführungen dann weiter wörtlich erklären mußte:

„Der Staat ist seit 1918 nicht mehr der Bundesgenosse der Bourgeoisie. 1909 ist der Mansfelder Arbeiter noch von der Polizei niedergeknüppelt worden, heute ist das nicht mehr der Fall. Heute ist der Staat der Mittler zwischen Kapital und Arbeit, der alle Dinge vom gesamtwirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet."

Wolfram vergaß dabei z. B. nur die „Kleinigkeit" zu erwähnen, daß während des mitteldeutschen Braunkohlenarbeiterstreiks 1927 Schutzpolizei zur Verteidigung der Streikbrecher vom sozialdemokratischen Polizeiminister ins ganze Kampfgebiet, besonders um die Leuna-Gruben ins Geiseltal, gelegt worden war, und es nur der Disziplin der Arbeiterschaft zu verdanken gewesen ist, daß damals dort kein Mansfeld von 1909 entstand.

Doch dann kamen die entscheidenden Sätze:

„Weil der Staat nur Vermittler zwischen Kapital und Arbeit ist, kann er nicht immer alles voll erfüllen, was die Arbeiterschaft verlangt."

Dieser Satz war die Vorbereitung der Kapitulation unter einem elenden Hungerschiedsspruch.

Darum war es richtig, daß die Gewerkschaftsopposition überall die Kündigungsaktion als ein schlechtes Manöver kennzeichnete, das nicht der Vorbereitung des Kampfes, sondern seiner Verschleppung dienen und der Kapitulation unter das drohende Schlichtungsdiktat den Weg bereiten soll. In diesem Sinne sprach z. B. gegen den Willen der Verbandsbureaukratie

Genosse Lademann in der Hettstedter Versammlung

und brachte folgende Entschließung zur Abstimmung:

Die am Sonntag, dem 3. März, in Hettstedt tagende Belegschaftsversammlung der Arbeiter aus den Betrieben der Mansfeld A.-G. hat Stellung zur Lohnbewegung genommen. Das Angebot der Mansfeld A.-G., 4 Prozent Lohnzulage ab 1. März zu zahlen, ist eine Verhöhnung der Mansfelder Arbeiter.

Die jetzt eingeleitete Kündigungsaktion ist unzureichend und stellt nicht den tatsächlich vorhandenen Kampfwillen der Mansfelder Berg- und Hüttenarbeiter dar.

Die Versammelten rufen alle Belegschaften auf, sofort alle Vorbereitungen zum aktiven Kampf in den Betrieben zu treffen. Die Entscheidung über alle Maßnahmen muß in den Händen der Belegschaften selbst liegen. Seid wachsam, wählt eigene Kampfleitungen. Der Kampf muß geführt werden:

1. Um Verringerung der Lohnklassen auf fünf.

2. Für den Spitzengrundlohn von 8,40 Mk. pro Schicht und der Staffelung der Löhne, wie sie in den Beschlüssen der Belegschaften der Krughütte und des Wolfschachtes niedergelegt sind.

Allen noch den freien Gewerkschaften fernstehenden Kameraden rufen wir zu:

Organisiert Euch in den freien Gewerkschaften!

Schafft durch revolutionäre Arbeit und durch ein festes Bündnis aller Arbeiter die Vorbedingungen für den erfolgreichen Kampf.

Gegen diese Entschließung wagten selbst die anwesenden sozialdemokratischen Funktionäre nicht zu stimmen; ein kleiner Teil von ihnen enthielt sich allerdings der Stimme.

Die Opposition verschaffte sich in vielen Orten gegen den Willen der reformistischen Bureaukratie das Wort. So in Helfta, Eisleben, Hettstedt, Hergisdorf, Wolferode, Creisfeld, Helbra usw. Wohl überall sprachen zahlreiche, bei der Mansfeld A.-G. beschäftigte oppositionelle Betriebsarbeiter. Große Zustimmung fand Genosse Schlag in der Versammlung in Eisleben, in der auch viel Frauen anwesend waren, mit der Uebermittlung von Kampfgrüßen der Braunkohlenarbeiter von Probstzella (Sachsen), die ein gemeinsames Vorgehen der gesamten Bergarbeiterschaft verlangten. Seine Mitteilung, daß er als Landtagsabgeordneter im Hauptausschuß schon einen Vorstoß für die Mansfelder Arbeiter (Unterstützung der Unorganisierten usw.) gemacht hat, wurde ebenfalls lebhaft begrüßt.

Mit aller Schärfe traten die oppositionellen Redner den Lügen der Gewerkschaftsbureaukratie über

die Stellung der Opposition zu den Unorganisierten

entgegen. In der Hettstedter Versammlung nagelte neben dem Genossen Lademann auch ein oppositioneller Betriebsarbeiter fest, daß der Gewerkschaftsangestellte Sauer im Referat selbst geschildert hat, daß er unter den Unorganisierten für den Verband geworben habe und ihm dabei folgendes, was die Einstellung der Opposition zu den Unorganisierten bestätigt, gesagt worden sei:

„Die Unorganisierten haben mir gesagt: Ihr streiten mit. Auf die Frage, warum organisiert Ihr Euch nicht, erklärten sie: Weil Ihr Gewerkschaftsführer bisher keine Aktion zur Besserstellung unserer Lebenshaltung durchgeführt habt."

Auch im Mansfelder Land werden die Unorganisierten auf der Seite der Opposition kämpfen. Darum gilt es, sie in der kameradschaftlichsten Weise zu unterstützen bzw. ihre Unterstützung für den Streik durch die Kommunen und durch die Solidaritätsaktion des gesamten mitteldeutschen Proletariats jetzt schon zu organisieren. Vermutlich werden die Gewerkschaftsführer, genau wie im mitteldeutschen Metallarbeiterstreik, diese Maßnahmen ablehnen, denn im Interesse des Wirtschaftsfriedens und der Koalitionspolitik wollen und müssen sie die Einheitsfront der Arbeiterschaft und die damit verbundene Stärkung der Kampfkraft der Massen verhindern.

Darum müssen unter Führung der Gewerkschaftsopposition die Arbeiter sofort von sich aus die notwendigen Maßnahmen treffen, für jeden Betrieb eine Kampfleitung wählen, die in jeder Beziehung die Interessen der Gesamtbelegschaft wahrnimmt.

Neben dieser Forderung wandte sich die Opposition gegen die Lohnforderung von 15 Prozent.

Fort mit der großen Staffelung der Löhne

in über 150 Stufen, fort mit der großen Lohndifferenz zwischen den einzelnen Berufsgruppen, Angleichung der Löhne dadurch, daß eine einheitliche Lohntafel aufgestellt, den unteren Löhnen bedeutend mehr zugelegt wird als den höheren Löhnen.

Die Richtigkeit dieser Forderung wurde überall dadurch bestätigt, daß die Kameraden auf die mit ihrer besseren Zahlung zusammenhängenden Einstellung mancher Akkordhäuer hinwiesen und sich, wie Kamerad Krause in Helbra, zu den Forderungen der Opposition bekannten. Als entscheidende Frage stellte die Opposition in den Vordergrund:

Werden die Gewerkschaftsführer sich einem neuen Schiedsspruch fügen, der nicht viel besser ist als der alte, aber von Wissell nicht mehr „aus rein formal-juristischen Gründen" abgelehnt werden kann, sondern für verbindlich erklärt werden wird.

Auf diese Frage haben die Referenten der Verbände durch ihre Loblieder auf das Schlichtungssystem und die Proklamation ihrer Schlichtungstreue geantwortet. Diese Antwort lautet in der nüchternen Sprache der Tatsachen:

Die Gewerkschaftsführer werden sich jedem verbindlich erklärten Schiedsspruch beugen. Doch solchen Schiedssprüchen beugen, das hieße, das Elend der Mansfelder Arbeiter wieder auf Jahre hinaus verlängern.

Darum dürfen die Kameraden der Mansfeld A.-G. die Leitung ihres Kampfes den Gewerkschaftsführern nicht blindlings überlassen. In ihren eigenen Händen müssen sie die Entscheidung über Kampfaufnahme, -durchführung und -beendigung tragen. Durch ihre selbst gewählten, aus den erfahrensten, aktivsten und entschlossensten Kameraden bestehenden Kampfleitungen müssen sie auch gegen den Willen der mit Staat und Trustbourgeoisie eng verknüpften Gewerkschaftsbureaukratie den Kampf aufnehmen und durchführen.

Nur auf diesem Wege wird es möglich sein, einen Erfolg zu erringen, der der jetzigen äußerst günstigen Kampfsituation entspricht.

Darum jetzt den Gewerkschaftsführern nicht nur aufs Maul sehen, ihnen auf die Finger!

Werdet Mitglieder der freien Gewerkschaften, um darin gemeinsam mit der Opposition um eine Führung der Gewerkschaften zu ringen, die nicht an die Interessen einer Koalitionspolitik gekettet ist und darum erfolgreiche Kämpfe führen kann.

Organisiert diese Führung sofort in den Betrieben durch den engsten Zusammenschluß der gesamten Belegschaft unter der Leitung von Kampfleitungen, die von den Belegschaften selbst gewählt und in keiner Weise von der Bureaukratie abhängig sind.

Nieder mit der Hungerdiktatur der Mansfeld A.-G.! Es lebe der Kampf des Mansfelder Bergarbeiters gegen das Joch der Ausbeutung, für die Erhöhung seiner Hungerlöhne!

Berliner Fälscherzentrale gegen Sowjet-Rußland

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 4. März.**

Berliner Zeitungen veröffentlichten am Sonntag eine Mitteilung über die Aushebung einer gegen Sowjet-Rußland arbeitenden Fälscherzentrale in Berlin. Das Polizeipräsidium teilt dazu mit, daß in der amerikanischen Presse über die Verhaftung von vier Personen durch die Berliner politische Polizei berichtet wird, die im Verdacht stehen, politische Dokumente angefertigt und verkauft zu haben. Es handelt sich um zwei frühere russische Staatsangehörige, die bereits 1928 im Verdacht standen, Hersteller von angeblichen Originaldokumenten der Kommunistischen Internationale zu sein, und um zwei andere Personen, deren Namen die Polizei aber nicht nennt und denen angeblich eine „wesentliche" Beteiligung nicht nachgewiesen werden konnte. Diese beiden letzteren sind wieder entlassen worden. Die bei den beiden Russen Orloff und Pawlonowski vorgenommene Durchsuchung förderte ein reiches Material an Entwürfen für Dokumente, eine umfangreiche Kartei über politische Personen, photographische Apparate, Stempel, Pässe usw. zutage. Die Berliner politische Polizei ist erst auf eine Anzeige eines amerikanischen Journalisten eingeschritten, dem die Russen drei Urkunden angeboten hatten. Das Berliner Polizeipräsidium behauptet, daß die Nachricht amerikanischer Zeitungen, daß Orloff und Pawlonowsky gestanden hätten, den sogenannten Sinowjew-Brief angefertigt zu haben, nicht zutreffe.

Konkordatsentwurf nach Rom!

Den Arbeitern wieder verheimlicht

Aus der „Kölnischen Volkszeitung" erfährt man, daß der Entwurf des Konkordatsvertrages zwischen dem Vatikan und Preußen bereits nach Rom geschickt ist, wo er einer letzten Ueberprüfung unterzogen werden soll.

Rom darf den Schandvertrag sehen. Das preußische Parlament nicht. Das wagen dieselben Sozialdemokraten dem Volke zu bieten, die vor dem Kriege sich mit Recht über die schändliche Geheim- und Dunkelkammerpolitik entrüsteten, die sie jetzt selbst betreiben. Zur höheren Ehre der Schulbetriebsordnung werden die Arbeiter von Braun und Grzesinski hintergangen, um schließlich vor die vollendete Tatsache des abgeschlossenen Konkordats gestellt zu werden.

Streichung der Mittel für produktive Erwerbslosenfürsorge?

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 4. März.**

Die „Welt am Montag" erfährt aus parlamentarischen Kreisen, daß der Reichsfinanzminister in den nächsten Tagen mit Vertretern der Volkspartei über die von ihr geforderten Streichungen im Etat verhandeln wird. Die Volkspartei fordert vor allem neben der Kürzung der Länderüberweisungen und Ausstrichen im Etat des Luftverkehrs und der Kabelbauten die Streichung der Ausgaben für die produktive Erwerbslosenfürsorge. Nachdem wird der Reichsfinanzminister auch mit anderen Forderungen aber den Etat verhandeln. Zurzeit scheint eine Verständigung noch fraglich, da die Volkspartei auch den völligen Verzicht auf neue Steuern fordert.

Der RFB. in Hindenburg (Oberschlesien) hatte für gestern eine Demonstration angekündigt, worauf die Polizei ankündigte, unter Anwendung aller Machtmittel die Demonstration zu verhindern.

In Peking meuterten Soldaten der Nordtruppen in Regimentsstärke. Die Behörden boten zahlreiche Kräfte auf, um die Meuterer gefangen zu nehmen. Es handelt sich hier nicht um eine Einzelerscheinung, sondern um die Fortsetzung der revolutionären Bewegung.

Das englische Luftfahrtbudget beträgt für 1929 16 200 000 Pfund Sterling. Diese Zahl gibt schon allein zu erkennen, daß sich der englische Imperialismus viel vorgenommen hat.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290304-19/fragment/page=0002

Der Bergkumpel im Landtag

Die preußischen Siedlungsskandale am Pranger — Bergarbeiter Genosse Schlag spricht

Der Landtag hat am Sonnabend die Beratung des Wohlfahrtsetats in zweiter Lesung zu Ende geführt. Hierbei kam bei dem Abschnitt „Wohnungs- und Siedlungswesen" von der KPD.-Fraktion noch der Genosse Schlag zum Wort, um die Mißstände zu brandmarken, die bei den Treuhandgesellschaften, Kleinsiedlungsgesellschaften und Bergmannswohnstätten-Genossenschaften herrschen.

Wegen der beschränkten Redezeit war es ihm nicht möglich, alles Material anzuführen, um zu beweisen, daß mit Hilfe des Staates und der Klassenjustiz an den Siedlern ein Betrugsmanöver durchgeführt wird. Genosse Schlag wies eingangs darauf hin, daß

die Mitteldeutsche Treuhandgesellschaft

3700 Siedlungshäuser, die mit öffentlichen Mitteln errichtet worden sind, verwaltet, ohne daß die Oeffentlichkeit bis jetzt die geringste Kontrolle der Einnahmen hat. Diese 3700 Siedlungshäuser haben einen Wert von 14 840 700 Goldmark. Annähernd die Hälfte dieser Häuser ist durch die Siedler auf Grund nicht notariell bestätigter Kaufverträge erworben worden. Die Gewerkschaften, allen voran der Bergarbeiterverband, haben damals diese Dinge gesehen, die Siedler aber nicht darauf aufmerksam gemacht, daß sie unbedingt einen gerichtlichen notariellen Kaufvertrag haben müssen, und heute stellt sich heraus, daß die Treuhandgesellschaften von diesem Kaufvertrag zurücktreten, weil er nur formale Bedeutung hat.

Die Einnahmen der Mitteldeutschen Treuhandgesellschaft betragen jährlich über eine halbe Million Mark an Zinsen und Mieten, die die Bergarbeitersiedler zahlen müssen. Da ein Teil der Bergarbeitersiedler durch die Nationalisierung jedoch nicht mehr im Betriebe tätig ist, erhöhen sich die Einnahmen gewaltig durch die höhere Miete, die sie nun zahlen müssen.

Durch die immer mehr speziell im mitteldeutschen Bergbau fortschreitende Rationalisierung sind die Belegschaften zu 50 Prozent abgebaut worden. Darunter befindet sich auch ein großer Teil der Bergarbeitersiedler. Die Treuhandgesellschaft wendet nun die Bestimmungen des Kaufvertrages an. Darin wird u. a. gesagt, daß das Siedlungshaus geräumt werden muß und daß die Treuhandgesellschaft vom Kaufvertrage zurücktreten kann, wenn der Siedler seine Tätigkeit im Bergbau aufgibt. Er hat seine Tätigkeit aber nicht freiwillig aufgegeben, sondern ist ein

Opfer der kapitalistischen Rationalisierung

geworden. Man fordert nun von dem betreffenden Siedler, daß er vom Kaufvertrag zurücktreten soll, weil die Treuhandgesellschaft einen Mietvertrag abschließen will.

Obwohl seitens des Reichsarbeitsministers und des Reichswirtschaftsministers unter dem 17. Mai 1927 eine Verfügung erlassen worden ist, daß diejenigen Bergarbeitersiedler, die nicht mehr in Siedlungshäusern wohnen, Zinsen zahlen sollen, tritt die Treuhandgesellschaft vom Kaufvertrage zurück und schließt den Mietvertrag gegen den Willen der Siedler ab.

Ein anderes Kapitel bilden die Bergmannswohnstättengesellschaften im Geiseltal und im Braunkohlenrevier Borna-Grimma. Die Treuhandgesellschaft Halle hat in Verbindung mit der Bergmannswohnstättengesellschaft bei den bürgerlichen Gerichten ein Urteil in solchen Fällen beantragt.

Dieses zeigt, daß sich die Klassenjustiz zu den Grubenbaronen gesellt und in derem Interesse Schandurteile fällt. Trotz Kaufvertrages, der nach Treu und Glauben zwischen dem Siedler und der Treuhandgesellschaft vereinbart worden ist, soll nach den Gerichtsurteilen der Siedler aus dem Hause herausgesetzt werden. Die Siedler, die durch die sauer verdienten Groschen sich ein Grundstück erworben haben, sind elend belogen und betrogen worden. Die Sozialdemokraten sind für diese Dinge mitverantwortlich, da sie alle Maßnahmen der Kapitalsmagnaten gutheißen.

In der Bergmannswohnstättengesellschaft im Braunkohlenbezirk Borna-Grimma erhält der „ehrenamtliche" Geschäftsführer jährlich 3500 Mk. Es handelt sich um einen Syndikus. Er hat auch noch einen Buchhalter. Ein Buchhalter, ein Tippfräulein, Autos, alles wird zu Lasten der Bergarbeiter bezahlt. So sind die Mieten jetzt erst wieder um 30 Prozent erhöht. Solche Zustände spielen sich nicht nur in Mitteldeutschland ab, sondern ebenfalls in Arnswalde, wo die Siedlungsgesellschaft in Berlin-Brandenburg dominiert, ferner im Mansfeldischen und im Ruhrkohlenbergbau.

Es sind an bestimmter Stelle des Etat 177 Millionen Mk. eingesetzt für das Siedlungswesen. Wir fordern, daß der eingesetzte Betrag vollständig für Hauszinssteuerhypotheken

zur Förderung des Kleinwohnungsbaues

Verwendung findet. Ich habe vorhin einige Fälle skizziert, wonach diese Mittel nicht dementsprechend verwendet werden. Erst im letzten Jahre sind dem Michel-Konzern im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau wieder 136 000 Mk. zur Verfügung gestellt worden. Der Konzern wird natürlich die von ihm errichteten Wohnungen als Werkswohnungen verwenden. Diese und ähnliche Zustände veranlassen uns, die Mittel hierfür nicht zu bewilligen. Genosse Schlag kennzeichnet noch einen typischen Fall, der sich bei der Siedlungsgesellschaft Ostpreußen zugetragen hat.

Die kommunistische Fraktion hat im Hauptausschuß Anträge zur Aenderung dieser Verhältnisse eingebracht. Alle Parteien haben diesen Antrag im Interesse der Koalitionspolitik mit Hilfe der Sozialdemokraten niedergestimmt.

Unter den aus dem Bergbau Entlassenen befindet sich ein Teil sozialdemokratischer Siedler, die allmählich begreifen werden, warum Sie (zu den Sozialdemokraten) im Hauptausschuß des Landtags diesen Antrag niedergestimmt und nichts für die Siedler getan haben. Die Bergarbeitersiedler haben in allen Versammlungen ihren Willen kundgetan, und den Koalitionsparteien ihr Mißtrauen ausgesprochen,

die gegen diese Anträge gestimmt haben. Sie werden hier im Plenum Farbe zu bekennen haben, ob sie unsere Anträge erneut niederstimmen. Wir werden nicht verfehlen, ihnen die Maske vor den Siedlern vom Gesicht zu reißen, und ihre Politik draußen im Lande anprangern.

Unser Antrag, Drucksache 1565, sieht vor, daß 1. die Grundstücke der mitteldeutschen Bergmannssiedler endlich aufgelassen werden, 2. die Zinssätze der Beihilfehypothek nach wie vor für alle Siedler auf 4 Prozent bestehen bleiben, 3. weder das Rückkaufsrecht noch die Exmission gegen solche Siedler ausgeübt wird, die infolge der Rationalisierung auf absehbare Zeit im Bergbau keine Beschäftigung mehr finden können.

Wie es die Kleinsiedlungsgesellschaft Mansfelder Land treibt,

möchte ich an einem hahnebüchenen Beispiele zeigen. Dort hat man ebenfalls aus öffentlichen Mitteln sogenannte Landarbeitereigenheime zum Preise von 5658,75 Mk. pro Heim errichtet. Die Auflassung ist erfolgt. Der landwirtschaftliche Arbeiter Vetter aus Polleben, der vom vierzehnten bis zum siebenundsechzigsten Lebensjahre in der Landwirtschaft tätig war, wurde im Jahre 1928 wegen hohen Alters entlassen. Anfragen bei den Landwirten in der Umgegend nach Arbeit scheiterten; er bekam von allen Gutsbesitzern den Bescheid, daß er wegen seines Alters nicht eingestellt werden könne. Er verrichtet nun Arbeit in der Gemeinde und nebenbei landwirtschaftliche Arbeit; sein Sohn, der bei ihm wohnt, ist Landarbeiter. Dieser Landarbeiter Vetter wurde nunmehr bei der Regierung Merseburg angeschwärzt, daß er nicht mehr in der Landwirtschaft tätig sei. Daraufhin erhielt er von dem sozialdemokratischen Regierungspräsidenten Grützner in Merseburg folgendes Schreiben:

„Das von Ihnen mit Mitteln der werteschaffenden Arbeitslosenfürsorge errichtete Landarbeiterheim wird nach mir zugegangenen Berichten nicht den grundbuchlich gesicherten Bedingungen entsprechend benutzt. Ich fordere Sie auf, gemäß Absatz 3 b der Eintragungsbewilligung, den noch nicht getilgten Teil des Ihnen gewährten Darlehns zuzüglich eines Zuschlages von 25 Prozent, insgesamt 5658,75 Mk., bis zum 20. Februar 1929 an die Regierungshauptkasse zu zahlen. Sollte der Betrag bis zu dem fraglichen Zeitpunkt nicht eingegangen sein, werde ich das Zwangsversteigerungsverfahren gegen Ihr Grundstück einleiten. Regierung Merseburg."

(Hört! Hört! bei den Komm.)

Wir werden die Siedler auffordern, den verschärften Kampf gemeinsam mit der Kommunistischen Partei zu führen. Diesen Kampf können die Siedler nicht unter der schwarzrotgoldenen Fahne führen, sondern nur unter der roten Fahne der Kommunistischen Partei, unter dem Banner der kommunistischen Internationale. (Bravo! bei den Komm.)

Revolution in Veracruz?

(WTB.) Stadt Mexiko, 3. März.

Die Hauptstadt ist in großer Aufregung über Gerüchte von dem Ausbruch der Revolution in Veracruz, wohin keine telegraphische Verbindung mehr besteht und wo die Zensur eingeführt sein soll. Truppentransporte bewegten sich heute nachmittag durch die Stadt.

Die Revolutionäre haben die Stadt Nogales im Staate Sonora heute nachmittag eingenommen. Sie wurden von Regierungstruppen unterstützt, die unter dem Befehl des Generals Jesus Aguirre und des Gouverneurs von Topete, General Manzo, stehen. Verschiedene Städte im Staate Veracruz haben sich ebenfalls erhoben.

Die Revolution hat sich, wie die Berichte sagen, auch auf den Isthmus von Tehuantepec ausgedehnt. Heute abend wurde die Zensur über das ganze Bundesgebiet verhängt.

Die mexikanischen Bundestruppen meutern

(WTB.) Tampico, 3. März.

Der Leiter der militärischen Operationen im Staate Tamaulipas hat ein Kommuniqué veröffentlicht, in dem erklärt wird, daß drei Bataillone, die unter dem Befehl Aguirras stehen, meutern.

Neue Aufstandsbewegung in Spanien

Nach einer WTB.-Meldung geht von Barcelona aus eine neue Verschwörung gegen das spanische Diktaturregiment aus. Eine große Zahl unzufriedener Infanterieoffiziere und Mannschaften sollen gemeinsame Sache mit den nach der Erhebung von Ciudad Real entlassenen Artilleristen machen.

Die Wahlen in der Sowjetunion

(Eig. Meld.) Moskau, 2. März.

Ueber den Verlauf der Sowjet-Wahlen liegen bereits einige Teilergebnisse vor. In der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjet-Republik haben von 1 823 169 städtischen Wählern an den Wahlen 1 232 269 Wähler oder 70,9 Prozent teilgenommen. Bei der letzten Wahlkampagne 1927 betrug die Wahlbeteiligung 54,5 Prozent.

Von den gewählten Mitgliedern des städtischen Sowjets sind 26 Prozent Frauen, während es 1927 20,7 Prozent waren. Der Prozentsatz der Kommunisten und der Mitglieder des Kommunistischen Jugendverbandes in den städtischen Sowjets beträgt 50 Prozent anstatt 49,1 Prozent im Jahre 1927.

In den Dörfern haben von 27 095 964 Wählern an den Wahlen 16 420 379 Wähler oder 60,6 Prozent teilgenommen. (1927 betrug die Wahlbeteiligung 47,5 Prozent.)

In die Dorfsowjets wurden diesmal 19,1 Prozent Frauen gewählt anstatt 11,3 Prozent im Jahre 1927. Mitglieder der Partei und des Jugendverbandes sind 14,6 Prozent (1927 waren es 13 Prozent).

Bis jetzt liegen die Ergebnisse von 39,6 Prozent der städtischen und 63 Prozent der ländlichen Sowjets vor.

Wiener Proletariat gegen Faschismus

(Inprekorr.) Wien, 2. März.

Heute fand eine Sitzung des österreichischen Antifaschistischen Komitees statt, in der zu dem von der Kommunistischen Partei und der Arbeiterwehr für den 10. März angekündigten Gegenkundgebung gegen die faschistische Demonstration vom 24. Februar Stellung genommen wurde. Es wurde beschlossen, an dieser Kundgebung teilzunehmen, einen Aufruf in diesem Sinne zu erlassen und in der Provinz anläßlich der Berliner Konferenz am 10. März Kundgebungen zu organisieren. Zur Berliner antifaschistischen Konferenz sind in den Betrieben bisher drei Delegierte gewählt worden, darunter ein Sozialdemokrat.

Berichtigung. In der ersten Zeile der ersten Seite ist uns am Sonnabend ein Druckfehler unterlaufen. Statt Meldungen muß es natürlich Versuche heißen.

PETROLEUM

ROMAN VON UPTON SINCLAIR

Autorisierte Übersetzung aus dem amerikanischen Manuskript von HERMYNIA ZUR MÜHLEN

Copyright 1927 by MALIK-VERLAG A.-G., Berlin W 50

Er erzählte die Geschichte jenes Abends, schilderte die verschiedenen Personen, und wie sie sich benommen hatten. Paul hatte gesagt, das sei ein kleiner, der Weltkrieg aber ein großer Petroleumkrieg gewesen, im übrigen glichen sie einander völlig. Während die beiden noch sprachen, öffnete sich die Tür, und eine dicke, rotbäckige Frau in einem schmutzigen Schlafrock trat heraus. „Das ist Frau Groarty!" rief Bunny. Er sprang aus dem Auto: „Guten Tag, Frau Groarty!" Sie hatte ihn seit so vielen Jahren nicht gesehen, er mußte ihr sagen, wer er sei, der kleine Junge, erwachsen, verheiratet! Man kann es kaum glauben, nein, wie die Zeit vergeht! Und Herr Roß ist tot? Frau Groartys Gatte hatte die traurige Nachricht in der Zeitung gelesen. Sie wußte, daß die Roß sehr reich geworden waren, deshalb regte sie der Besuch auf, sie lud sie ins Haus, etwas beunruhigt, weil die Stuben nicht in Ordnung waren.

Die beiden kamen der Aufforderung nach. Da war das Zimmer, gänzlich unverändert, nur anscheinend kleiner geworden und verstaubt. Und da das Fenster, an dem Bunny Pauls flüsternder Stimme gelauscht. Und da, bei Gott, „Der Führer der Dame, ein Leitfaden zur Vornehmheit", noch immer auf dem Mitteltisch liegend, golden und blau, von Fliegen beschmutzt. Daneben ein Stoß von Akten, mit Bändern und einem Siegel zusammengehalten. Frau Groarty merkte, daß Bunnys Augen darauf ruhten, und sehnte sie sich danach, jemandem ihre Sorgen zu erzählen: „Das sind die Akten über unser Grundstück", erklärte sie. „Ich nahm sie dem Rechtsanwalt fort, der steckt unser Geld ein und tut nichts dafür."

Sie zeigte zahllose Aktenstücke, Forderungen, Verträge, Steuerbelästigungen, — vierhundert Seiten; es wurde einem schwindlig, wenn man nur darin blätterte. Und das alles, um über den Besitz eines Bodens zu entscheiden, der zehntausend Tonnen Petroleum hätte geben sollen und weniger als tausend gegeben hatte! Hier sah man, wohin das Geld gekommen war: blasse Stenotypistinnen hatten ganze Tage dieses Geschwätz abgetippt, blasse Angestellte hatten die Daten überprüft, nachgesehen, niedergeschrieben; es gab in Angel City Männer, die dadurch mächtige Magnaten geworden waren, daß die Tausende von Sklaven und Sklavinnen hielten, die derartige Dokumente zusammenstellten, überprüften, abschrieben und durchsahen.

IV

Bunny und Rachel aßen zu Abend und spazierten am Strand. Es war eine jener warmen Nächte, wie sie bisweilen in Südkalifornien vorkommen; über dem Meer glänzte der Mond, die lange Mole war hell erleuchtet, der Klang eines Orchesters lockte die Lebenden an. Am Eingang der Mole befand sich ein großer leerer Saal, der der Stadt gehörte, und wo ein äußerst ehrbares Tanzvergnügen von den frommen Stadtbehörden überwacht wurde. Auch Bunny und seine junge Frau tanzten.

Aber kaum verstummte das Orchester, da erschütterte etwas den Saal, ein dumpfer, schwerer Schlag, gleich fernem Donner, der die Fenster klirren machte. „Was ist das?" fragte Rachel. „Ein Erdbeben?"

„Die Geschütze," erwiderte Bunny.

„Geschütze?" Bunny mußte es ihr erklären: die Flotte hatte Schießübungen. Im Hafen waren etwa zwanzig Kriegsschiffe stationiert. Lebte man in der Nähe der Küste, so konnte man Tag und Nacht das Schießen hören.

Rachel wollte nicht weitertanzen.

Sie fuhren den Kai entlang; er erstreckt sich auf etwa zwanzig Meilen, führt an Städten, Docks, Brücken, Bahngleisen, Betrieben und Grundstücken für Arbeiterhäuser vorbei. Hier wird in großer Eile einer der größten Welthäfen geschaffen, und jene, die die Arbeit leisten, die Herren des Kredits, erblicken vor sich das schauerliche Gespenst der direkten Aktion, des Syndikalismus. Hier haben die J. W. W.s ihr Hauptquartier, wo sie zusammenkommen, um das Programm zu besprechen, und die Herren führen gegen sie einen unentwegten Kampf.

Ruth hatte Bunny die Adresse einer dunklen, engen Gasse im Arbeiterviertel gegeben. Hier befand sich ein geräumiger Saal, die Fenster waren erhellt, Klaviertöne klangen heraus, und eine singende Kinderstimme. Bunny erspähte zwischen den zahlreichen Autos eine leere Stelle und wollte hinfahren, da packte Rachel ihn am Arm: „Stoppe!" Die Straße entlang rasten einige Autos, je zwei in einer Reihe, so daß sie den ganzen Platz einnahmen. Aus ihnen sprangen etwa fünfzig Männer, mit Knüppeln, Hacken und Eisenstangen bewaffnet. Sie stürmten auf den Eingang zu. Einen Augenblick später verstummte die Musik. Dann hörte man Schreie, den Lärm splitternden Glases und schwerer Schläge.

„Sie überfallen sie!" rief Bunny und wollte ins Haus stürzen, aber Rachel schlang die Arme um ihn und riß ihn auf den Sitz zurück. „Nein! Nein! Bleib ruhig! Was kannst Du tun?"

„Mein Gott, wir müssen etwas tun!"

„Du bist unbewaffnet, kannst die Bande nicht aufhalten. Wirst höchstens totgeschlagen. Bleib ruhig!"

Von drinnen drang wildes Geschrei heraus; der Saal war wohl überfüllt, und alle schienen aus Leibeskräften zu brüllen. Dazu der schauerliche Ton der Schläge. Man wußte nicht, ob sie auf Menschenleiber oder Möbel niedersausten. Bunny war halb wahnsinnig. Er versuchte, sich loszureißen, aber Rachel rang mit ihm wie eine Verrückte. Er hatte nie geahnt, daß sie solche Kräfte besaß. „Nein, Bunny, nein! Um Gottes willen! Um meinetwillen! Bitte, bitte!" Sie fühlte in diesen grauenhaften Augenblicken die Angst, die sie bis an ihren Tod verfolgen würde: eines Tages wird es in diesem furchtbaren Klassenkampf die Pflicht ihres Mannes sein, sich töten zu lassen. Aber noch nicht, noch nicht, nicht in ihren Flitterwochen!

Das Ganze war wie ein Wirbelsturm, der abflaut, ehe man ihn völlig erfaßt hat. Die Angreifer verließen den Saal ebenso schnell, wie sie ihn betreten hatten; sie zerrten ein halbes Dutzend Gefangener hinter sich her, warfen sie in die Autos, deren Motoren noch im Gang waren, und rasten dann die Straße entlang. Es wurde still.

Nun endlich konnte Bunny aus dem Auto springen und in den Saal rennen. Rachel hinter ihm her. Er hatte nur einen Gedanken, wie in jener Nacht, da er auf Frau Groartys Hof umhergelaufen war und „Paul! Paul!" gerufen hatte. Bestimmt hatten die Leute auf ihrem Lynchausflug Paul mitgenommen, und wie wird er ihn retten können?

Schon in der Tür sah er einen Mann mit einer großen Wunde an der Stirn blutüberströmt herausschwanken. Er konnte nicht sehen und schrie: „Die verfluchten Hunde! Die verfluchten Hunde!" Neben ihm stand ein Mann, der einen Messerstich in die Hand erhalten hatte; eine Frau zerriß ihren Rock, um einen Verband zu machen. Ein kleines Mädchen lag brüllend vor Qual auf dem Boden; jemand zog ihm die Strümpfe aus, und die Haut kam in Fetzen mit. „Sie warfen das Kind in den Kaffeekessel!" sprach eine Stimme in Bunnys Ohr. „Jesus Christus, sie warfen die Kinder in den siedenden Kaffee!"

Ueberall herrschte Verwirrung, Frauen hatten hysterische Anfälle, lagen schluchzend auf der Erde. Es gab nicht ein Möbelstück, das ganz geblieben war, die Sessel waren mit Beilen zerhackt worden, die Eingeweide des Klaviers hingen auf den Boden herab. Tische waren umgeworfen, Teller und Tassen zertreten, der Kaffeekessel war umgestoßen worden. Zuerst aber hatten die Angreifer drei Kinder hineingeschleudert; das Fleisch war von ihren Beinen gebrüht worden, sie waren Krüppel fürs Leben. Eines der Kinder war ein zehnjähriges Mädchen, das mit seiner süßen Stimme eine sentimentale Ballade und revolutionäre Lieder gesungen hatte. Der Führer der Bande hatte es von der Plattform gestoßen: „Wir werden Dir das verdamme Maul stopfen."

Was bedeutete dieser Ueberfall? Der Presse nach war er eine Folge der patriotischen Empörung der Matrosen. Auf einem der Kriegsschiffe hatte sich eine Explosion ereignet, bei der einige Leute ums Leben gekommen waren, und die Zeitungen hatten die Nachricht verbreitet, daß die J. W. Ws. vor Freude darüber gelacht hätten. Das ist ein alter Kniff der Herrenpresse. Im alten Rußland wurden die Schwarzen Hundert durch das Märchen der Ritualmorde aufgepeitscht, in England fälscht die Regierung Briefe, die angeblich von Sowjetführern geschrieben worden sind, und benützt sie, um einen Wahlsieg zu erringen. In Amerika wird das Deportationsdelirium durch eine große Anzahl offiziell beglaubigter, gefälschter Dokumente geheiligt.

Die Blätter des Gesetzes und der Ordnung erklärten, daß der Ueberfall ein spontaner gewesen sei. Eines wirkte auffällig: bei allen früheren Versammlungen der J. W. Ws. hatten sich Polizisten eingefunden, um verbrecherische Aeußerungen zu protokollieren; an jenem Abend aber war kein einziger Polizist in der Nähe gewesen. Keine Behörde griff ein, — niemand wurde für diesen mörderischen Ueberfall bestraft.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290304-19/fragment/page=0003

Vertröstungen für die älteren Angestellten

Präsident Loebe teilte bei Eröffnung der Freitagssitzung des Reichstags mit, daß Abgeordneter Stoecker beabsichtige, eine Protesterklärung abzugeben wegen der Ausweisung der Abgg. Stoecker und Torgler aus dem Sitzungssaal. Loebe erklärte, daß er diese Erklärung nicht zulasse.

Genosse Miller ruft: „Wollen Sie nicht Ihre unwahre Behauptung zurücknehmen?". Daraufhin erteilt Loebe unserem Genossen einen Ordnungsruf! Die Kommunisten rufen dem Präsidenten zu, daß er sich selbst zur Ordnung rufen möge.

Auf der Tagesordnung steht der Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses über Aenderung in der Angestelltenversicherung. Nach dem vom Ausschuß vorgelegten Gesetzentwurf sollen bis zum Jahre 1933 einschließlich über 60 Jahre alte Angestellte, die länger als ein Jahr erwerbslos sind, als berufslos gelten und die Altersrente beziehen. Die Wartezeit für den Bezug der Unterstützung wird nach der Vorlage von 120 auf 60 Beitragsmonate herabgesetzt. In einer Entschließung ersucht der Ausschuß die Regierung, eine Reform der Angestelltenversicherung vorzunehmen. Den Ausschußbericht begründet der Sozialdemokrat Aufhäuser.

Abg. Lambach (Dntl.) begrüßt die Ausschußvorlage und macht, wie die übrigen Redner der bürgerlichen Parteien, den älteren Angestellten Hoffnungen auf eine bessere Zukunft.

Gen. Arendsee: Die Not der älteren Angestellten hat in diesem Hause schon öfter zur Beratung gestanden. An dieser Not ist aber bisher nichts geändert worden. Im Gegenteil, sie ist ständig im Wachsen. Wir haben durch einen Gesetzentwurf zum Schutze der älteren Angestellten die Frage erneut aufgerollt.

Unser Gesetzentwurf verlangt als wesentlichstes den Einstellungszwang, die Meldepflicht freiwerdender Stellen, Beseitigung der Chiffre-Anzeigen, die Beschränkung der Lehrlingshaltung, den Kündigungsschutz und das Abkehrgeld. Die jetzige Regierung aber erklärte im Ausschuß dasselbe, wie die vergangene Bürgerblockregierung. Sie will nicht in das „freie" Arbeitsverhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer eingreifen. (Hört, hört! bei den Komm.) Auch die einzelnen Fraktionen sind in eine Beratung der Materie nicht eingetreten. Es ist bezeichnend, daß die bürgerlichen Angestelltenvertreter bei der Beratung im Ausschuß nicht einmal anwesend waren. Man hat den Ausschuß vertagt.

Die Herabsetzung der Wartezeit auf 60 Jahre haben wir in unseren Anträgen schon immer gefordert. Aber allzu viele werden dadurch nicht in den Genuß einer Rente kommen. In dem Entwurf ist eine neue Bestimmung des Begriffs „Berufsunfähigkeit" geschaffen worden. Als berufsunfähig gilt in Zukunft auch, wer das 60. Lebensjahr vollendet hat und seit mindestens einem Jahr ununterbrochen arbeitslos ist. Wir haben beantragt, daß man nicht ein Jahr, sondern 26 Wochen nehmen soll, denn wir wissen, daß sehr viele bei der Prüfung der Bedürftigkeit in der Krisenunterstützung ausfallen. Wir fordern auch die generelle Herabsetzung der Altersgrenze.

Der ADGB.-Kongreß hat ebenfalls diese Forderung aufgestellt. Doch jetzt schieben die Sozialdemokraten diese Forderung einfach beiseite. Sie müssen sich ja danach richten, was das Trustkapital ihnen zu fordern gestattet. (Sehr gut! bei den Komm.) Man kann nicht damit kommen, daß durch die Herabsetzung der Altersgrenze in der Angestelltenversicherung der Regierung zu viel Kosten entstehen würden. Das Vermögen der Angestelltenversicherung beträgt rund eine Milliarde. 424 Mill. hat die Angestelltenversicherung jährliche Einnahmen aus Beiträgen und sie hat nur 150 Mill. an jährlichen Ausgaben. (Hört! Hört! bei den Komm.) Auch in der Invalidenversicherung haben wir gegenwärtig einen Vermögensbestand von rund einer Milliarde. Wenn der ernstliche Wille vorhanden wäre, könnte man wohl eine Herabsetzung der Altersgrenze vornehmen. Wir sehen aber hier eine Entwicklung in der Sozialversicherung, die darauf hinausläuft, daß die Sozialversicherung nicht mehr für die Versicherten da ist, sondern daß die angesammelten Kapitalien dazu dienen, dem jeweiligen Finanzminister aus der Patsche zu helfen. (Sehr gut! bei den Komm.) Wenn jetzt die Sozialdemokraten noch Beitragserhöhungen verlangen, so darum, um der Regierung billige Kredite zu verschaffen. Wir werden später noch auf die gesamte Finanzgebarung eingehen. Vor der Wahl hat der Abg. Aufhäuser in einem Artikel selbst die Herabsetzung der Altersgrenze verlangt. Heute begnügt man sich mit einem jämmerlichen Kompromiß. Die älteren Angestellten werden nicht eher etwas erreichen, bis sie geschlossen zusammenstehen gegen die Parteien, die durch ihre Politik die Notlage verschulden.

In der Abstimmung wird der Ausschußantrag einstimmig angenommen, nachdem die kommunistischen Anträge auf Herabsetzung der Altersgrenze mit den Stimmen der SPD. abgelehnt wurden.

Der Trennungsstrich des Herrn Severing

„Ich bejahe die Landesverteidigung!"

Im Haushaltausschuß des Reichstags kam es Sonnabend zu einem interessanten Zwischenfall. Der deutschnationale Abgeordnete Schmidt, Hannover, erklärte, die Sozialdemokratie habe seit Jahrzehnten den Wehrgedanken systematisch herabgewürdigt. Darauf erhob sich bei den sozialdemokratischen Abgeordneten stürmischer Widerspruch. Als nun der deutschnationale Abgeordnete v. Dryander dem Severing auf den Pelz rückte und ihn fragte, wie er sich zu Beamten stelle, die sich zu der Broschüre von Paul Levi über das Wehrprogramm bekennen, da leuchtete der Innenminister dem deutschnationalen Frechling nicht etwa gebührend heim, sondern beeilte sich, devot zu erklären, daß Levi und Seydewitz nicht die Sozialdemokratische Partei seien und daß diese durch ihre Tätigkeit schon einen genügend scharfen Trennungsstrich zwischen sich und den Levi-Seydewitz ziehe. Die Genugtuung über Severings erbärmliche Entschuldigung war bei der Rechten sichtlich groß und wuchs, als der Innenminister pathetisch aussprach, daß er die Landesverteidigung ausdrücklich bejahe.

Wir glauben, daß diese nationalistische Verrottung jeden Kommentar überflüssig macht.

Das Rote Treffen im Tessin,

das für Ostern einberufen ist, wurde in den letzten Tagen von der Regierung des Kantons Tessin verboten. Gestern hat nun auch der Bundesrat der Schweiz dieses Verbot bestätigt, offiziell veröffentlicht und ausführliche Vorschriften dazu erlassen. Der Bundesrat gibt den Eisenbahnen und sonstigen Verkehrsunternehmungen die Weisung, den Teilnehmern des Treffens ihre Benutzung zu verweigern. Die Teilnehmer des Treffens sind anzuhalten und zur sofortigen Rückkehr zu veranlassen. Sollten sich unter ihnen Ausländer befinden, so sind sie sofort zu verhaften und auszuweisen.

Der Bundesrat beschloß weiter, daß den Mitgliedern des deutschen Roten Frontkämpfer-Bundes das Tragen ihrer Uniform auf schweizerischem Gebiete verboten ist. Auch ihnen wird die Einreise verweigert.

Grosser Räumungs-
AUSVERKAUF
wegen Neubau
Schlußtage
Dienstag — Mittwoch — Donnerstag
Weißenfels JOSKE Weißenfels
Das führende Kaufhaus
*401

Stadt-Theater
Heute Montag 20—22 Uhr 675
7. Städt. Sinfoniekonzert
Dienstag 20—23 Uhr
Undine
Oper von Lortzing

Inserenten fordert Offerten über Drucksachen ein

Walhalla
Dir.: O. Kleinhanns
Täglich 20 Uhr
Große internat. Ringkampf-Konkurrenz
mit Otto Huhtanen 674
dem finnisch. Ringer-wunder
Vorher d. fabelhafte Varieté - Programm
mit 5 Sensationen!
Gewöhnliche Preise ab 60 Pf.

Zoologischer Garten
Dienstag, den 5. März, 20 Uhr
Vortrag von Direktor Dr. Schmidt
„Tierbeobachtungen in Südbrasilien"
anschließend Vorführung des Films
„Urwelt im Urwald"
Eintritt: Erwachsene 30 Pf.
Kinder 20 Pf., für Abonnenten frei

SCHAUBURG
Gr. Steinstr. 27/28 Fernruf 298 32
Tausende mußten gestern wegen Ueberfüllung umkehren
Der größte Fremdenlegionär-Film aller Zeiten 677
Die Hölle der Heimatlosen
Noch nie wurden solche Szenen gedreht — noch nie wurden derartige Bilder gezeigt, die so klar und überzeugend Leben atmen. Der Zuschauer glaubt bei diesem Werk selbst in der heißen, unheilschwangeren Luft Nord-Afrikas zu leben
70 Proz. aller Legionäre des Heeres der Heimatlosen stellt Deutschland
Eine Entsetzen erregende Zahl! ——— Deutsches Blondhaar flimmert in der afrikanischen Hölle! ———— Nicht Abenteuerlust, sondern Schicksal zwang die meisten dieser unglücklichen Menschen in diese Verzweiflung
Hierzu das lustige und aktuelle Beiprogramm
Anfangszeiten: Wochentags 16.30 18.30 20.30

Ansichtspostkarten empf. die Volksbuchhandlungen

Volksbuchhandlung Wittenberg
Jüdenstraße 10
empfiehlt politische und schöngeistige
Literatur
Sämtliche Schul- und Schreibwaren
Entgegennahme sämtlicher Aufträge an Drucksachen u. Inserate

Konsum- und Spargenossenschaft für Delitzsch und Umgegend
Wir suchen für 1. April eine
1. Verkäuferin
Meldungen bis 8. März im Bureau, Moltkestraße 10 *402

Werbt für d. Klassenkampf

Wir suchen für sofort gutausgebildete
Verkäuferin
Reflektiert wird nur auf tüchtige Kraft, die weiterem Verkaufspersonal mit vorzustehen hat. Gehalt nach Tarif
Meldungen an Lagerhalter Jaeckel
Konsumverein Wettin
(E. G. m. b. H.) *404

Lichtspiele Ammendorf
Mittwoch, den 6. März
2 Sondervorstellungen
Die sexuelle Frage
Hygiene der Ehe
Was jeder von und vor der Ehe wissen muß. Erschütterung ist die Tragödie der Unwissenheit
50000 Todesfälle
der
Schwangerschaftsunterbrechungen
80000 Verstöße
(§ 218) alljährlich in Deutschland
Beginn der geschlossenen Vorstellungen 19 u. 21 Uhr. Während der Vorstellung keinen Zutritt

Wer zum Jahrmarkt geht, besucht das Geschäftshaus von Carl Reiter, denn da gibt es jetzt
95=Pf.=Tage
Sie kaufen daher sämtliche Haus- u. Küchengeräte sowie Geschenke zur Konfirmation und alles zum Schulanfang zu ganz besonders billigen Preisen
Carl Reiter Weißenfels Jüdenstr. 12
*405

Konsumverein Teutschenthal und Umgegend
e. G. m. b. H.
Sonntag, den 10. März 1929, 14 Uhr im Gasthof „Zum Würdenhof"
außerordentliche Generalversammlung
Tagesordnung: Verschmelzung des Konsumverein Teutschenthal mit dem Allg. Konsumverein Halle
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt
Der Aufsichtsrat
J. A.: Hermann Bönicke
406

Pianos
kleinste Raten
Lüders & Olberg
Leipziger Str. 30

Eine gute 10-Pf.-Zigarre liefert 26
H. Schütze, Pfännerhöhe 52

Die Rechnung der Gemeindekasse für das Rechnungsjahr 1927 ist in der Sitzung der Gemeindevertretung vom 28. Februar d. J. festgestellt worden und liegt vom 4. bis 18. d. M. im Rathaus, Zimmer Nr. 2, während der Dienststunden zur Einsicht der Gemeindeangehörigen aus. [*403

Piesteritz, den 1. März 1929. Der Gemeindevorsteher.

Todes-Anzeige

Nach einem durch den Krieg zugezogenen Leiden verstarb am Freitag, dem 1. März 1929, unser Kamerad 672

Paul Werge

Ehre seinem Andenken!

RFB., Abteilung III, Westen

Die Trauerfeier findet am Dienstag, dem 5. März, 15 Uhr, in der kleinen Kapelle des Gertraudenfriedhofes statt.

Am Sonnabend 3½ Uhr entschlief plötzlich und unerwartet mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder, Onkel, Schwieger-, Groß- und Urgroßvater, der Kesselschmied

Karl Schumann

im 79. Lebensjahre

Dies zeigen tiefbetrübt an Witwe Bertha Schumann geb. Füller nebst Kindern

Halle (Saale), Torstraße 51

Die Trauerfeier findet am Mittwoch, dem 6. März 1929, 14½ Uhr, in der Kapelle des Gertraudenfriedhofes statt. 676

Kranzspenden dankend verbeten

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290304-19/fragment/page=0004

Nr. 53 — 9. Jahrgang 1. Beilage

Halle, 4. März 1929

Der proletarische Reporter

Mit Feder und Kamera quer durch die Welt

Moskau-Reise zum ersten Kongreß der Komintern

Von Frida Rubiner

Die Reise von Wilna bis Moskau hatte im Februar 1919 volle vier Tage gedauert. Damals war Wilna noch sowjetistisch, und wir hatten Glück gehabt: als wir nach vielen, vielen Tagen Aufregung und Strapazen endlich die Route Berlin—besetztes Gebiet, d. h. Litauen hinter uns hatten und vor dem Sowjethaus in Wilna (Georg-Hotel) aus dem Bauernwagen stiegen, fanden wir gleich Parteifreunde, ja persönliche Bekannte. Am selben Abend noch fuhr der Zug der Kommissare der litauischen Front nach Moskau, und in dem einzigen Personenwagen, den dieser Zug führte, wurden wir mitgenommen.

Was vorher war, muß zum Teil in das Dunkel der Vergangenheit gehüllt bleiben. Wenn das deutsche Proletariat einmal die Macht erobert haben wird, dann wird in der Oeffentlichkeit erzählt werden können, wie und auf welchen Wegen deutsche Kommunisten, mangelhaft mit „Papieren" ausgerüstet, auf das Risiko hin, von den deutschen Besatzungsbehörden in Litauen als „bolschewistische Agenten" erschossen zu werden, im Jahre 1919 illegale Reisen machten. Manch amüsante Begebenheit trug sich hierbei zu.

Die letzte „Gefahrenzone" war die Strecke Koschedarx-Wilna. Die Eisenbahnbrücke von Koschedarx, der letzten Station, wo die deutsche Besatzung stand, und Wilna war kurz vordem von den Polen gesprengt worden, man mußte also mit dem Wagen fahren. Der Schweizer Genosse Fritz Platten und ich bekamen von den deutschen Behörden in Kowno die Genehmigung zur Ausreise (doch fragt nicht, wie!). In der kleinen jüdischen Herberge in Koschedarx, wo wir die letzte Nacht verbrachten, ging es wie in einem Taubenschlage zu. Menschen kamen und gingen: Valutaschieber, Sacharinschmuggler, Geschäftemacher aller Art hatten hier ihr Logis aufgeschlagen. Man sprach im verhaltenen Ton über die Bolschewisten, über die Rote Armee, über Polen, über die Deutschen und die Aussichten. Unter dem Haufen fremder Menschen war auch ein auffälliger junger Mensch, der — ebenso wie wir — sich arglos von den Schmugglern ausfragen ließ und der Unterhaltung nicht auswich. Aber das in der Illegalität geübte Auge dieses russischen Genossen hatte uns sofort richtig taxiert. Wir wechselten halblaut einige Sätze. Von diesem Genossen erfuhren wir einige Einzelheiten über die Weiterreise.

In der grauen Dämmerung eines kalten Februarmorgens nahmen wir am nächsten Tag Platz auf dem Bauernwagen, den wir samt dem polnischen Kutscher nach stundenlangem Hin und Her eingehandelt hatten. Ein dünner Regen rieselte, hie und da krachte ein Schuß. Nun näherten wir uns dem Lande der Sowjets. Von welchen Gefühlen wurden wir überwältigt, als endlich der letzte deutsche Frontposten uns kontrolliert hatte. Es war etwas ganz anderes, als wenn man jetzt auf dem Bahnhof Friedrichstraße in Berlin den Zug besteigt und nach 40 Stunden in Moskau aus dem Zuge steigt. Damals war Sowjet-Rußland mit einer dichten Mauer von Feinden von dem Verkehr mit der Außenwelt abgeschnitten, und der Gedanke, bald auf Sowjet-Boden zu sein, brachte auch jedes unsentimentale Gemüt in Wallung. Schon sahen wir in der Ferne durch den Nebel des Regens die Figur des ersten russischen Postens: die graue Gestalt eines Rotarmisten mit seiner spitzen Mütze. Die erste Begegnung mit der Roten Armee. Aber diese Begegnung fiel ganz anders aus, als es unseren revolutionären Gefühlen entsprach. Der Rotarmist, ein Bauernbursche aus den östlichen Gebieten Europas, mieselsucht ein Kalmücke oder Tschuwasche, der ziemlich mangelhaft russisch sprach, stürzte sich auf unsere Koffer und erklärte alles für beschlagnahmt. Vergebens versuchten wir ihn zu überzeugen, daß wir „Spatakowzy" waren (das Wort „Spartakus" war damals, kurz nach den Januar-Kämpfen, jedem geläufig), vergebens versicherten wir ihm, daß der Stoß Zeitungen, den Genosse Platten bei sich führte, für „Lenin selbst" bestimmt sei, daß Platten ein Freund Lenins sei — unser Klassengenosse wußte nur das eine: „Verboten." Unsere Mandate und Ausweise, die wir herauskramten, konnte er nicht lesen. Es kam zu einem Wortwechsel, und fast wäre es zu einer Schießerei gekommen. Schließlich nach langem Geschrei und Gefuchtel setzte sich der Rotarmist zum Kutscher auf den Bock und erklärte, mit uns zum nächsten Armeequartier zu fahren. Dort bestätigte ein Genosse, der deutsch sprechen konnte, unsere Ausweise, die Soldaten und Offiziere bereiteten uns einen kameradschaftlichen Empfang, ein Samowar wurde aufgestellt, eine unserer Konserenbüchsen wurde mit dem Bajonett geöffnet — wir waren „zu Hause".

Hier in diesem gottverlassenen litauisch-jüdischen Nest sahen wir auch zum ersten Male die wirksamste „Munition" der Roten Armee. Es waren Flugblätter, gedruckt auf bräunlichem Packpapier, in Jiddisch, wo in einfachen Sätzen die Ziele der Sowjetregierung, der Sinn des Kampfes und die Ziele von Spartakus erklärt wurden. Die Kleidung der Rotarmisten war mangelhaft, die Stiefel zum Teil zerrissen, aber mit dieser Waffe, der Waffe der revolutionären Ueberzeugung, mußte die Armee siegen.

*

Die Fahrt nach Moskau ging durch die verschneiten Ebenen ohne besondere Zwischenfälle. Auf den Bahnhöfen und längs der Eisenbahnlinien war nur wenig Leben. Der Eisenbahnverkehr war äußerst knapp. Die Menschen fuhren in „Teplushki", in Viehwagen, und schleppten sich Tage und Wochen dahin. Nicht viel besser war damals der Eisenbahnverkehr in Berlin, wo man durch die Fenster einstieg, um sich einen Platz zu sichern, noch schlimmer in Litauen. Hier auf der Fahrt durch Rußland empfand man die Zerrüttung des Verkehrs nicht in der allgemeinen Atmosphäre der Gefahr und des Ernstes des Bürgerkrieges. Es schien, als ob das ganze Land den Atem angehalten hätte, während an den Fronten das große Ringen ausgefochten wurde zwischen dem Volk und seinen Bedrückern.

*

Der Zug traf ein um 2 Uhr nachts, von einem Fahrplan konnte keine Rede sein. Man telephonierte nach dem Kreml, um irgendeine Fahrgelegenheit zu bekommen. Das Telephon funktionierte so schlecht, daß wir, eine kleine Schar von Genossen, die als „Passagiere" mit dem Zug mitgekommen waren, schließlich alle weiteren Versuche aufgaben und beschlossen, zu Fuß in die Stadt zu gehen. Einige Moskauer Funktionäre luden uns Fremde ein, die erste Nacht bei ihnen zu verbringen. Es blieb nichts anderes übrig. Ein einsamer, leerer Bauernwagen, der zufällig vorbeikam, wurde angehalten. Alles Schimpfen half dem Mann nichts. Er wurde gezwungen — für einen Haufen Inflationsgeld —, unser Gepäck auf seine Fuhre zu laden, und so hielten wir unseren Einzug in das rote Moskau: durch die leeren, nächtlichen Straßen, in denen der hohe Schnee lag, stampften wir langsam vorwärts. Es war kalt und etwas anstrengend, aber die Stimmung war bei allen die denkbar beste. Als wir dann endlich in dem ersten Sowjethaus anlangten, wo Genosse Platten und ich bei der Genossin Karski-Marchlewski logieren sollten (Genosse Karski selbst arbeitete damals im Rheinland), erfuhren wir, daß ein deutscher Delegierter schon dort wohne, nämlich Genosse Albert. Es war Genosse Hugo Eberlein, der als Delegierter zum Kongreß am Tage vorher in Moskau eingetroffen war.

Trotz der späten Nachtstunde dachte natürlich keiner ans Schlafen. Bald verbreitete sich die Kunde, daß Genossen aus dem Ausland angekommen seien. Freunde kamen herbei, und bis zum Morgen saß man zusammen, freudig erregt, und erzählte von Rußland, von Deutschland, von der Revolution.

*

Moskaus Straßenbild bot wenig Leben. Es war mitten in der strengsten Zeit des „Kriegskommunismus". Sämtliche Läden waren geschlossen, die Straßenbahn verkehrte wegen Kohlenmangels nicht. Außer den wenigen „Iswostschiks" (Droschken) und den amtlichen Autos gab es keinen Verkehr in den Straßen. Im zweiten Sowjethaus (früher Hotel „Metropol"), wo ich eingeloiert wurde, herrschte das Regime der Knappheit. Das große Haus, in dem viele führende Männer wohnten (Schitscherin, Bucharin, Karachan u. a.), war so mangelhaft geheizt, daß ich während der ganzen sechs Wochen meines damaligen Moskauer Aufenthaltes Tag und Nacht nicht aus dem Pelze kroch. Mittags löffelten wir mit Holzlöffeln eine dünne Heringssuppe in dem einst so eleganten Speisesaal. Man mußte sich anstellen um den „Pajok", die Ration, die fast nur aus Brot und ganz wenig Zucker bestand. Honig, Butter, Reis und andere Kostbarkeiten gab es nur für Kinder. Im Kommissariat des Aeußeren, das damals im Hinterhaus des Hotels „Metropol" untergebracht war (das „Repräsentieren" war wohl überflüssig, wo es keine Auslandsbeziehungen gab), wurde nach russischer Sitte herumgereicht — morgens Tee. Aber dieser Tee enthielt weder Tee noch Zucker, es war reiner „Kipjatok" (gekochtes Wasser).

Flecktyphus und Grippe wüteten in der Stadt. Im März folgte ich dem Leichenzug des Genossen Swerdlow, der ein Opfer der Epidemie wurde. In allen Häusern lagen Tote, für die man keine Särge hatte. Die Betriebe standen zum großen Teil still aus Mangel an Rohmaterial und Brennstoff. Die Arbeiter waren an den Fronten. In der Stadt herrschte starker Lebensmittelmangel. Ich erinnere mich, daß ich auf dem kurzen Wege vom „Metropol" nach dem Kreml über den Alexander-Park fast täglich auf dem Schnee tote Hündchen und Katzen fand, die verhungert waren. In den Straßen sah man hie und da einen Mann auf dem Rücken oder auf selbstgezimmerten Handschlitten einen Sack Kartoffeln schleppen. Am Sucharen-Turm boten Bourgeoisfrauen allerhand Tand, Reste früherer Herrlichkeiten, feil.

Aber nur äußerlich war die Stadt tot. Im Inneren kochte und brodelte es. Selbst in der hungrigsten Zeit gab es Kunstausstellungen, Konzerte und Kulturveranstaltungen jeder Art. Neben dem Kampf ging der Aufbau voran. Vor dem „Metropol"-Haus stand eine große Tafel, auf der die letzten Rosta-Meldungen zu lesen waren, daneben eine Karte der Fronten. Ein roter Faden umschnürte das Stück Sowjet-Rußland, als wollte er es erdrücken. Aber von der Kolchak-Front kamen täglich Siegesnachrichten. Der Telegraph brachte Nachrichten von der ungarischen Räterepublik, aus München kam Kampfesbotschaft. Im „Metropol" waren noch alle Spiegel von den Kugeln der Oktober-Kämpfe durchlöchert. Die Stadt Moskau, ganz Rußland glich einer belagerten Festung. Aber was tut's! Die Begeisterung war groß und die Zuversicht: der Sieg wird unser sein. Wie nichtig sind all die Opfer und die vorübergehenden Niederlagen, gemessen an der Größe des Zieles.

Die Weltrevolution marschiert . . .

Opfer des Grubenkapitals

Ein schweres Unglück forderte in Bochum am Sonntagmorgen zwei Todesopfer. Auf der Zeche „Konstantin" waren mehrere Arbeiter mit dem Verladen von Kohlen beschäftigt. Plötzlich löste sich ein Teil der gelagerten Kohle und begrub vier Arbeiter unter sich, während zwei Arbeiter noch lebend geborgen werden konnten, wurden die anderen beiden getötet.

Gasexplosion im Baroper Walzwerk

In einer nicht mehr in Betrieb befindlichen alten Rohrleitung des Baroper Walzwerkes hatte sich aus noch nicht festgestellter Ursache Gas angesammelt, das explodierte. Dabei wurden insgesamt vier Arbeiter durch umherfliegende Eisenstücke verletzt. Einer der Verletzten ist im Krankenhaus an einem Schädelbruch gestorben. Eine Kommission ist mit der Untersuchung des Unglücks beauftragt worden. Sie wird ebenso wenig ausrichten wie alle bisherigen Kommissionen.

Vier englische Bergleute getötet

In der Nähe von Durham stürzte ein mit Erzen beladener Zug um. Vier Bergleute, die mit dem Zuge mitfuhren, wurden getötet.

Der tägliche Dawes-Bahn-Unfall

Die Lokomotive des Personenzuges 3060, der am Sonnabend gegen 8½ Uhr abends Mannheim in der Richtung nach Karlsruhe verließ, fuhr beim Umsetzen im Bahnhof Hockenheim einem Güterzug in die Flanke. Beide Gleise sind gesperrt. Der Fernverkehr muß über Heidelberg umgeleitet werden.

Neue Kältewelle in Italien

Seit Freitag herrscht in Italien neue Kälte, die von Stürmen und Schneefällen begleitet ist. In den Niederungen liegt der Schnee bis zu 8 Zentimeter hoch. Die Stürme haben insbesondere auf den elektrisch betriebenen Linien zu großen Betriebsstörungen geführt. Bei Catanzaro wurde eine Bäuerin mit ihren zwei Kindern auf dem Heimwege von der Feldarbeit von einem Schneesturm überrascht. Man fand sie später über ihren Kindern liegend tot auf. Sie hatte die Kleinen in ihre eigenen Kleider gehüllt und ihnen auf die Weise das Leben gerettet. In Triest hat eine Bora von 120 Stundenkilometern einigen Schaden im Hafen angerichtet. Bei Venedig kenterte eine Fischerbarke im Sturm, von der Besatzung wurden drei gerettet, der vierte ertrank.

Wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist . . .

In Berlin sind jetzt Kolonnen von Gasarbeitern eingesetzt worden, um die Leitungen abzuprüfen. Sie stecken lange Rohre in die Erde und riechen an der oberen Oeffnung. Mittels eines hochempfindlichen Apparates, der in die gebohrte Oeffnung gesteckt wird, wird nämlich ermittelt, ob aus den Leitungen Gas entweicht. Nach den verschiedenen großen Gasexplosionen ist also geschehen, was längst vorher hätte unternommen werden müssen, um Unglücksfälle zu vermeiden.

Die Droschke auf dem Bürgersteig — Sechs Verletzte

Gestern abend gegen 11.30 Uhr geriet in Berlin am Wittenbergplatz von zwei Autodroschken, die sich in schneller Fahrt überholten wollten, die eine ins Schleudern. Der Wagen fuhr an der Straßenbahnhaltestelle auf den Bürgersteig; sechs Personen wurden umgerissen und zum Teil schwer verletzt.

Gebrüder Saß lehnen Aussagen vor der Kriminalpolizei ab

Die unter dem Verdacht des Bankraubes bei der Disconto-Gesellschaft festgenommenen Brüder Max, Erich und Franz Saß haben durch ihren Verteidiger der Staatsanwaltschaft mitteilen lassen, daß sie sich weigern, sich weiter im Polizeipräsidium vernehmen zu lassen. Sie seien jedoch bereit, dem Staatsanwalt und dem Untersuchungsrichter Rede und Antwort zu stehen, falls eine Voruntersuchung gegen sie eröffnet werden sollte. Sie beantragen deshalb ihre Ueberführung aus dem Stadtvogtei-Gefängnis nach dem Untersuchungsgefängnis in Moabit.

Die Befreiung der Frau

Inbrünstiger fast noch als die Männer der fronenden Massen müssen die Frauen mit dem Zusammenbruch der kapitalistischen Ordnung die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln herbeiwünschen, das die letzte und festeste Wurzel ihrer sozialen Knechtung und Aechtung, der Gebundenheit und Verkümmerung ihres Menschentums ist. Die Lebensentfaltung und Stellung der Frau in Familie und Gesellschaft ist in allen Perioden der Geschichte aufs engste mit der Gestaltung der Arbeit und ihrem sozialen Geschick verknüpft gewesen. Nur die Befreiung der Arbeit durch den Sozialismus vermag die Gesamtheit des weiblichen Geschlechts menschlich zu befreien. Mit leidenschaftlicher Hingabe müssen daher die Proletarierinnen das Ihrige dazu tun, daß der Sieg des klassenbewußten Proletariats der sozialistischen Ordnung eine breite Gasse brechen hilft. („Die Gleichheit", 9. Januar 1902).

Das nennt man Liebe . . .

Der 32jährige Vertreter Otto Keßler, der am 17. Oktober v. J. seiner Braut, der geschiedenen Frau Schwarzkopff aus Neukölln, die Nase in einer Anwandlung von Eifersucht abgebissen hatte, wurde vom Schöffengericht Neukölln zu 1 Jahr 1 Woche Gefängnis verurteilt. Er hatte nach der Tat der im Krankenhaus liegenden Frau Schwarzkopff brieflich erneut seine Liebe und seine Reue bekundet.

Korruption eines Industriellenvertreters

Der frühere geschäftsführende Direktor des Rheinischen Dampfkesselüberwachungsvereins in Düsseldorf, Oberingenieur Johannes Bracht, der in den Jahren 1924 bis 1928 insgesamt 72000 Mk. unterschlagen hatte, wurde vom Erweiterten Schöffengericht wegen Untreue und Unterschlagung zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt. Wozu Bracht, der ein Gehalt von 21000 Mark bezog, das Geld gebraucht hat, konnte nicht aufgeklärt werden. Die Summe ist restlos verschwunden.

Selbstmord einer Künstlerin

Die Sängerin Dorit Jenny, die seit kurzer Zeit dem Breslauer Schauspielhaus angehört, hat sich in der Nacht zum Montag in ihrer Wohnung vergiftet. Der Grund zur Tat ist noch ungeklärt.

Opfer des Frostes unter der französischen Garnison in Trier

„Quotidien" berichtet, daß in Trier 30 Mann der französischen Garnison an den Folgen des herrschenden Frostes gestorben seien.

Sturm auf dem Adriatischen Meer

Ein Sturm von außerordentlicher Heftigkeit tobt an der Küste des Adriatischen Meeres in der Gegend von Susak. Alle telegraphischen und telephonischen Verbindungen sind gestört. Die Eisenbahnstation Draga bei Senj wurde durch einen Wirbelsturm vernichtet.

Wölfe in Frankreich

Bei einer in den Wäldern Azerat (Frankreich) abgehaltenen Treibjagd wurden neun Wölfe festgestellt, von denen einer abgeschossen wurde.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290304-19/fragment/page=0005

Stadt Halle

4. März 1929.

Es ist März ...

Wenn die ersten Frühlingsstürme durch die Lande brausten, wenn Eis und Schnee zu schmelzen begannen, wenn des harten Winters Macht gesprengt wurde, dann versuchten zu unzähligen Malen die unterdrückten Menschen, das Proletariat, die Fesseln ihrer Unterdrücker zu sprengen. Märzestage waren immer die Tage der Revolutionen, der Erhebungen gegen Ausbeutung und Knechtschaft.

*

Heilig sind uns die Opfer, die in vergangenen Märzestagen fielen für die Befreiung des Proletariats. Mitteldeutschland und besonders Halle ist historischer Boden der deutschen Revolution. Eine Ehrenpflicht erfüllt das Proletariat Halles in jedem Jahre, indem es seine Märzgefallenen ehrt. Wie alle Jahre, so werden alle Betriebe und die Massenorganisationen der Arbeiterschaft von Halle am nächsten Sonntag, den 10. März, zu den

Kranzniederlegungen an den Gräbern der Märzgefallenen!

geschlossen aufmarschieren. Trefft jetzt schon alle Vorbereitungen. Beachtet die Anweisungen in den nächsten Tagen.

Denkt daran, daß der Monat März Werbemonat ist für Partei und Presse. Tausende gilt es zu gewinnen.

Stahlhelmoffiziere im Leuchtturm-Prozeß

Sie bleiben unvereidigt — Für heute ist die „Revidierung" des Urteils zu erwarten

Die Zeugenvernehmung wurde am Sonnabend fortgesetzt. Die Angeklagten haben sichtlich Hoffnung, daß bei der kommenden Verhandlung, wo ihre Zeugen vernommen werden, die Sache sich zu ihren Gunsten klärt. Sie setzen vor allen Dingen großes Vertrauen auf die Aussagen des Hauptmanns Jüttner. Man darf jedenfalls schon jetzt gespannt sein, ob angesichts dieses Tatbestandes endlich einmal eine Verurteilung der Stahlhelmbanditen stattfindet, die, wie die Verhandlung bisher ergab, mit den gefährlichsten Waffen bei ihren Veranstaltungen auftreten.

Der Stahlhelmhäuptling Jüttner wird vernommen. Er behauptete, in Bruckdorf wäre der Stahlhelm schon provoziert worden. Rote Schilder mit der Aufschrift: „Tod den Faschisten!", waren an der Durchmarschstraße angebracht. Das hätte die Stahlhelmer in gereizte Stimmung gebracht. Beim Rückmarsch hätten am „Leuchtturm" Zivilpersonen den Stahlhelm in übelster Weise beschimpft. Als es dann zwischen dem hinteren Teil des Stahlhelmzuges und den Zivilisten zu Streitereien kam, will er versucht haben, durch direkte Befehle an die Gruppenführer den Streit zu verhindern. Er ist der Ansicht, daß dieser blutige Vorfall verhütet worden wäre, wenn diejenigen, die wegen ihrer Beleidigungen von den Stahlhelmern „gezüchtigt" wurden, noch Hilfe geholt hätten. Einen besseren Beweis für die Schuld der „Massenschläger" kann wohl keiner der am Prozeß Beteiligten bringen. Er behauptet auch, daß das Publikum (!) zuerst mit Gummiknüppeln auf die Stahlhelmer eingeschlagen hätte. Den Garten will Jüttner nur betreten haben, weil ihm mitgeteilt worden sei, daß ein Stahlhelmer in den Garten verschleppt worden sei. Er bestreitet, daß unter seiner Führung in den Garten gestürmt worden sei. Ueber die Anwesenheit des völkischen Rechtsanwalts Melzer kann man wirklich geteilter Meinung sein. Seine naiven Fragen wirken eher störend, als der Sache dienlich. Er legt eine Druckschrift vor, durch welche er die Verfolgung des Stahlhelms seit dessen Entstehen nachweisen will. Auf die Frage des Rechtsanwalts Fackenheim als Verteidiger der Nebenkläger, ob die Denkschrift Melzers zur Feststellung der Beweisaufnahme dienen soll, erklärt der Vorsitzende:

„Das Gericht ist sich über die Spannung zwischen rechts und links bewußt und weiß, daß der geringste Anlaß zur Explosion führt."

Jüttner will jedenfalls nur die Absicht gehabt haben, den Streit zu schlichten. Die Aussagen Js. stellen den Vorfall, wie er von allen Belastungszeugen „beeidet" wurde, auf den Kopf. Es ist unverständlich, daß man die Verhandlung durch unverantwortliche und unglaubliche Aussagen des Hauptverantwortlichen beeinflussen läßt, ohne ihn zu vereidigen. Es ist fühlbar, daß die Gunst des Vorsitzenden immer mehr auf die Seite der Stahlhelmer neigt. Auch der Zeuge Reichard (natürlich ehemaliger Offizier) macht seine Aussagen unter Aussetzung des Eides. Als am ersten Verhandlungstag einige der Belastungszeugen etwas Gedächtnisschwund vorschützten, um nicht in den Verdacht zu geraten, einen Falscheid zu leisten, da drohte der Vorsitzende mit Meineid. Das waren zumeist Arbeiter. Diese beiden Offiziere, die doch immer eine geistig höhere Stufe für sich in Anspruch nehmen, können unter Aussetzung des Eides feste drauflos lügen. Es wird noch eine Reihe weiterer Stahlhelmzeugen vernommen, die alle erklären, das Publikum hätte zuerst auf die vorbeimarschierenden Stahlhelmer eingehauen.

Aufsehen erregte die Anwesenheit eines Abgesandten des preußischen Justizministers im Sitzungssaal, neben dem schon zu Beginn der Verhandlung erschienenen Regierungsrat Pohlmann (Merseburg) also der zweite politische Beobachter der Regierung!

Auch ohne Angeklagte wird verhandelt!

Die beleidigte hallische Paßzentrale

Der Händler Wilhelm Gershoff, 26 Jahre alt, Aufenthalt augenblicklich selbst der Staatsanwaltschaft unbekannt, wird beschuldigt, im September 1927 den Polizeiobersekretär Biondino beleidigt zu haben. B. soll Händler begünstigt haben. B. ist Leiter des Paßbureaus und kontrolliert die Ausländer, welche in Halle absteigen. Unter anderem sind auch drei Gebrüder Gresea, Rumänen, im Paßbureau, zwecks Erlangung von Gewerbescheinen, vorstellig geworden. Der Herr Obersekretär hat denn auch geschäftliche Verbindungen mit G. angeknüpft. Teppiche, Läufer usw. entnahm er auf Abzahlung. Die Beleidigung seitens des Gershoff besteht nun darin, daß er behauptet, der Gresea habe dem Obersekretär Preisvergünstigungen zugestanden. Auch Weinreisen und D.-Zugfahrten nach Berlin sollen auf Kosten des Gresea gemeinsam gemacht worden sein. Der Beklagte stellte weiter die Behauptung auf, daß deutsche Handelsreisende den Ausländern gegenüber bei den Paßbureaus benachteiligt würden. Während Ausländer einen Paß für 240 Mark ohne Schwierigkeiten erhalten, hat der beklagte G. bis zu 1000 Mark für ausgedehntes Handelsgewerbe zahlen müssen. G. hat beeidet, daß sogar für Biondino eine echte Brücke auf Kosten Greseas angefertigt wurde.

Der Staatsanwalt hält den Vorwurf der Beamtenbestechlichkeit für nicht erwiesen. Die Aufrechterhaltung der Anklage gegen den Abwesenden fällt Staatsanwalt und Zeugen nicht schwer. Es wäre wohl ein anderes Ergebnis herausgekommen, wenn sich der Angeklagte verteidigt hätte. Es wird eine Geldstrafe von 300 Mk. gegen G. beantragt.

Während der Beratung des Gerichts erscheint aus Magdeburg einer der fraglichen Greseas. Er stellt die Anschuldigungen Gershoffs gegen Biondino in Abrede.

Urteil: Der Angeklagte Gershoff ist der Verleumdung schuldig befunden und wird zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt.

Die Objektivität der hallischen Paßzentrale ist erwiesen!

Wer hat im Jahre 1928 in Halle gebaut?

Einen interessanten Ueberblick über diese Frage gewährt die Denkschrift über „Das Wohnungswesen der Stadt Halle im Jahre 1928", die der Magistrat veröffentlichte und über die wir bereits auszugsweise berichteten.

Wir entnehmen aus der Denkschrift, daß im Jahre 1928 von den mit Hauszinssteuerhypotheken geförderten Wohnungen, deren Gesamtzahl 1131 beträgt, 1013 = 90 Prozent durch gemeinnützigen Wohnungsbau erstellt wurden. Der Anteil war damit noch etwas höher als im Jahre 1927, wo es nur 86 Prozent waren. Die Denkschrift hebt hervor, daß die gemeinnützige Bautätigkeit deswegen immer mehr überwiegt, weil der Kleinwohnungsbau immer stärker in den Vordergrund rückt. Die private Bautätigkeit hat aus Profitgründen im allgemeinen an der Errichtung von Kleinwohnungen weniger Interesse. Die 1013 Neubauwohnungen, die ihre Erstellung der gemeinnützigen Wohnungsbautätigkeit verdanken, haben eine Gesamtwohnfläche von 63 142 Quadratmeter. Die Durchschnittsgröße jeder Wohnung beträgt 62 Qradratmeter gegen 68 im Vorjahre.

Die einzelnen Bauherren und ihr Anteil an der Wohnungsherstellung sind nun im einzelnen folgende: Die Kleinwohnungsbau Halle A.-G. erbaute am Stadtgutweg, Wörmlitzer Straße, Böllberger Weg und vor dem Hamstertor 177 Wohnungen, in den Straßen Am Gesundbrunnen, Wörmlitzer Straße und Läuferweg 85 Wohnungen, in der Beesener Straße und am Glockenweg 114, zusammen 376 Wohnungen. An zweiter Stelle steht in der Bautätigkeit der Bauverein für Kleinwohnungen e. G. m. b. H. Er erstellte am Lutherplatz 268 Wohnungen, 44 Wohnungen Ecke Reil- und Kurfürstenstraße, 4 Wohnungen in der Yorkstraße und 26 Wohnungen in der Seebener Straße, zusammen 342 Wohnungen. Die dritte Stelle nimmt die Siedlungsgenossenschaft „Eigene Scholle" e. G. m. b. H. ein. Sie erbaute im Jahre 1928 132 Einfamilienhäuser am Hohenweidener und Rockendorfer Weg. Der Spar- und Bauverein Bund der Kinderreichen e. G. m. b. H. folgt dann mit 64 Einfamilienhäusern am Turner- und Schwimmerweg, 28 Wohnungen am Passendorfer Weg, zusammen also mit 92 Wohnungen. Ferner erbauten die Mitteldeutsche Wohnungsfürsorge-Gesellschaft m. b. H. an der Hutten- und Benkendorfer Straße, die Gemeinnützige Gartenbaustadt e. G. m. b. H. 60 Wohnungen an der Huttenstraße, die Saale-Gemeinnützige Baugesellschaft 24 Wohnungen an der Huttenstraße, 6 Wohnungen an der Liebenauer Straße, der Hallesche Bauverein e. G. m. b. H. 18 Wohnungen in der Artillerie- Ecke Beesener Straße und schließlich die Gemeinnützige Aktiengesellschaft für Angestelltenheimstätten 10 Einfamilienhäuser am Breiten Pfuhl, Baum- und Ackerweg.

Wir haben wiederholt die Tatsache kritisiert, daß die Stadt diesen gemeinnützigen Baugesellschaften die Initiative für den Wohnungsneubau fast völlig überläßt. Dies führt zu Verhältnissen, die es der minderbemittelten Bevölkerung, insbesondere den Wohnungsuchenden innerhalb der Arbeiterschaft fast unmöglich macht, Neuwohnungen bezahlen zu können. Das wird auch durch den Abschnitt der Denkschrift bestätigt, der sich mit der Mietpreisbildung beschäftigt. Hierüber sagt die Denkschrift folgendes:

Der Jahresmietpreis für kleine Wohnungen für 60 Quadratmeter Größer belief sich im Durchschnitt auf 9 bis 10 Mark je Quadratmeter.

Soweit den Bauherren Wohlfahrtshypotheken, z. B. von Trägern der Sozialversicherung usw. zugängig waren, konnten die Mietpreise niedriger gehalten werden. Allerdings sank der Mietpreis im allergünstigsten Falle nicht unter 7 Mark je Quadratmeter. Wie gesagt, es handelt sich hier bei diesen verhältnismäßig „niedrigen" Mietsätzen um besonders bezuschußte Kleinstwohnungen. Für Mittelwohnungen ist der Mietpreis erheblich höher. Er betrug durchschnittlich 12 bis 13 Mark pro Quadratmeter.

Bekanntlich haben Wohnungsdeputation und Magistrat den Beschluß gefaßt, vom Baujahr 1929 ab die Gewährung von Hauszinssteuer-Hypotheken an Bauherren, die mehr als 24 Wohnungen im Jahre errichten, davon abhängig zu machen, daß 50 Prozent der in Aussicht genommenen Wohnungen als Kleinstwohnungen mit einer Wohnfläche von 35 bis 48 Quadratmeter gebaut werden. Unser Standpunkt zur Erstellung dieser Kleinstwohnungen ist bekanntlich der, daß wir eine solche Lösung der Frage nur notgedrungen gutheißen können. Trotzdem ist der Mietpreis für diese Kleinstwohnungen immer noch äußerst hoch. Er wird nach Ansicht des Magistrats für den Durchschnittstyp von 40 Quadratmeter jährlich 365 Mark Miete betragen. Auch das ist noch ein Preis, der für einen Arbeiter fast unerschwinglich ist. Die Forderung nach einer großzügigen Mietsenkungsaktion durch kommunale Hilfe muß deshalb erneut unter Hinweis auf diese Tatsache erhoben werden. Man darf doch nicht vergessen, daß zur Erlangung einer Wohnung bei den gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften immerhin auch noch Voraussetzung die Zahlung eines Baukostenzuschusses in Höhe von mehreren Hundert Mark ist, die ein einfacher Arbeiter oder Angestellter nicht aufbringen kann.

Da wir wissen, daß die private Bautätigkeit unter den heutigen Verhältnissen eine verschwindend geringe ist (Halle im Jahre 1928 nur 10 Prozent), so ist die logische Folgerung aus diesen Feststellungen, daß unsere alte kommunistische Forderung nach kommunalem Wohnungsbau die einzige Möglichkeit bietet für die minderbemittelten Wohnungsuchenden, deren Zahl von Jahr zu Jahr steigt, eine gesunde und großzügige Wohnungsbeschaffungsmöglichkeit herzustellen. Nur wenn dieser kommunale Wohnungsbau in eigener Regie durch Gegner der kapitalistischen Wirtschaftsweise in die Hand genommen wird, ist die Gewähr geboten, daß auf diesem Wege endlich der Zustand beseitigt wird, daß, wie wir schon mitteilten, die Denkschrift feststellen muß, Halle die Stadt der größten Wohnungsnot im ganzen Regierungbezirk Merseburg ist.

Wo und wie kann man Müll und Abfälle los werden?

Die Leitung der städtischen Müllabfuhr richtet durch die Presse nachstehende Mahnung an die der städtischen Müllabfuhr angeschlossenen Hausbesitzer. Dieselbe enthält aber auch bemerkenswerte Anweisungen für jeden Einwohner. Die Zuschrift lautet:

Zweifellos ist die Abfuhr des Hausmülls in den schlanken, sauberen Deckeltonnen eine äußerst hygienische und die denkbar beste Abfallbeseitigung, wenn von den einzelnen Benutzern dieser Tonnen ein wenig Sorgfalt und Aufmerksamkeit beim Füllen angewendet wird. Häufig kann beobachtet werden, daß Asche und sonstige Küchenabfälle durch Unachtsamkeit auf den Boden verschüttet werden. Vielfach werden die Deckel der Tonnen nicht geschlossen, so daß der Wind den Müllinhalt auf den Hof verstreut. Jeder einsichtige Bürger sollte ferner wissen, daß flüssige Stoffe und glühende Asche nicht in die Mülltonnen gehören. Wir müssen leider oft feststellen, daß die Tonnen mit Flüssigkeit bis zum Rande gefüllt sind, so daß im Winter nur mit großer Mühe der entstandene Eisblock daraus entfernt werden kann. Zur Schande einzelner Bürger muß gesagt werden, daß selbst menschliche Abfallstoffe in den Mülltonnen vorgefunden wurden. (Und die eingefrorenen Klosetts? Die Red.)

Im Interesse der Hausbesitzer liegt es, die Mieter anzuhalten, eine Tonne nach der anderen voll zu füllen. Zweckmäßig ist es, falls mehrere Tonnen aufgestellt sind, nur eine Tonne zunächst so aufzustellen, daß der Deckel von vorn geöffnet werden kann. Die übrigen Tonnen werden am besten mit der Deckelnase nach der Wand zu gestellt oder mit Draht verschlossen. Bei diesem Verfahren wird erreicht, daß der Tonneninhalt gut ausgenutzt wird und nur volle Tonnen zur Abholung kommen. Nicht gefüllte Tonnen bringen Zeitverlust und Unkosten. In vielen Häusern kommt es häufig vor, daß Abfallstoffe anfallen, die in den Mülltonnen weder untergebracht werden können noch dürfen. Solche Stoffe, sowie Gartenabgänge, Bauschutt, gebrochene Klosettbecken, große Mengen von Konservenbüchsen, Matratzen, Matratzenfedern, Hausrat, unbrauchbare Töpfe und Eimer und sonstige sperrigen Teile, die in jedem Haushalt anfallen können, werden ohne weiteres von der städtischen Müllabfuhr oder der Straßenreinigung beseitigt, wenn bei der planmäßigen Abfuhr den Müllabfuhrleuten ein entsprechender Auftrag erteilt wird. Die Abfuhrleute führen zu diesem Zweck einen Block mit sich, auf dem Art und Mengen der Abfälle und die Adresse des Grundstücksbesitzers vermerkt werden. Die Abfuhr kann spätestens nach zwei Tagen erfolgt sein. Für die Abfuhr sperriger Stoffe, wie Hausratstücke, Matratzen, Strohsäcke, Bettstellen usw. wird von der Müllabfuhr ein geringer Unkostenbeitrag von 50 Pf. je Stück erhoben. (Allerhand Geld! Die Red.)

So oft bietet sich leider noch das einer Großstadt so unwürdige Bild, daß alle diese eben geschilderten Dinge in unmittelbarer Nähe der Stadt auf einem unbebauten Grundstück in genialer Unordnung aufgestapelt werden, ein Aergernis für den erholungsbedürftigen Spaziergänger.

Jeder weiß, daß eine solche Müllablagerung unzweckmäßig und verboten ist. Einsichtigen wird der Hinweis auf die schnelle und billige Abfallbeseitigung durch die städtische Müllabfuhr und die Straßenreinigung genügen.

*

Nachschrift der Redaktion: Wir fügen diesen nützlichen Anweisungen das Ersuchen hinzu, ähnliche Anweisungen an die städtische Straßenreinigung über Schnee- und Glättebeseitigung herauszugeben. Der jetzige Zustand der Straßen in Halle — für den der Magistrat die volle Verantwortung trägt — spottet jeder Beschreibung und ist direkt lebensgefährlich.

Achtung, Genossinnen, Arbeiterinnen!

Im Rahmen der Reichsfrauenwoche findet am 7. März, 20 Uhr, im „Reichsadler" Trotha eine Werbeveranstaltung statt. Es wirkt mit das Arbeiter-Mandolinen-Orchester. Genosse Richard Hirsemann spricht über: „§ 218 und der Kampf der Frau".

Ferner wird ein Theaterstück aufgeführt vom Roten Frauen- und Mädchen-Bund. Rezitationen umrahmen das ganze Programm. — Eintritt 20 Pf. Erscheint alle zahlreich.

Roter Frauen- und Mädchen-Bund,
Stadtteil Norden der KPD., Abt. Frauen.

Wofür die Stadt Halle Geld flüssig macht

Wir erhalten aus gut unterrichteter Quelle eine Mitteilung, die geeignet ist, das größte Befremden der Oeffentlichkeit hervorzurufen. In Schkeuditz wurden für Beschäftigte des Flughafens Halle-Leipzig zwei Familienhäuser errichtet, die Ende Februar 1929 beziehbar sein sollten. Bereits im November v. J. erhob Schkeuditz Anspruch auf einen Teil dieser Wohnungen für seine Einwohner. Am 6. November 1928 beschlossen die Aufsichtsratsmitglieder der Flughafengesellschaft Halle-Leipzig, soweit sie Vertreter der Stadt Halle sind, der Stadt Schkeuditz ein billiges Hypothekendarlehn in Höhe von 66 450 Mk. unter Mitwirkung der Stadtsparkasse Halle anzubieten, damit erstens eine Herabsetzung der Mieten erfolgen könne und zweitens die Stadt Schkeuditz neue Mittel zum Wohnungsbau erhält. Damit sollte der Anspruch von Schkeuditz auf die Flughafen-Wohnhäuser erledigt sein. Der Gewährung des beabsichtigten Darlehns stellten sich allerdings Schwierigkeiten entgegen. Es wurde festgestellt, daß erst ein offizieller Antrag der Stadt Schkeuditz an die Stadtsparkasse Halle erfolgen müsse, daß ferner ein Beschluß der Schkeuditzer städtischen Körperschaften nötig sei und weiter die Genehmigung des Bezirksausschusses und des Regierungspräsidenten vorhanden sein müsse.

Es wäre nun interessant zu erfahren, ob dieses Projekt, das eine sehr leichtsinnige Vergebung städtischer Gelder bedeutet, wirklich zum Abschluß gekommen ist. Die hallischen Wohnungsuchenden müssen jedenfalls schärfsten Protest dagegen einlegen, daß 100 000 Mark von hallischen Einwohnern aufgebracht, auf Jahre hinaus für Zwecke festgelegt werden, die den phantastischen Plänen eines Rive und nicht der Beseitigung der Wohnungsnot in Halle diene.

Abschluß des RUWo.-Schwindels

Als Abschluß der Reichsunfallverhütungswoche veranstaltete die hallische Feuerwehr die Bekämpfung eines fingierten Brandes. Die Mehrzahl der Löschzüge erschien nach wenigen Minuten an der „Brandstätte" am Hallmarkt. Im Nu waren die Leitungen gelegt, „gefährdete" Personen wurden mit Sprungtuch und Flaschenzug aus dem brennenden Hause gerettet. Eine Abteilung von Feuerwehrleuten drang mit Sauerstoffapparaten in die verqualmt gedachten Räume ein. Sämtliche in Halle verfügbaren Krankenwagen waren zur Stelle, um die „Verletzten" in die Krankenhäuser zu fahren. In etwa halbstündiger Tätigkeit zeigte die Feuerwehr, zu welch hoher Organisation und technischer Vollkommenheit man im Kampf mit Feuer und Rauch gekommen ist. — Leider vergaß „man", unserer Anregung Folge zu leisten und der hallischen Bevölkerung, die zu vielen Tausenden erschienen war, vorzuführen, wie man Gasmasken handhabt, um bei dem nächsten Gasangriff aus Richtung Bruckdorf geschützt zu sein.

Der Rechtsanwalt ohne Immertreu-Pelz

Wegen Vornahme unzüchtiger Handlungen an Minderjährigen in zwei Fällen und tätlicher Beleidigung wurde vom Schöffengericht Halle der 32jährige Kaufmann Waldemar St. aus Berlin zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. St. hatte hier ein Kindermädchen im Auftrage seiner Frau gesucht. — Er brachte sich als Verteidiger den im „Immertreu-Prozeß" viel genannten Rechtsanwalt Dr. Frey aus Berlin mit. Dem war damals, wie berichtet, aus dem Anwaltszimmer sein Pelz gestohlen. Es wurde gemeldet, daß „Immertreu" so nobel gewesen sei, ihm sofort einen neuen zu kaufen. Das scheint aber nicht zu stimmen — hier war er nur im einfachen Wintermantel — oder hat er gefürchtet, daß ihm in Halle das gleiche Malheur passiert? Das wäre überflüssig gewesen. Hier gibts nur Spezialisten für das Bankgewerbe. Siehe Stadtbankskandal.

Auch eine Einnahmequelle. Am Sonnabend durchquerten Halle zwei „Artisten", die mit einer Boots-Attrappe nach dem Modell des Flettner-Rotorschiffes quer durch Europa ziehen und sich durch den Handel mit Bildern und Postkarten ihr Brot „verdienen". Spaß muß das bei dieser Kälte auch gerade nicht machen.

(Schluß des lokalen Teils auf Seite 7)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290304-19/fragment/page=0006

Eine geplatzte Lüge gegen die Sowjetunion

Bürgerliche und sozialdemokratische Zeitungen überbieten sich gegenseitig in Lügenmeldungen über die Sowjetunion. Eine der häufig verbreiteten Tatarennachrichten ist die zunehmende — angeblich durch die „Gewinnsucht der Sowjetmachthaber“ geförderte Trunksucht. Wie es in Wahrheit damit bestellt ist, zeigt ein Brief aus Moskau, den „Der abstinente Arbeiter“, die Zeitung des Deutschen Arbeiter-Abstinenten-Bundes, in der neuesten Nummer veröffentlicht. Dem „Volksblättchen“ zum Studium empfohlen.

Moskau, 20. Januar 1929.

Werter Genosse!

Die Frage des Alkohols in der Sowjet-Union kann man mit der der Abtreibung vergleichen. Die Aufhebung des Verbotes der Abtreibung und die Ausführung der Abtreibung in den öffentlichen Krankenhäusern bedeuten keinesfalls, daß der Staat ein Interesse an der Abtreibung hat, sondern nur soviel, daß das Verbot den Kampf gegen die Abtreibung nicht erleichtert, sondern erschwert. Aehnlich steht es mit dem Alkohol.

Der Sowjetstaat hat tatsächlich ein kulturelles und ein wirtschaftliches Interesse an der Bekämpfung des Alkohols. Der 15. Kongreß der Kommunistischen Partei der S.U. (Dez. 1927) hat den Kampf auf der Kulturfront in den Mittelpunkt gestellt, und Stalin selbst erklärte auf dem Kongreß, daß der Alkohol ein Feind der Kulturrevolution sei.

Andererseits steht es im Widerspruch mit der jetzigen Politik der Sowjetregierung, jenes Aufgebot von Gewaltmitteln anzuwenden, das zur tatsächlichen Durchführung des Alkoholverbotes notwendig wäre in Anbetracht der Tatsache, daß die Trinksitte ziemlich tief wurzelt, nicht nur bei den Bauern, sondern auch bei allen Schichten der städtischen Bevölkerung. Eine Ausnahme bildet nur die Jugend, die durch die politische, sportliche usw. Bewegung erfaßt wird. Darum ist der Weg eingeschlagen worden, die Betriebsbelegschaften gegen den Alkohol zu mobilisieren. Wenn breite Schichten die moralische und tätige Unterstützung zur Ausführung des Alkoholverbotes geben, so wird das Verbot ausgesprochen und seine Durchführung ist gesichert.

Der Titel eines Artikels in „Kultur und Nüchternheit“: „Verbieten leicht, ersetzen schwer“, schildert klar die Auffassung, daß die Propaganda, das Verbot und die Schaffung von ablenkenden Einrichtungen (Arbeiterklubs, Kino, Radio usw.) parallel gehen müssen. Die in meinem Artikel geschilderten Einschränkungen von Alkoholproduktion und Ausschank sind solcherweise — von unten — zustande gekommen. In Anbetracht dessen, daß die Sowjetbehörden der Arbeiterschaft womöglich in jeder Sache entgegenkommen, bringt der in einem Betrieb gefaßte Beschluß schon die Einschränkung des Ausschanks in der Umgebung des Betriebes mit sich, und die Beschlüsse der verschiedenen Betriebe summieren sich und bilden die Unterlage zu Verboten, die ganze Städte erfassen.

Die Beispiele, die ich angeführt habe, bilden nur einen verschwindend kleinen Teil der tatsächlich durchgeführten Maßnahmen. Sie zeigen klar, daß die alkoholgegnerische Bewegung sich auf das ganze Riesengebiet der Sowjetunion erstreckt und auch in die kleinen Orte eingedrungen ist.

In der Sitzung des Moskauer Sowjets, auf der die Kürzung der Branntweinerzeugung beschlossen wurde, waren der stellvertretende Volkskommissar der Finanzen und ein Vertreter des Kreisvollzugsrats anwesend, und der Beschluß ist mit ihrer Zustimmung gefaßt worden.

Mit proletarischem Gruß
Lantos.

Arbeitsverhältnisse im hallischen Gastwirtsgewerbe

Am 16. Februar veröffentlichten wir eine Zuschrift aus Kreisen der freigewerkschaftlich organisierten Gastwirtgehilfen. In derselben wurden auch die Arbeitsbedingungen, unter denen die Gastwirtsangestellten im Modernen Theater beschäftigt werden, einer Kritik unterzogen. Von dem Besitzer des Modernen Theaters, Herrn Rosen, wird uns jetzt mitgeteilt, daß einige Angaben unserer Veröffentlichung nicht stimmen sollen. Der Loyalität halber veröffentlichen wir die Feststellungen des Herrn Rosen. Von ihm wird behauptet, daß die Platzanweiserin für die Beschäftigung während des ganzen Abends nicht 1 Mk., sondern 1,50 Mk. pro Abend erhält. Herr Rosen behauptet ferner, daß die Aeußerung über die „Räuberbande“ einem Kellner gegenüber gefallen sein soll, der den Besitzer angeblich geschädigt hat. Ferner wird uns eine Erklärung mit einer Anzahl Unterschriften des Personals übersandt, in welcher erklärt wird, daß die Arbeitszeit für das Wirtschaftspersonal von 11 Uhr bis 1 Uhr vormittags und von 6 Uhr abends bis 2 Uhr nachts festgelegt ist.

Diese Erklärungen und Feststellungen seitens der Direktion bestätigen also das, was in dem Artikel seitens des Gastwirtsgehilfenverbandes behauptet wurde, mit Ausnahme der Bezahlung der Platzanweiserin, die statt 1 Mk. 1,50 Mk. täglich erhält. Bezüglich der Arbeitszeit ist ja nur behauptet worden, daß sich dieselbe, entgegen den Bestimmungen des Tarifvertrages, bis auf 15 Tagesstunden verteilt. Auch das wird durch die Erklärung der dort Beschäftigten bestätigt. Wir müssen es also Herrn Rosen nach wie vor überlassen, eine Aenderung der bestehenden Verhältnisse herbeizuführen, wenn er eine Kritik, die für ihn unangenehm ist, in der Oeffentlichkeit vermeiden will.

Die Fernheizung

Das am 1. Oktober dem Betrieb übergebene Fernheizwerk der Stadt Halle hat in diesem Winter eine Generalprobe bestanden, wie sie nicht schwieriger sein konnte. Die schwerste Zeit begann, als bekannt wurde, daß die im Tagebau arbeitenden Braunkohlenbergwerke wegen der Kälte und den Schneemassen nur mit erheblichen Schwierigkeiten arbeiten könnten oder ihre Betriebe für die Zeit des stärksten Frostes überhaupt stillegen mußten.

Trotzdem wurden alle angeschlossenen Heizungen, insbesondere die der Universitätskliniken, ohne eine einzige Störung beliefert. Nachdem es sich so gezeigt hat, daß das Fernheizwerk eine sichere und rationelle Heizquelle ist, ist die Wärmemenge des zweiten Bauteils, d. h. die Wärme, die der Erweiterungsbau des Werkes zu liefern imstande sein wird, schon jetzt fast ausverkauft. Beliefert sollen werden die Post, die Gerichte und die städtischen Bureaus sowie ein Kaufhaus-Neubau.

Genosse!

Hast Du schon einen neuen Leser für Deine Zeitung geworben?

Hallische Tageschronik

Aus Not in den Tod!

Am Sonnabend gegen 8½ Uhr wurde ein 27 Jahre alter Kaufmann in seiner Wohnung, Bernburger Straße 14, tot aufgefunden. Er hatte sich während der Nacht erschossen. Grund der Tat ist nicht bekannt.

Ebenfalls am Sonnabendvormittag gegen 10 Uhr hat sich ein 80 Jahre alter Invalide in seiner Wohnung Blumenstraße 2 infolge Lebensüberdrusses erhängt.

Immer neue Glätteunfälle. Am Sonnabend, gegen 18.13 Uhr, stürzte in der Geiststraße vor dem Grundstück Nr. 52 eine Frau infolge der Winterglätte in eine vierteilige Schaufensterscheibe eines leerstehenden Ladens. Die Frau kam ohne Verletzungen davon. — Am Sonntag, gegen 17.30 Uhr stürzte auf dem Universitätsplatz vor dem Grundstück Nr. 17 ein 53jähriger Mann infolge der Glätte auf den Bürgersteig und brach ein Bein. Der Verletzte wurde zum Elisabethkrankenhaus gebracht.

Meidet den Abonnentenversicherungsschwindel. Am 24. Februar starb die bei der „Volksfürsorge“ Versicherte Berta Frohne an Grippe. 22 Mark waren bis zum Tode an Prämien entrichtet. Der Ehemann erhielt die Versicherungssumme von 368 Mark ausgezahlt. Arbeiter, Angestellte und Beamte, stützt Euer Unternehmen, das Euch sicheren Schutz gewährt. Auskunft erteilt die Rechnungsstelle Halle, Harz 42/44, Gewerkschaftshaus, Zimmer 35/36.

Ein interessantes Gespräch mit Artisten

„Modernes Theater“

War schon das Februar-Programm mit dem Ringelnatz-Gastspiel ein gutes, so ist vom jetzigen zu sagen, daß es in künstlerischer Beziehung wie artistischer Leistung noch besser ist. Ein buntes Durcheinander spielt sich auf der Bühne ab und später geht es in der Diele oder im Saale weiter. Wie sagte doch Ringelnatz beim Abschiede:

. . . Ein andrer an die Tete!
Dem andern wünsch' ich ehrlich Glück!

Nun, die anderen haben Glück, denn das Publikum erkennt ihr Können an und quittiert es mit starkem Beifall, so daß Zugaben gegeben werden müssen.

Den Reigen eröffnet eine allerliebste Maria Asakoff mit neuzeitlichen Vorträgen (Rezitationen), die sie natürlich und schalkhaft zu Gehör bringt. Noch besser ist sie im Spiel, dem Sketsch: „Der elektrische Sessel.“ Alles dreht sich darum: wer auf diesem Sessel sitzt, sagt die Wahrheit über das, was man treibt. Eine junge Ehefrau hat diesen Wundersessel gekauft, um von ihrem Manne zu erfahren, wie und wo sich immer die ständigen „Sitzungen“ abspielen. Dabei kommt sie selbst in die ungewollte Lage, den Stuhl sitzend einzunehmen, und plaudert ihr Sündenregister dem Gatten aus, der dann den gleichen Reinfall erlebt. (Auf einen solchen Stuhl müßten sich einmal die sozialdemokratischen Führer setzen.) Ihr Gatte ist Willy Wacker, die so gemeinsam ein halbes Stündchen bestens unterhalten. Dieser Willy ist auch gleichzeitig der Ansager, und was dabei bemerkenswert ist, ein Wiener mit — Temperament! Man hälts nicht für möglich, aber es ist so. Seine Einzelvorträge sind ebenfalls modern, also tatsächlich eine Ueberraschung, selbst für den Hallenser. — Ein wirklicher Humorist von Format ist Ernst Walter, der außerdem den Vorzug der Vielseitigkeit besitzt. Ein scheinbar alter Knabe, in dem aber alles nur so lodert und von dem sich seine jungen Kollegen eine Scheibe abschneiden können. — Louis Suil jr. und Partnerin liefern einen Akrobatikakt, der künstlerisch wie humoristisch gleichwertig ist und den man sehen muß. — Yale-Comp.! Ganz schlicht steht im Programm darunter: Exzentrik-Tänzer. Das sind sie, nämlich zwei Herren mit zwei ganz entzückenden Partnerinnen. Was an exzentrischer und moderner Tanzkunst bisher geschaffen worden ist, das führen uns diese vier in höchster Vollendung vor Augen. Ihre rhythmischen Tänze, verbunden mit akrobatischen Einlagen, erhalten durch die ebenso geschmackvollen Kostüme noch einen besonderen Reiz, so daß es eine Augenweide ist, diese amerikanischen Tanzphänomen zu sehen.

*

Wir hörten, daß die Yale-Comp. erst vor kurzem von einem längeren Gastspiel aus der Sowjetunion zurückgekehrt ist. Unserem Ersuchen, uns doch ihren Eindruck über ihren Aufenthalt in der USSR. zu schildern, ist man gern nachgekommen und bringen wir denselben nachstehend zum Abdruck:

Es war im Jahre 1925, als wir erstmalig einem Vertrage nach Rußland Folge leisteten. Wie das so üblich, fragten wir bei verschiedenen Stellen nach den dortigen Verhältnissen und bekamen teils gute und schlechte Auskunft. Da man auch in der Presse kein besonderes Lob über Rußland vorfand, war unser Gefühl ein recht eigenartiges und dennoch in uns der Drang vorhanden, persönlich sich über die dortigen Verhältnisse zu orientieren.

Unsere Reise ging von Berlin per Bahn über Eydtkuhnen nach Riga. Unsere Neugier steigerte sich, als wir an der Grenze durch einen hölzernen Bogen fuhren, der in sämtlichen Sprachen der Welt das Motto führte: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“

Bei der Revision wurden wir sogar sehr höflich bedient, so daß wir über nichts zu klagen hatten. Dann gingen wir ins Bahnhofsrestaurant, um uns nach der hinter uns liegenden Fahrt zu kräftigen. Wir aßen eine der russischen Spezialitäten „Pirsni“, Pasteten mit Fleisch- oder auch Kohlfüllung. Sie kosteten nur zehn Kopeken und mundeten uns so vorzüglich, daß wir ganz unbesorgt unsere weitere Reise antraten.

In Moskau angekommen, wurden wir durch die Direktion aufs herzlichste empfangen, wie man überhaupt alles tat, um unseren Aufenthalt angenehm und interessant zu gestalten. Was wir zu sehen wünschten, wurde uns gezeigt, so auch das Mausoleum Lenin. Einfach und erhaben steht dasselbe auf dem Roten Platz vor dem Kreml. Tausende von Menschen stehen täglich vor dem Mausoleum, um ihren großen Führer Lenin zu besuchen. Sehr interessant und wissenswert ist das Ganze. Unvergeßlich werden uns die Minuten bleiben, wo wir dem großen Toten Lenin in seiner Ruhestätte gegenüberstanden.

Die Varietés, Zirkusse, und Kinos sind stets voll besucht. Die Ursachen hierzu dürften die niedrigen Eintrittspreise sein, wie auch das Gebotene, das künstlerisch auf hoher Stufe steht. Eins fiel uns aber sofort angenehm auf, nämlich, daß man unter den Künstlern Eigendünkel und Primadonnenlaunen oder sich einer mehr dünkt als der andere — wie man es in allen anderen Ländern leider vorfindet — hier gar nicht vorhanden sind. Alle Artisten haben in Rußland eine gute Verdienstmöglichkeit, die sich ganz besonders im Sommer steigert. Der russische Artist wird in seinem Lande besser bezahlt, als z. B. der deutsche in Deutschland.

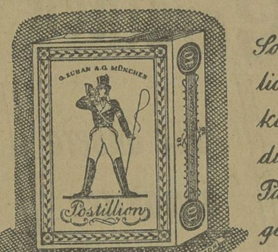
Für uns war Rußland ein wirklich angenehmer Aufenthalt und als wir vier Monate später von Leningrad per Schiff nach Stettin fuhren, mußten wir oftmals lächelnd an unser beklemmendes Gefühl denken, das wir bei unserer Hinreise 1925 empfunden hatten und das doch so unbegründet war. Unterdessen waren wir bereits zweimal wieder in Moskau und Leningrad und wurden jedesmal mit derselben Liebenswürdigkeit empfangen und vom Publikum aufgenommen. rr.

Die Ringkämpfe im Walhalla-Theater

Die Kämpfe am Sonnabend und Sonntag standen fast ganz im Zeichen der Siege des brillanten Finnen Huhtanen, aber auch der Neger-Ringer Bell Johnson zeigte ein ganz respektables Können und hat sich durch seine Kämpfe wieder viele Freunde erworben. Huhtanen rang am Sonnabend mit Schachschneider. Nach 13 Minuten war Schachschneider durch einen verkehrten Hüftschwung erledigt. Am Sonntag konnte Huhtanen einen Blitzsieg erringen. Der Neger-Ringer Bell Johnson rang am Sonnabend mit Reiber (München) und am Sonntag mit Favre (Frankreich) 25 Minuten unentschieden. Auch Paul Bahn, welcher ein geborener Reideburger ist, konnte am Sonntag einen eindrucksvollen Sieg über Landau (Düsseldorf) durch eine Krawatte erringen. Mit dem Europameister August Schneider (Straßburg), welcher durch seine robuste Ringweise sich wenig Freunde erwerben wird, rang Bahn 25 Minuten unentschieden. Reiber (München) siegte über seinen Landsmann Vogtmann (Hof). Heute, Montag, steht Huhtanen vor einer schwereren Aufgabe. Er ringt mit dem starken Europameister August Schneider (Straßburg) und wird sein ganzes Können entfalten müssen.

ARBEIT, TABAK, PACKUNG

heißen drei wichtige Kalkulationsposten, welche das Qualitäts-Niveau der 4 Pfg.-Zigarette bestimmen. Die Arbeit, welche für ihre Herstellung geleistet und bezahlt werden muß, ist die gleiche wie in jeder anderen Preisklasse.



Soll nun für 4 Pfg. auch ein wirklich guter Tabak geliefert werden, so kann dies nur geschehen, wenn die Kosten des dritten Faktors — der Packung — auf einen verschwindend geringen Betrag herabgesetzt werden.

Die POSTILLION wird durch neuartige Maschinen automatisch verpackt.

Zwar ist die neue Packung stabil und schützt die Ware, dennoch kann sie zu einem Bruchteil des üblichen Preises beschafft werden.

Das ist der Grund, weshalb wir für 4 Pfg. eine gut verpackte Zigarette mit einer so reinen und reifen Mischung liefern können, wie es sonst in dieser Preislage nicht möglich wäre.

G. ZUBAN A.G. MÜNCHEN

Das ist schon eine treffliche Zigarette, mein Herr!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290304-19/fragment/page=0007

Arbeiter-Sport

Nr. 53 — Montag, 4. März 1929

Doch Regierungsvertreter in der Zentralkommission

Vor längerer Zeit ist berichtet worden, daß in der Zentralkommission neuerdings Vertreter der preußischen Landes- und der Reichsregierung stimmberechtigt sind. Die Zentralkommission hat eine lendenlahme Erklärung dazu abgegeben. Daß aber tatsächlich Regierungsvertreter in der Zentralkommission sich befinden, beweist ein Brief des Bundesvorsitzenden Flegel vom Arbeiter-Schützenbund auf einen Protest einer Ortsgruppe gegen die oben angeführte Tatsache. In diesem Briefe heißt es:

„Ich habe mich den Richtlinien der ZK. anzupassen und nicht dort Staub aufzuwirbeln. Wir brauchen ja Geld von der Regierung, also kann deren Vertreter auch Sitz und Stimme haben."

Daß Flegel keinen Staub aufwirbeln will, ist bei seiner Lakaienrolle vor den Wildung und Genossen selbstverständlich. Die Arbeitersportler werden aber nach wie vor mit aller Entschiedenheit die Zurückziehung der Regierungsvertreter aus der Zentralkommission verlangen. Ihre Zulassung ist ein Ausdruck der immer engeren Anlehnung an die kapitalistischen Behörden zu dem Zwecke der Unterstützung des kapitalistischen Staates. Die Arbeitersportler kämpfen nicht für die kapitalistische Republik, sondern für den Sozialismus und sind deshalb gegen die Zulassung der Vertreter der Bourgeoisie.

Sportler danken für SPD.-Einladungen

Zur Demonstration anläßlich des Magdeburger Parteitages der SPD. sind durch diese Partei die Arbeitersportvereine aufgefordert worden, teilzunehmen. Der Arbeiter-Turnverein Frisch auf Aken (Bezirk Magdeburg) nahm in seiner letzten Sitzung dazu Stellung und lehnte eine Beteiligung an der Demonstration ab.

Ein Diskussionsredner stellte fest, daß die Sozialdemokratische Partei in der Regierung verschiedentlich gegen die Interessen der Arbeitersportbewegung gehandelt hat und daß aus diesem Grunde eine Beteiligung gemeinsam mit der SPD. nicht in Frage kommt.

Die sächsischen Arbeiter-Athleten tagen

In Löbau in Sachsen fand am 24. Februar der Kreistag des 6. Kreises des Arbeiter-Athleten-Bundes statt, auf dem 41 Delegierte vertreten waren. Der Vertreter der KPD., der diese Tagung begrüßte, wies darauf hin, daß es notwendig sei, verstärkt den Kampf um die Einheit des Arbeitersports zu führen. Nach den Berichten der einzelnen Kreisfunktionäre sprach der Bundesvorsitzende Strumpf über die Situation im Arbeiter-Athleten-Bund und mußte dabei anerkennen, daß die Opposition innerhalb des Bundes gerade für die Jugendarbeit Vorbildliches geleistet hat und daß die Opposition im 4. Kreis mit zu den besten Förderern der Jugendbewegung gehören.

Eine Entschließung der oppositionellen Delegierten für die Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen und für weitere Verbindung mit den Sportlern der Sowjetunion wurde mit 26 gegen 15 Stimmen abgelehnt. Dieses Ergebnis ist nicht verwunderlich, weil von den Delegierten die politische Zugehörigkeit verlangt wurde und die SPD.-Delegierten durch die Parteidisziplin gezwungen waren, gegen den Antrag zu stimmen. Trotzdem zeigt die Abstimmung, daß auch bei den sächsischen Arbeiter-Athleten die Politik des Bundesvorstandes auf Widerstand stößt und daß bei weiterer aktiver Arbeit der oppositionellen Sportler die Mehrheit gegen den Spaltungskurs gewonnen werden kann.

Ostpommerns Arbeiter-Sportler für die Einheit

Der Bezirkstag des 3. Bezirks des pommerschen Kreises des Arbeiter-Turn- und Sportbundes beschäftigte sich mit der augenblicklichen Situation innerhalb des Bundes auf seinem letzten Bezirkstag in Köslin. Mit 24 gegen 10 Stimmen wurde eine Entschließung angenommen, die sich gegen die Spaltungspolitik des Bundesvorstandes wendet und die die Auslieferung des Arbeitersports an die SPD. ablehnt.

Bemerkenswert von diesem Bezirkstag ist noch weiter die Tatsache, die mitgeteilt wurde, daß in Köslin Arbeitersportler ausgeschlossen wurden mit Zustimmung des Kreisrates, weil sie es ablehnten, gemeinsam mit dem Reichsbanner aufzumarschieren. Das Ergebnis des Bezirkstages zeigt, daß die Arbeitersportler immer mehr erkennen, daß sie nicht nur die Zusammenarbeit mit dem Reichsbanner ablehnen müssen, sondern gleichzeitig gegen die reformistische Politik des Bundesvorstandes überhaupt mit aller Energie kämpfen.

Großer Jubel bei den Bürgerlichen

Die Zeitschrift der Deutschen Turnerschaft veröffentlicht nachstehenden Bericht:

„Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Leipzig bewilligte in ihrer Sitzung vom 20. Februar d. J. 60 000 Mark Beihilfe an die Deutsche Turnerschaft zur Errichtung einer Deutschen Turnschule in Leipzig. Der Beschluß wurde mit den Stimmen aller Fraktionen gegen die Stimmen der Kommunisten gefaßt."

Kommentar überflüssig. Die SPD. Arm in Arm mit den bürgerlichen Parteien für die Unterstützung der arbeiterfeindlichen Tätigkeit der Deutschen Turnerschaft.

Elternabend

der Schülerabteilung des Turn- und Sportvereins Fichte

Da wir in Vorbereitung des Elternabends am 16. März stehen, müssen alle Schüler und Schülerinnen vom Süden mit an den Turnstunden im „Volkspark" teilnehmen. Mädchen: Mittwochs ½6 bis ½8 Uhr; Knaben: Freitags ½6 bis ½8 Uhr.

Fußball

2. Kreis, 8. Bezirk. Infolge der ungünstigen Witterungsverhältnisse sage ich hiermit den am 10. März geplanten Bezirkswaldlauf ab. Chr. Zachler, Obmann.

Sportkartelle

Sport- und Kulturkartell Ammendorf. Am Mittwoch, dem 6. März, abends 8 Uhr, in der „Eiche" Sitzung. Alle Delegierten haben zu erscheinen. Fragebogen nicht vergessen.

Kegler

Deutscher Arbeiter-Keglerbund, Ortsgruppe Halle. Hiermit weise ich alle Sportler auf die am Sonnabend, dem 9. März, stattfindende Monatsversammlung hin. Erscheinen aller Sportler ist Pflicht. I. A.: Kurt Sennewald.

Vereinsmitteilungen

Fichte Halle. Donnerstag, abends ½8 Uhr, Vorstandssitzung in der „Terasse". — Treffpunkt zur Trauerfeier für den verstorbenen Sportgenossen Paul Werge Dienstag nachmittag ½3 Uhr bei Thomas, Bölckestraße. Vollzähliges Erscheinen erwünscht. Anzug: Schillerkragen, blaue Mütze. Spielleute in Weiß ohne Instrument.

Fichte Halle, Turnabteilung. Am Dienstag, dem 5. März, 20 Uhr, im „Volkspark" außerordentliche Versammlung, betr. Fall Petzold. Melde. [249

Arbeiter-Schützen Halle. Am Dienstag, dem 5. März, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung in der „Granate", Merseburger Straße 100. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder wird erwartet. [251

Die „neuen Mitarbeiter" der Wildung, Gellert und Ko.

Den traurigen Ruhm, den sich die Renegaten um Brandler und Thalheimer bei der Belieferung von parteifeindlichem Material durch ihr Schandblatt „Gegen den Strom" für die SPD.-Presse erworben haben, scheint sie nicht ruhen zu lassen. So greifen sie auch jetzt die Frage der Sportpolitik der Partei auf, um auch auf diesem Gebiete der SPD.-Presse und den reformistischen Bundesvorständen genügend Stoff für den Kampf gegen die Kommunisten zu geben. Daß es sich bei den Renegaten um elende Verleumdungen und Verdrehungen handelt, braucht bei ihrer Praxis nicht erst betont zu werden.

In Nr. 6 des Renegatenblattes „Gegen den Strom" veröffentlichen die Rechten einen Artikel, der sich großspurig „Sportpolitik der Partei" bezeichnet, der aber

in Wirklichkeit nichts weiter ist als eine Verleumdung einzelner Genossen.

Positiv verstehen sie weder Kritik an der bisherigen Arbeit der Partei in bezug auf die Sportarbeit etwas zu sagen, noch können sie andere Wege zeigen, als wie sie von der Parteimehrheit im Arbeitersport beschritten werden. So wird mitgeteilt, daß der Genosse Hans Pfeiffer erklärt haben soll:

„Die Sozialdemokratie hat vor 35 Jahren die Arbeitersportbewegung gegründet. Die KPD. ist heute stärker als die SPD.

Arbeitersportler!

beteilgt Euch am Roten Treffen zum 17. März 1929 in Bitterfeld

damals. Warum sollten wir nicht ebenfalls eine Arbeitersportbewegung aufrichten können?"

An Hand der vorliegenden genauen Protokolle lassen sich diese Dinge sofort richtig stellen und die Rechten haben keinen Grund, sich darüber aufzuhalten, daß solche Protokolle hergestellt wurden. Es zeigt sich jetzt, wie notwendig diese Arbeit war, weil man einzelne Worte aus ihrem Zusammenhange herausreißt, um führende Genossen zu verleumden. Tatsache ist, daß der Genosse Hans Pfeiffer auf der in Frage kommenden Sitzung erklärt hat, daß es notwendig sei, die Spaltungsoffensive der Reformisten abzuwehren.

Die einsetzende Sabotage, die Platzentziehung für oppositionelle Arbeitersportvereine wird erfolgreich bekämpft werden, genau so wie vor 35 Jahren die Arbeitersportbewegung die Sabotage der Bürgerlichen gebrochen hat.

Diese Aufforderung, trotz aller entstehenden Schwierigkeiten den politischen Kampf gegen die Reformisten zu führen, hat es eben den Rechten angetan, weil ihre Politik darauf hinauslief, vor den Angriffen der Reformisten zu kapitulieren und die Kartellauflösung durch die Zentralkommission bedingungslos zu schlucken.

Genau so liegt es auch mit den angeblichen Ausführungen des Genossen Horst Fröhlich, mit dem Sturm auf die Sportplätze und der Einleitung des Bürgerkrieges dadurch. Hier handelte es sich ebenso um die entscheidende Frage, wie wird der Sabotage begegnet, mit der die Sozialdemokraten arbeiten werden, um den sportlichen Betrieb der Ausgeschlossenen lahmzulegen. In diesem Zusammenhange wurde die Notwendigkeit der Mobilisierung der Berliner Arbeiterschaft betont, um gegen die Entziehung der Sportplätze usw. Sturm zu laufen, wobei man allerdings bei der verschärften Situation nicht davor zurückschrecken darf, wenn es notwendig ist, auch mit Gewalt auf die Sportplätze zu gehen. Das würde nur dazu führen, um noch mehr wie bisher die Oeffentlichkeit zu mobilisieren, um auf diesem Wege die Front der Opposition zu verstärken.

Den Verlauf der Fichte-Fraktion können die rechten Renegaten durchaus nicht als einen Erfolg ihrer Politik verbuchen.

Die Mehrheit der Fichte-Genossen hat in einer Resolution sich durchaus mit der Politik der Partei in der Arbeitersportbewegung einverstanden erklärt.

Was die Genossen in der fraglichen Sitzung noch nicht begriffen haben, das war der notwendige Kampf gegen den Versuch, die Politik der Opportunisten auch in die Arbeitersportbewegung hineinzutragen. So, wie schon die Mehrheit der damals anwesenden Genossen erklärte, daß sie fest zu den Beschlüssen des VI. Weltkongresses und des ZK. stehen, so werden sie jetzt durch die Tatsachen überzeugt sein, daß es notwendig ist, auch in den Arbeitersportvereinen den Renegaten mit dem nötigen Nachdruck entgegenzutreten.

Mag die SPD.-Presse oder mögen die reformistischen Führer im Arbeitersport sich noch so sehr auf die Berichterstattung durch die Anhänger der Brandler und Thalheimer stützen. Es wird ihnen nicht gelingen, die einheitliche Front der oppositionellen Arbeitersportler zu zerstören, noch wird es ihnen gelingen, die Kommunistische Partei von den Arbeitersportlern zu trennen.

So wie die Partei in der Vergangenheit den Kampf der oppositionellen Arbeitersportler unterstützt hat, so wird sie es auch in der Zukunft tun.

Mögen die rechten Renegaten im Bunde mit den reformistischen Führern noch so elende Verleumdungen über die Tätigkeit der Kommunistischen Partei in die Welt streuen. Das wird nur dazu führen, daß die oppositionellen Arbeitersportler nicht nur die Notwendigkeit des Kampfes gegen die reformistischen Führer im Arbeitersport, sondern auch gegen die Renegaten um Brandler und Thalheimer mehr wie bisher erkennen.

„Einheitsfront"

In wiederholten Fällen haben wir schon festgestellt, daß die Sportspalten des „Volksblättle" im Gegensatz zu den Richtlinien des ATSB. und ZK.-Berlin stehen. Seit geraumer Zeit werden dem bürgerlichen Sport lange Spalten gewidmet, dessen Resultate kommentarlos veröffentlicht und — noch bestehende Arbeitersportorganisationen in der unflätigsten Art beschimpft. Alle proletarischen Regungen werden besudelt, werden als bundesschädigend hingestellt, auf der anderen Seite freut sich das „Volksblättle", daß der Fechtklub Rot-Weiß (einer der reaktionärsten Vereine von Halle) geruht hat, sie untertänigst zu bitten, die Notiz in den sportlichen Teil ihres „sehr geschätzten" Blattes aufzunehmen.

Die „Hallischen Nachrichten" bringen den gesamten bürgerlichen Sport und so verschämt in der äußersten Ecke der Sportbeilage, über dem Husteninserat, prangt die Mitteilung zum 3. Schwimmfest des sozialdemokratischen Renegaten-(Regatta-)Klubs. Aber eines steht fest, der neue Kurs im „Volksblättle", im Arbeiter-Turn- und Sportbund und in den einzelnen Vereinen wird den bisher noch Schwankenden die Augen öffnen und wird mit der Opposition kämpfen für die Einheit im ATSB. und für die Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen.

Erklärung!

Alle über den Verein verbreiteten Gerüchte über einen Bettelbrief des Vereins an den Bundesvorstand sind aus der Luft gegriffen und unwahr. VfB. Lettin 07.

Soweit der Vorrat reicht!

Gardinen Gardinen Gardinen...

Für unsere bewährten Qualitäten die billigsten Preise!

Beginn des Verkaufes Dienstag, 5. März

Stores aus Etamine .... Stück 1,95 85 — 65 ₰
Stores aus englisch Tüll .... Stück 3,75 2,35 — 1,65
Stores Filetgrundware .... Stück 6,00 5,00 — 3,90
Spannstoffe Filetgrundware, 120 cm breit .... Meter 1,75 1,45 — 1,20
Gardinen Stückware 70 cm breit .... Meter 85 75 — 58 ₰
Gardinen Stückware, 125 cm breit .... Meter 1,95 1,75 — 98 ₰
Künstler-Gardinen eingefaßt, moderne Muster 3 teilig ... Garnitur 3,90 2,50 — 1,85
Künstler-Garnituren Schals, 65 cm breit 3 teilig .. Garnitur 4,75 4,25 — 3,95
Künstler-Garnituren Schals, 80 cm breit 3 teilig ... Garnitur 7,75 6,50 — 5,90
Künstler-Garnitur Schals, 100 cm breit 3 teilig ... Garnitur 11,50 9,75 — 8,25
Gardinen-Vitragen .... Meter 45 30 — 20 ₰
Scheiben-Gardinen aus englisch Tüll .... Stück 75 40 — 22 ₰

Teppiche in großer Auswahl, enorm billig

J. Lewin
Am Markt — Halle a. d. S. — Am Markt

Aus den Betrieben

Achtung, Arbeiter der Königsmühle Merseburg!

Wählt revolutionäre Betriebsräte!

A.=K. Am 8. und 9. März findet die Betriebsratswahl statt. Auch in diesem Jahre sind wieder zwei Listen eingereicht worden; Liste Nr. 1 des gelben Werkvereins, Spitzenkandidat Heilemann.

Liste Nr. 2 für Betriebs- und Gewerkschaftseinheit, Spitzenkandidat Sommerweiß.

Arbeiter der Königsmühle, die diesjährige Betriebsratswahl spielt eine große Rolle, denn am 1. Juli ist der Tarif abgelaufen. Schon in der nächsten Belegschaftsversammlung muß dazu Stellung genommen werden und müßt Ihr Eure Forderungen stellen. Für so einen Hundelohn könnt Ihr nicht mehr länger arbeiten. Kollegen, der Werkverein ist nicht tariffähig. Er wirbt seine Mitglieder mit dem Versprechen, er will einen Werkstarif abschließen. Wie würde aber dieser Tarif aussehen, wenn sein Abschluß möglich würde? Im vergangenen Jahre habt Ihr es gesehen, als der Werkverein den Antrag stellte zur Sonntagsarbeit ohne Prozente. Dafür bekam der Werkverein ja 300 Mark von Dietrich zu Weihnachten. Viele Arbeiter haben es schon eingesehen, daß sich die zwei Brüder Heilemann nur eine Nummer verschaffen wollen beim „Chef" und sind deshalb aus dem Werkverein ausgeschieden. Sie warten heute noch auf die Versprechung.

Arbeiter der Königsmühle, nun zu unserer Betriebsratsliste. Der große Lügenheld und Gewerkschaftsführer Lange behauptet, die Liste Nr. 2 wäre von dem Kollegen Koenen aufgestellt und abgetippt worden. Das wäre ja gut gewesen, aber er weiß nicht, daß die Listen bei der Firma abgetippt worden sind. Genosse Koenen hat mit der Liste nicht mehr zu tun gehabt, als mit jeder anderen Liste der Gewerkschaftsopposition. Lange, der Kommunistenfresser, hat seinen Aerger darüber, daß er die Liste nicht eher gesehen hat und weil Unorganisierte mit aufgestellt sind.

Warum wurde nun der Betriebsratsvorsitzende Klappach nicht wieder mit aufgestellt? Kollegen, habt Ihr noch Vertrauen zu ihm? Nein; denn er vertritt Eure Interessen nicht mehr. Er gab seine Zustimmung mit dem Werkvereinler Heilemann dazu, daß der Kollege Elkner, welcher entlassen war, zu den verschlechterten Bedingungen wieder eingestellt wurde, d. h. nur mit 55 Pf. Stundenlohn. Eine große Feigheit bewies Klappach auch bei dem Unglücksfalle Hildebrands, als ein paar Tage nach dem Unglück die Unfallkommission erschien und Klappach mit zugegen war, um den Fall zu untersuchen, war er so feige, der Kommission zu erklären, daß die Firma gleich nach dem Unglück alles geändert hatte. Es war doch seine Pflicht. Gesetzlich müßte Klappach nach dem Betriebsrätegesetz § 39 wegen gröblicher Verletzung seiner gesetzlichen Pflichten vom Arbeitsgericht abgesetzt werden. Er soll darüber wachen, daß keine Ueberstunden gemacht werden, aber er schiebt jetzt die meisten. Vom 18. bis 23. Februar hatte er wieder 16 Ueberstunden. Für ihn ist hoffentlich bald ein Platz frei im Werkverein. Wenn er mit Heilemann im Betriebe herumläuft, sieht es immer aus, als wenn sie nach Nietleben müßten.

Klappach erklärte einem Arbeiter, daß im Betriebe viel Mißstände durch den neuen Betriebsrat zu beseitigen sind.

Nun, Klappach, keine Angst, auch ohne Dich werden die neuen Betriebsratsmitglieder sich für die Belegschaft einsetzen und werden Dir und Heilemann zeigen, wie ein Vertreter der Arbeiterschaft zu arbeiten hat.

Arbeiter der Königsmühle, keine Stimme den „vaterländischen" Speichelleckern. Am 8. und 9. März wählt alle

Liste Nr. 2.

Der nächste Bericht über den Boxermeister Schumann und über den Betriebsleiter Pötgen folgt bald. — Abonniert und lest den „Klassenkampf", es ist Eure beste Waffe!

In der Ammendorfer Papierfabrik werden die Arbeitsverhältnisse zusehends schlechter

Bildet gemeinsame Abwehrfront — Wählt revolutionäre Betriebsräte

A.=K. Immer erbärmlichere Verhältnisse reißen in der Ammendorfer Papierfabrik ein. Durch ein geschickt ausgeklügeltes Prämiensystem hat man die Papierproleten bis zum äußersten angetrieben und

die Produktion durchschnittlich um 30 bis 50 Prozent gesteigert.

Wir haben an dieser Stelle schon des öfteren die Proleten gewarnt, was kommen wird.

Bei der letzten Prämienauszahlung ist die Prämie um die Hälfte gekürzt worden, ohne den Betriebsrat zu beachten. Darüber herscht Sturm in der Belegschaft. Aber dies ist ja nur ein Glied in der Kette von Anschlägen auf die Belegschaft, die eröffnet wurde, als man den oppositionellen Betriebsratsvorsitzenden entließ. Dies war für die Kahnt, Ernst und Brode ein gesundenes Fressen und man schmiedete den ersten Schlag, indem man der Belegschaft früher Erkämpftes unter der Leitung des Betriebsratsvorsitzenden Dick wieder nahm.

Im Jahre 1927 hatte die Belegschaft errungen, daß 100 Prozent Aufschlag für Sonntagsarbeit gezahlt wurde. Wir denken, das war Ihr Erfolg, Herr Dick? Warum habt Ihr, Dick und Kompagnie, es zugegeben, daß die Belegschaft seit dem vorigen Jahre nur für 50 Prozent Sonntagszuschlag arbeiten muß, wodurch Ihr natürlich die Profitsucht der Kahnt, Ernst und Konsorten noch gesteigert habt. Und jetzt der weitere Anschlag auf die Prämie bedeutet eben die Proleten zum Spielball im Interesse des Unternehmers zu machen.

So greift man auch diesen Kampf wieder von der falschen Seite an. Man läßt die Papierarbeiter allein stehen, organisiert nicht die gesamte Belegschaft zum Kampfe gegen diese Maßnahme der Werksgewaltigen. Dieser Anschlag geht die Handwerker genau so an wie die Hofarbeiter. Das Raffinement des Unternehmertums zielt dahin, erst einen Teil niederzuschlagen, um nachher den anderen Teil besser kleinzukriegen. Warum wird den Proleten dies nicht von ihrem Betriebsrat gesagt? Warum werden sie einfach auf den Weg des Arbeitsgerichts verwiesen, ohne vorher durch den Druck der unzufriedenen Belegschaft den Versuch zu machen, das Recht der Arbeiter zu erzwingen? Auf dem Arbeitsgericht ist bekanntlich nichts zu hoffen.

Proleten der Ammendorfer Papierfabrik, mit den Elendslöhnen könnt Ihr nicht auskommen und jetzt dieser neue Anschlag dazu.

Wählt Euch revolutionäre Betriebsräte, organisiert die rote Klassenfront.

Nicht die alten kommen für Euch in Frage, die nur Vermittler für die Unternehmer bei der Belegschaft spielen wollen und es vollständig der Belegschaft überlassen, allein zu handeln. Das bringt die Arbeiterschaft immer mehr unter die Knute der Unternehmer. Aber auch die große Masse muß begreifen, daß die Interessen des einzelnen gleichbedeutend sind mit denen der Masse. Darum vorwärts in geschlossener Front für Eure eigenen Klasseninteressen!

Gewerkschaft Michel-Vesta am Pranger

A.=K. Seit einiger Zeit herrschen auf der Grube Michel Zustände, welche durchaus menschenunwürdig sind. Bekanntlich war die Kälte in den letzten Wochen tageweise so stark, daß man tatsächlich keinen Hund auf die Straße gejagt hätte, geschweige denn die Kollegen in die Grube. So war ein großer Teil der Kollegen gezwungen, wegen erfrorener Ohren und Füße die Grube zu meiden. Dadurch standen in einer Woche deswegen 39 Mann mit je 3 Mark auf der Strafliste. Unterschrieben vom „Herrn Obersteiger" Schottmann. Der Obersteiger scheint ja nicht zu wissen, was erfrorene Glieder für Schmerzen verursachen. Wenn man natürlich mit dicken Filzjacken in der geheizten Stube sitzt, bekommt man auch keine kalten Füße.

Auf Gewerkschaft Michel wird außerdem mit sehr verschiedenem Maße gemessen. Wenn in der Fabrik jemand eine Schicht feiern muß, dann zieht man dem Kollegen den Schichtlohn ab, was natürlich schwer zu tragen ist. In der Grube werden aber

außer der Schicht noch drei Mark Strafe abgezogen, was eine unerhörte Frechheit ist!

Wir fragen hiermitt den Betriebsführer Schottmann, ob er diese Frechheit deckt?

Dann läßt das Auftreten des Betriebsführers gegenüber den Kollegen sehr viel zu wünschen übrig. Schottman denkt scheinbar, dumme Jungen vor sich zu haben. Vorschuß wird nur nach Gunst gewährt. Wer frei und offen ist, kann bestimmt damit rechnen, keinen zu erhalten. Aber die Schmuser, deren es ja unter den Kollegen leider immer noch zuviel gibt, bekommen welchen, ohne viel zu sagen.

Auch dem Schreiber vom Grubenbureau gebührt besonderes „Lob". — Ein kleines Beispiel: Kommt da ein Kollege zu ihm und verlangt einen Krankenschein wegen erfrorenen Zehen. Er sieht den Kollegen ins Gesicht und meint: „Sie sehen aber nicht danach aus, als wenn Sie krank wären". Darauf antwortete der Kollege, daß er erfrorene Zehen habe. Der gute „Erich" sagte zu ihm: „Machen Sie sich nur nicht voll, ich habe selber 1½ Jahre im Freien gearbeitet." Wir raten dem Schreiber (ehemaligen Schlammfahrer) sich an so einem kalten Tag und 10½ Stunden in die Grube zu stellen. Hoffentlich ist die Zeit nicht mehr allzu fern, wo man den Spieß umdreht. Schon heute rufen wir den Oberantreibern und ihren Helfern zu:

Es kommt die Zeit, da wir uns rächen, dann werden wir die Richter sein. — Verlaßt Euch darauf!

Zur Betriebsratswahl auf der Esag, Gr.-Kayna

Betriebsräte beschenken ihren Ausbeuter mit Blumen und Zigarren zum Geburtstag

A.=K. Jetzt hat er sich richtig entlarvt als gelbe Sumpfpflanze, dieser „Betriebsrat" Lose aus Weißenfels. Wie Lose „im Sinne der Belegschaft" handelt, ist zur Genüge bekannt, aber daß die Freundschaft zu der Direktion so weit geht, wie es sich jetzt herausgestellt hat, haben wir nicht gewußt. Wohl hat man schon öfter gehört, daß Reformisten als Betriebsräte Zigarren und Saufereien bezahlt erhalten haben, die Kumpels im Sinn der Direktion im Schach zu halten. Aber daß ein „Arbeitervertreter" noch Geschenke an einen Ausbeutervertreter ersten Ranges, den Ingenieur Pami, verabreicht, ist doch ein starkes Stück. Der Lose muß wohl Angst haben vor der Neuwahl und sich eine Lebensstellung durch Blumen- und Zigarrenspenden zu erhalten suchen. Kollegen, das ist aber ein guter Beweis dafür, wie notwendig es ist, einen revolutionären Betriebsrat zu wählen, der allerdings nicht die Gegenliebe des Direktors Kreißig finden wird. Die Opposition hat hier ein wichtiges Feld zu bearbeiten und die Belegschaft muß sich aufraffen, ihre eigenen Interessen selber mit zu verteidigen.

Hohn statt Hilfe auch im Lauchhammerwerk Gröditz

A.=K. Langsam wird bekannt, daß auch die hiesigen Unternehmer ein „mitfühlendes Herz" gegen die Arbeiter haben. Außer den paar Sechsern in der Lohntüte am 22. Februar (für manchen waren es die vorletzten, da wieder gekündigt wurde) war noch ein Schein drin, auf dem stand, wie Du Dich gegen Unfälle wehren sollst. Die Kollegen, die sich immer noch nicht schämen, die Werkszeitung zu lesen, bekommen dasselbe ja auch dort dauernd vorgesetzt. Dort wird behauptet, daß meist „der Arbeiter selbst" an den Unfällen schuld ist.

Der ganze Klimbim der Reichsunfallverhütungswoche sollte Euch ablenken von den wirklichen Ursachen der Unfälle, die schon so manchem von uns wochenlange Krankheit, Not und Elend, sowie dauerndes Siechtum gebracht haben.

Sind es nicht die unvollständigen Sicherheitsmaßnahmen, ist's nicht die Jagerei und das Akkordsystem, sind es nicht die fehlenden hygienischen und sanitären Einrichtungen, die daran schuld sind? — Warum müssen Gröditzer Arbeiter nach L. zum Vertrauensarzt? Dort werden wohl mehr gesund geschrieben? Warum flattert den Kollegen im Ländchen öfter ein Briefchen ins Haus: „Im Krankenhaus vorstellen"?

Aber was wird mit einem nicht mehr voll arbeitsfähigen Kollegen? Endlose Schikanen und Rausschmiß sind die Mittel, um für das Werk „unproduktive Kräfte" loszuwerden, und um auch die Betriebskrankenkasse vor kranken Mitgliedern zu schützen.

Dies ist der Weg eines jeden Kollegen, ob er fünf, zehn oder zwanzig Jahre im Werk beschäftigt war, wenn er nicht erkennt, daß er sich mit den anderen Arbeitern im Betrieb zusammenschließen und sich wehren muß.

Sechs Millionen Arbeiter

stehen vor dem Ablauf ihrer Lohn- und Arbeitszeitverträge. —

Die revolutionäre Opposition organisiert den Kampf gegen die mächtige Front der Ausbeuter. —

Zur Stärkung der Arbeiter-Kampffront

werbt für Partei und Presse

Schwere Betriebsunfälle

Explosionsunglück im Leuna-Werk

Am Sonntagnachmittag um 4.30 Uhr ist im Bau 821 ein Gebläse infolge Ueberdrucks in die Luft geflogen, wobei der Schlosser Karl Gimpel aus Bau 824 durch herumfliegende Eisenstücke schwer verletzt wurde.

Kohlenstaubexplosion bei Groß-Kayna

Am Sonnabendmorgen entstand in einer Sammelschnecke im Kühlhaus der Brikettfabrik der Gewerkschaft „Michel" ein Brand. Bevor die Löscharbeiten einsetzen konnten, kam es zu einer Kohlenstaubexplosion, durch die ein größerer Sachschaden entstand. Durch die Stichflammen erlitten zwei Arbeiter Brandwunden, so daß sie dem Knappschaftskrankenhaus zugeführt werden mußten. Die Löscharbeiten hatten nach einigen Stunden Erfolg. Die bergbehördliche Untersuchung des Unglücksfalles ist eingeleitet. Was dabei herauskommt, hat die RUWo. gelernt. Man wird wieder die Schuld auf die Proleten abwälzen.

Zwischen die Puffer geraten

Auf dem Bahnhof Taucha geriet beim Rangieren ein Eisenbahnarbeiter zwischen die Puffer zweier Wagen. Mit lebensgefährlichen Verletzungen wurde er ins Krankenhaus gebracht, wo er hoffnungslos darniederliegt.

Schwerer Betriebsunfall bei der Mansfeld A.-G.

Von 400 Zentnern an die Wand gedrückt

Auf der Kochhütte Helbra geriet beim Transportieren ein 400 Zentner schwerer Dampfkessel ins Rutschen. Der Maschinensteiger Lehmann aus Eisleben wurde an die Wand gedrückt und so schwer verletzt, daß er in bedenklichem Zustande ins Knappschaftskrankenhaus nach Eisleben geschafft werden mußte.

Unerhörte Zustände und Gefahren in der J. G. Farbenfabrik Wolfen

A.=K. Zu der Reichsunfallwoche, die bis zum 3. März aufgezogen wurde, haben auch die Berufsgenossenschaften und der ADGB. aufgerufen. Ihrer Meinung nach ist der Arbeiter zu fahrlässig und verschuldet die Unfälle selbst, es winkt ihm ja eine Unfallrente Alles, was darüber geschmust wird, wirkt direkt lächerlich. Die J. G. Farbenindustrie, die Residenz des allgewaltigen Prof. Curschmann, machte hierzu allerdings gar keine Anstalten. Prof Curschmann, der doch auf diesem Gebiet als eine Kapizität gilt, scheint sich nicht mit seinen Rezepten herauszuwagen. In Wolfen wurde lediglich ein Ausschuß von einigen J. G. Feuerwehrleuten und anderen gebildet, der einen Vortrag des Dessauer Augenarztes Dr. Thieß arrangierte.

In der J. G. Farbenfabrik Wolfen sind im Jahre 1928 504 Unfälle zu verzeichnen bei einer Belegschaft von etwa 3016 (Stand vom 1. Januar 1929), d. h.

daß auf jeden sechsten Mann ein Unfall kommt.

Die Zahl der Unfälle ist aber eher noch höher, denn ein Teil derselben ist nicht gemeldet worden. Im Monat Januar 1929 wurden allein 36 Unfälle gemeldet, davon eine große Anzahl infolge der Kälte und Glätte. Durch Verbrennungen mit Säure, Lauge, Dampf sind 1928 80 Unfälle zu verzeichnen, durch Hautausschläge, Reizung der Atmungsorgane und Blauwerden 17. Das Blauwerden ist auf die Wirkung der Nitrogase zurückzuführen. Die Lippen werden blau, die Augen gelb, Gesicht und Hände weiß wie die einer Leiche. So laufen auch die Arbeiter herum. Die Augen brauchen nur zugedrückt zu werden. Besonders häufig kommt das Blauwerden in der warmen Jahreszeit vor. Wer in diesen Betrieb kommt, macht dann eben schlapp. Andere Unfälle, wie Quetschungen, Knochenbrüche, Verstauchungen, Kontusionen usw. sind 374 zu verzeichnen.

Diese sind alle nur auf das Konto Rationalisierung und Antreiberei zu buchen.

Hiervon geschehen ein großer Teil, besonders Muskel- und Sehnenzerrungen, in der Verladestation, Rennbahn genannt. Das Verladen der Düngemittel erfordert schon an und für sich kräftige Leute. Dort herrscht aber ein Hasten und Jagen, eine Treiberei und Wühlerei, so daß jede Vorsicht außer acht gelassen werden muß und Unfälle an der Tagesordnung sind.

So ist es aber nicht nur in dieser Abteilung, sondern fast überall. Die Leistungen des einzelnen werden durch das Akkord- und Prämiensystem immer höher geschraubt, und um nur einigermaßen sein Geld zu verdienen, ist jeder Prolet gezwungen, das Letzte herzugeben, oft genug Gesundheit und Leben.

Im Jahre 1928 sind sogar drei tödliche Unfälle zu vermerken, die sämtlich der schon damals gemeldeten Explosion eines Säurebehälters zum Opfer fielen.

Im Maschinenhaus III wurde schon vor Jahren trotz Einspruchs der Maschinisten und des Arbeiterrats der Hilfsmaschinist herausgenommen.

Hingewiesen auf die Unfallgefahren, ließ die Werksleitung eine Klingel anbringen, die den Sicherheitsdienst alarmieren soll! Wahrscheinlich soll der Verletzte, wenn er besinnungslos am Boden liegt, aufstehen, auf den Knopf drücken und sich dann wieder hinlegen. Das sieht mehr wie Verhöhnung der Arbeiter aus. Uebrigens hat auch hier die zu diesem Zwecke herbeigeholte Berufsgenossenschaft vollkommen versagt.

Unser Standpunkt ist der: nicht durch Warnungstafeln, Bilder und Vorträge mindert man die Unfallziffern, sondern durch vernünftige Arbeitsmethoden, nicht durch Hetzen und Jagen.

Weg mit der Akkord- und Prämienschufterei.

An deren Stelle muß menschenwürdige Entlohnung und Behandlung treten. Dies alles wird uns aber das Chemiekapital nicht freiwillig geben, **sondern die Arbeiterschaft muß sich mehr denn je organisatorisch zusammenschließen und kämpfen unter Führung der Kommunistischen Partei.** Sie muß sich eine solche Betriebsvertretung schaffen, die konsequent dafür eintritt, daß die Forderungen der Arbeiterschaft verwirklicht werden.

Unfallgefahren, Prämien- und Akkordbetrug, Willkür der Antreiber und Betriebsfaschismus werden nur radikal beseitigt durch die breiteste aktivste Gegenwehr der Massen der Betriebsarbeiter selber. Wir Kommunisten zeigen in allen Einzelheiten den Weg und die Mittel zum Kampf, wir marschieren im Kampf in der ersten Reihe immer in hartnäckigen Auseinandersetzungen mit dem Feind zum Siegen und zu entscheidender Schlacht aber muß mit uns die Masse der Chemiearbeiter antreten. — Die Betriebsratswahl ist eine wichtige Vorentscheidung; die Lohnbewegung muß in einem entscheidenden Kampfe zum Abschluß gebracht werden!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290304-19/fragment/page=0009

Merseburg-Querfurt

Vier Kinder pro Familie

verlangt der Preußische Wohlfahrtsminister in einer **Denkschrift über den Geburtenrückgang in Deutschland**. Leider vergaß er zu sagen, wovon eine Arbeiterfamilie vier Kinder ernähren und kleiden soll. Warum das Bevölkerungsproblem gegenwärtig eine so große Rolle spielt, geht aus den Ausführungen auf Seite 11 der Broschüre ganz deutlich hervor, dort heißt es nämlich: „Es handelt sich darum, daß der zukünftige Markt mit ausreichenden deutschen Kräften gedeckt werden kann". Das ist der springende Punkt, darum dreht es sich. Die fortgesetzt abgleitende Geburtenziffer in Deutschland, namentlich in den Großstädten — sie betrug im Jahre 1921 noch 18,9, im Jahre 1927 nur noch 13,2, in Berlin sogar nur noch 9,9 auf 1000 Einwohner —, macht den Kapitalisten ungeheure Kopfschmerzen.

Sie fürchten, daß eines Tages nicht mehr genügend Ausbeutungsobjekte vorhanden sein werden.

Darum bemüht man sich, die Geburtenziffer wieder heraufzupeitschen. Der katholische Wohlfahrtsminister gedenkt das zu erreichen, indem er erklärt: „Besonderer Wert muß auch auf die Mitarbeit der kirchlichen Kreise, zur Hebung des Familiensinnes und der Ethik des Volkes gelegt werden". Familiensinn, nun, er mag doch einmal in die Familien der rheinischen Textilarbeiter, der Ruhrarbeiter und Bergarbeiter gehen, wo Mann und Frau ge-

Internationale Frauenwoche heißt: Kämpferinnen für die proletarische Klassenfront werben!

zwungen sind zu arbeiten, um bei den, von den schwerindustriellen Freunden des Herrn Hiertsiefer gezahlten Löhnen nur ihr eigenes Leben fristen zu können. Wo bleibt die Ethik, wenn die Arbeiter in engen Wohnhöhlen zusammengepfercht hausen müssen, nicht zum wenigsten durch die Politik dieses Ministeriums, das ja bekanntlich die augenblicklich gezahlten Mieten noch für zu niedrig hält und einem Abbau das Zwangswirtschaft das Wort redet. Eine unglaubliche Beschimpfung der klassenbewußten Arbeiterschaft aber leistet sich der Wohlfahrtsminister, wenn auf Seite 12 behauptet wird, daß „veränderte Weltanschauung, Trennung von der Kirche, Lockerung des Familienlebens, übermäßige Betonung persönlicher Ansprüche" (!) bei dem Bestreben, die Kinderzahl zu beschränken, gleichfalls eine Rolle spielen.

Das Beispiel Rußlands, das eine ständig steigende Geburtenziffer aufweist, hervorgerufen durch die außerordentliche Fürsorge des Staates für den jungen Sowjetbürger, verbunden mit einer ständigen Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeitenden, sollte ihn belehren, daß, wenn die wirtschaftlichen Bedingungen vorhanden sind, gerne Kinder in die Welt gesetzt werden.

Es mutet ferner höchst sonderbar an, daß zur Abschreckung für die Sünder, welche verantwortungsbewußt genug sind, nicht Kinder in die Welt zu setzen, welche dem Elend preisgegeben sind, erklärt wird, daß in kurzer Zeit eine so große Ueberalterung der Bevölkerung eintreten wird, daß man in den Sozialversicherungen für Arbeiter und Angestellte die Versicherungsgrenze nicht herunter, wie es der Antrag der Arbeitenden ist, sondern heraufsetzen wird. Eine ausgezeichnete Aussicht für die werktätige Bevölkerung. Also jahrzehntelange, riesige Abzüge vom Arbeitslohn und wer dann wirklich 65 Jahre alt geworden ist und glaubt, Rentenanspruch zu haben, dem wird man sagen, du hast dich zu wenig angestrengt in deiner Jugend, hättest du 12 Kinder gezeugt, dann könnte die Altersgrenze herabgesetzt werden, so aber mußt du warten, bis 75, 80, 100 Jahre, je nachdem wie fruchtbar das deutsche Volk in den kommenden Jahren sein wird. Also eine ganz neue Theorie des Preußischen Wohlfahrtsministeriums, die Zeugungs- und Geburtenfreudigkeit der werktätigen Massen zu heben.

Wir aber antworten ihnen:

das werktätige Volk Deutschlands kämpft für die Abschaffung des Kapitalismus, um seinen Kindern ein menschenwürdiges Dasein zu ermöglichen.

Unter der Herrschaft des Kapitalismus wird es seine Geburtenzahl so einrichten, wie es in seinem Interesse ist.

Hochwassergefahr in Goddula!

Sämtliche dem Arbeiter-Bildungsausschuß angeschlossenen Vereine bzw. deren Mitglieder treffen sich heute, Montag, abend im Vereinslokal zu einer sehr wichtigen Besprechung über unsere Maßnahmen gegen die drohende Hochwassergefahr.

Merseburg. Alle Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte kommen morgen, Dienstag, 20 Uhr, zur Sitzung nach der „Quelle".

Kötzschen. Der Amtsstreik Nißlands ist beendet. Mit dem 25. Februar hat unser Zaunkönig seinen heroischen Kampf abgebrochen. Siegreich kehrt er in seinen Betrieb zurück. Nach sozialdemokratischer Ansicht ist es ja auch ein Sieg, wenn man auf Befehl eines Bruders einen Streik schmählich abbricht . . .

Mücheln. Der Vorbereitungsunterricht zur Jugendweihe findet Umstände halber erst am Mittwoch (nicht Dienstag) nachmittags ½5 Uhr statt.

Heraus zum Reichs-Erwerbslosentag!

Erwerbslose! Betriebsarbeiter!

Die Zahl der Erwerbslosen nimmt in Deutschland in erschreckender Weise zu. Millionen von Arbeitern sind aus dem Produktionsprozeß entfernt oder werden in den nächsten Tagen erwerbslos werden. Noch ist die Nationalisierung nicht abgeschlossen. Mit ihrem Fortschreiten werden neue Massen in das Heer der Erwerbslosen gestoßen.

Die Trust-Bourgeoisie erklärt, daß die sozialen Lasten für die „Wirtschaft" nicht tragbar sind und abgebaut werden müßten. Dieser Befehl der Industriekapitäne wird von der Koalitionsregierung mit Hilfe der Sozialdemokratischen Partei mit aller Energie durchgeführt. Die Erwerbslosenunterstützung wird durch den Reichsarbeitsminister Wissell systematisch abgebaut. Die Einführung der Sonderfürsorge bei berufsüblicher Arbeitslosigkeit führt die Bedürftigkeitsprüfung in der Erwerbslosenunterstützung wieder ein.

Die Krisenfürsorge wird nur einem Teil der ausgesteuerten Erwerbslosen gewährt.

Tausende von Erwerbslosen sind der elenden Wohlfahrtspflege überwiesen.

Täglich verhungern und erfrieren Erwerbslose infolge der gänzlich unzureichenden Unterstützung.

Dabei besteht keinerlei Aussicht, die hohe Zahl der Erwerbslosen jemals wieder wesentlich zu senken. Mit Hilfe der verelendeten Erwerbslosen will das Unternehmertum die im Betriebe stehenden Arbeiter zwingen, immer schlechtere Arbeitsbedingungen auf sich zu nehmen. Auf diese Weise sollen die Erwerbslosen den Kampf der Betriebsarbeiter unmöglich machen und zu einer Streikbrechergarde erniedrigt werden.

Erwerbslose! Betriebsarbeiter!

Setzt Euch zur Wehr. In geschlossener Front muß gegen das Unternehmertum, samt seiner sozialdemokratischen Lakaien, der Kampf geführt werden.

Ebenso geschlossen müssen Erwerbslose und Betriebsarbeiter den Kampf führen für Verbesserung der Lage der Erwerbslosen.

Arbeiter in den Betrieben!

Diese Forderungen gehen auch Euch an. Nehmt Stellung in den Betrieben. Wählt Vertreter zu den Erwerbslosenausschüssen. Schmiedet die Einheitsfront der Erwerbslosen mit den Betriebstätigen. Beratet gemeinsam über die Wege zur Durchsetzung der Mindestforderung der Erwerbslosen und die Kampfmaßnahmen.

Arbeitslose! Saisonarbeiter! Krisenunterstützungsempfänger! Männer und Frauen!

Heraus zur

Demonstration am 6. März 1929 in allen Orten.

Zeigt durch gewaltigen Aufmarsch, daß Ihr gewillt seid, den Kampf gegen dieses Hungerdiktat aufzunehmen.

Wir demonstrieren am 6. März:

Für Arbeit und Brot!

Für ausreichende Arbeitslosenunterstützung!

Gegen das Arbeitslosenverelendungsgesetz!

Gegen die Kampfsabotage der reaktionären Gewerkschaftsbureaukratie und ihre Spaltungs- und Ausschlußmaßnahmen!

Gegen Polizeiwillkür und Belagerungszustand!

Gegen die Hungerpolitik der sozialdemokratischen Hungerregierungen des Reichs und der Länder!

Gegen das arbeitszeitverlängernde Schlichtungssystem!

Gegen das Ueberstundenwesen und für den Kampf für den Siebenstundentag!

Gegen die Koalitionsregierung und ihre Kriegsrüstungen!

Für den revolutionären Klassenkampf!

Für den Sieg der Arbeiterklasse!

Bezirks-Erwerbslosenausschuß Halle-Merseburg.

Aus dem Saalkreis

Döllnitzer Gemeindeparlament

Am 28. Februar fand die Gemeindevertretersitzung im Gasthaus „Zum Palmbaum" statt. Auf der Tagesordnung standen sechs Punkte: 1. Schulhausneubau; 2. Schulhaushaltungsplan; 3. Aenderungen der Hundesteuern; 4. Aenderungen der Jagdsteuern; 5. Anträge und 6. Verschiedenes. Zu Punkt 1 stritt man sich darüber, daß Aenderungen in dem Vertrag mit dem Architekten von dem Gemeindevorsteher und dem Rektor Thomas selbständig vorgenommen wurden, ohne die Gemeindevertretung zu befragen. Es lief aber letzten Endes darauf hinaus, den ganzen Schulhausneubau zu verschleppen. Dieses zeigten besonders die beiden bürgerlichen Vertreter Gebauer und Wernicke. Wernicke gebrauchte u. a. den Ausspruch: „Die Miete in den Gemeindehäusern ist nicht hoch genug." Nach der Meinung dieses sauberen Gemeindevertreters bezahlen die Proleten in den Gemeindehäusern viel zu wenig Miete. Die Mieter werden sich das für die nächste Gemeindewahl merken. Für den Schulhaushaltungsplan gab der Rektor in dieser Sitzung Erläuterungen, welche nicht in allen Sachen zutrafen. Wir werden darüber in nächster Zeit besonders berichten.

Zu Punkt 3 wurde beschlossen, daß Mieter Hunde halten können mit Zustimmung des Hauswirtes. Die Jagdsteuerermäßigung von 15 Prozent auf 10 Prozent wurde abgelehnt. Wer Jagd betreibt, soll dementsprechend auch bezahlen.

Es lagen verschiedene Anträge vor. So unter anderem ein Antrag der KPD., der Erwerbslosen, der „Naturfreunde" und ein Antrag des Rittergutsbesitzers Gödicke.

Der Antrag der KPD. wurde kurz begründet vom Genossen Godzick. Der Antrag besagt zu a) daß „30 Prozent von den Steuern, welche die Gemeinde an den Kreis abführt, der Gemeinde verbleiben sollen"; zu b) „der Kreis stellt der Gemeinde als erste Rate sofort 600 Mk. zur Verfügung, damit die Not der Erwerbslosen, Kleinrentner usw. etwas gemildert werden kann." Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Zu dem Antrag der Erwerbslosen ließ man ein Mitglied des Erwerbslosen-Ausschusses sprechen. Der Genosse Heßler begründete diesen Antrag in eingehender Weise und sehr eindrucksvoll. Die Gemeindevertreter erklärten sich mit diesem Antrag solidarisch.

Die „Naturfreunde" laden zu der am 3. bis 10. März stattfindenden Foto-Ausstellung die Gemeinde zur Eröffnung ein und baten einen Vertreter zu entsenden. Dem wurde entsprochen.

Selbstverständlich wurde der Antrag des Großgrundbesitzer Gödicke abgelehnt, der besagt, daß die Jagdsteuern um 5 Prozent ermäßigt werden sollten.

Nachdem noch einige kleine Punkte besprochen wurden, hatte man noch eine geheime Sitzung.

Dem Gemeindevorsteher möchten wir das nächste Mal raten, die Verhandlungen wirklich in der Hand zu halten und nicht aus den Händen gleiten zu lassen.

Teicha. Kommunisten helfen Erwerbslosen. In der Gemeindevertretersitzung wurde der Antrag des Otto Schmu.. auf Ueberlassung eines Bauplatzes abgelehnt, weil er erklärt einen Neubau nicht ausführen zu wollen. Der Platz bleibt der Gemeinde vorbehalten. Nach Neuordnung der Jagdsteuer dürfen 10 Prozent in die Gemeindekasse fließen. Im alten Gemeindehaus sollen kleine Ausbesserungen vorgenommen werden. In kürzester Zeit soll mit der GötschereguIierung begonnen werden. Für die Wohnungskommission werden die Mitglieder weiter beibehalten. Die flüssigen Gemeindegelder sollen zur Versicherung angemeldet werden. Zum Schluß wurde der wichtigste Punkt der Tagesordnung vorgelegt. Es handelt sich um die Anfrage der Erwerbslosen auf eine Wochenbeihilfe von drei Mark pro Kopf und ein Liter Milch für jedes Kind bis zu zwei Jahren. Eine kurze Sitzung fand deshalb erneut am Mittwochabend statt. Die Bedürftigkeitsfrage wurde fallengelassen. Die Kommunisten begründeten nochmals kurz den Antrag. Es wird beschlossen, den verheirateten Erwerbslosen einmalig 7 Mk. und den ledigen Erwerbslosen 2,50 Mk. aus Gemeindemitteln zu überweisen. Betreffs der Milchabgabe für kleine Kinder soll jeder Bedürftige Karten vom Wohlfahrtsamt anfordern. Für den längst ausgesteuerten Genossen G. wurden 25 Mk. bewilligt. Erwerbslose von Teicha, diese bescheidene Unterstützung habt Ihr nur durch restloses Zusammenstehen in gleicher Not sowie der Vertretung der KPD. im Gemeindeparlament errungen. Weiter geschlossen auf diesem Wege, trotz alledem.

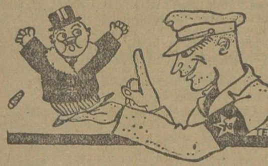
Alsleben. Die IAH., die proletarische Hilfsorganisation, veranstaltet Dienstag, den 5. März, einen Filmabend. Zur Aufführung gelangt der russische Großfilm „10 Tage, die die Welt erschütterten". Der Eintrittspreis ist so niedrig gesetzt, daß auch die Erwerbslosen diese Veranstaltung besuchen können. Im Vorverkauf bei G. Bredow, Gottlieb Appenrodt, im Konsumverein und bei G. R. Fischer 60 Pf., für Erwerbslose 40 Pf. An der Kasse 70 und 50 Pf. Einwohner, besucht diese proletarische Veranstaltung, denn es gilt auch in Alsleben vorzustoßen und eine Ortsgruppe der IAH. zu gründen. Die Arbeiterschaft von Beesenlaublingen, Beesedau, ist besonders eingeladen. Vorverkauf in Beesenlaublingen bei Gremler, in Beesedau bei G. Willy Schütze. Benutzt die Veranstaltung, um das Werden der russischen Revolution kennenzulernen.

Genosse, die Partei ruft!

„Klassenkampf"-Werbung

und

Märztreffen in Bitterfeld!



HUMOR-ECKE

Auswirkungen

„Jupp, warum gehst du denn so krumm,"

„Ich weiß nicht, ich muß jetzt zum Arzt".

Als Jupp vom Arzt zurückkam, traf er wieder seinen Freund. „Na, wo hat's denn gefehlt?"

„Ja, das Saufen hat keinerlei Wirkungen. Ich hatte meine Unterhose am Kragenknopf festgemacht".

Vielseitige Ansprüche

In der „Niederrheinischen Volkszeitung" steht folgendes Inserat: „Für hiesiges Rechtsanwaltbüro wird eine Stenotypistin gesucht, die mit entsprechenden Vorkenntnissen und guter Gesundheit sowie mit dicken Hosen und Strümpfen ausgestattet ist." (Was müssen diese Anwälte für Enttäuschungen durch Schlüpfer und Seidenstrümpfe erlebt haben! Die Red.)

Irgendjemandwer hat dem „Stahlhelm" ein antikes Kunstwerk „Der Sieger" gestiftet.

Fritz und Emil gehen vorbei und sehen sich das Ding an. „Mensch," sagt Emil, „wenn so der Sieger aussieht, möchte ich erst mal den Besiegten sehen!"

Dann vergeht mir der Appetit

Braun und Severing gehen in Berlin spazieren. Sie sehen einen Schuljungen, der feste von seinem Butterbrot ißt. Als er die zwei sieht, versteckt er sein Butterbrot. Severing geht hin und sagt: „Du kannst dein Butterbrot ruhig weiter essen, wenn wir vorbeikommen."

„Nein," sagt der Junge, „wenn ich euch schon sehe, vergeht mir jedesmal der Appetit."

Der Fluch

Pfarrer Pat stand vor dem Vagabunden Dürr, in der rechten Hand ein hübsches Gebettraktätchen, in der linken ein Stück Wurst „Nun, können Sie wählen, lieber Mann, im Gebet liegt die himmlische Glückseligkeit und im Genuß der Wurst der irdische Fluch."

„Na, dann geben Sie mir den irdischen Fluch, Meester, er könne Ihna nur schaden."

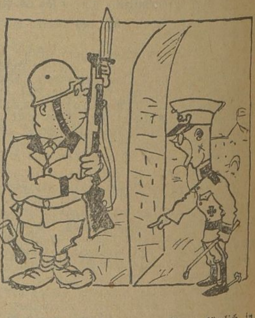
Anzüglich

„Mensch, wenn ich Ihren Köter sehe, muß ich immer an Verkehrsampeln denken!"

„Nanu, warum denn?"

„Na, von wegen Straßenkreuzung!"

„Ordnung" muß sein



Folgendes Geschichtchen passierte kürzlich in Münster: Der Leutnant Schniebitz gibt dem Posten strengsten Befehl, keine Zivilpersonen in die Kaserne zu lassen. Plötzlich sieht er von weitem, wie doch ein Zivilist passiert. Wütend brüllt er den Posten an: „Was hab ich Ihnen gesagt, Sie Lümmel?"

„Entschuldigen Sie, Herr Leutnant", stottert der Verdutzte, „aber der oberst . . . ." „Was sagen Sie da, Oberst? Herr Oberst heißt das, verstehen Sie?"

„Entschuldigen Sie," sagt pflichtschuldig der Posten, „aber der Herr oberste Abort ist verstopft und der Mann muß ihn reinmachen."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290304-19/fragment/page=0010

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Vom Großen Schöffengericht Weißenfels

Wegen Vergehens gegen die Sittlichkeit,

begangen an Personen unter 14 Jahren, wurde der Geschirrführer Willy G. aus der Untersuchungshaft vorgeführt. Er war bei der Firma Radke in Zeitz beschäftigt. Am 12. Januar war er mit dem Füttern der Pferde im Stalle beschäftigt, als sich die Geschwister Br. zu ihm gesellten. Den Bruder schickte er einen Weg, während die 11jährige Schwester bei ihm blieb. Durch Redensarten veranlaßte er das Mädchen, daß sie sich bis aufs Hemd auszog, worauf er sich unsittlich an ihr verging. Er wurde dabei überrascht und am gleichen Tage in Haft genommen. Das Gericht verurteilt ihn zu neun Monaten Gefängnis. Fünf Wochen Untersuchungshaft werden von der Strafe abgerechnet.

Wegen desselben Vergehens

hat sich der 62jährige Oberpostsekretär a. D. Gustav F. aus Weißenfels zu verantworten. Die jetzt 14jährige Ilse M. hatte in der Wohnung des Angeklagten die Aufwartung. Durch einen bei dem Mädchen von der Mutter gefundenen Brief von dem Angeklagten, woraus das verdächtige Verhältnis zwischen den beiden zu ersehen war, hatten die Eltern Strafantrag gestellt. Der Angeklagte ist geständig, das Mädchen unsittlich berührt zu haben, jedoch sei es zum Geschlechtsverkehr nicht gekommen. Das Mädchen jedoch behauptet, daß es zweimal, und zwar im Dezember 1927 und Januar 1928 zum geschlechtlichen Verkehr gekommen sei. Durch Fräulein Dr. Losensky, die das Mädchen untersucht hat, wird bestätigt, daß dasselbe defloriert ist. Der Angeklagte versucht das Mädchen zu diskreditieren.

Das Gericht spricht das Urteil: 10 Monate Gefängnis. Die Untersuchungshaft von sieben Tagen wird nicht in Anrechnung gebracht.

Tagung des Weißenfelser Rumpfparlaments

Dr. Geiger wieder im Amte

Der Stadtverordnetensitzung vom 27. Februar lagen 28 Tagesordnungspunkte und vier dringliche Anträge vor, in denen die vier wichtigsten Punkte in nichtöffentlicher Sitzung verhandelt wurden.

Stadtverordnetenvorsteher Dr. Lehder gab eine Erklärung ab, daß im „Volksboten" und „Tageblatt" Berichte „Friedensvorschläge des Weißenfelser Rumpfparlaments" und „Es ist genug" erschienen seien, die in der Bürgerschaft Aufsehen erregt hätten. Er sei zum Oberpräsidenten nach Magdeburg zum Vortrag gebeten worden und er habe dort mit ihm und anderen eine Besprechung gehabt. Die Stadtverordneten haben sich dann bereit erklärt, die Vermittelung des Oberpräsidenten anzunehmen. Die Vermittelungen sind dann in Merseburg fortgesetzt worden bei der Tagung des Preußischen Landtages. Ungefähr dieselbe Zeit, als der Artikel im „Volksboten" erschien, habe er ein Schreiben vom Oberpräsidenten bekommen, daß die Vermittelungen gescheitert seien. Das alles sollte geheim bleiben. Leider sei es in die Oeffentlichkeit gedrungen und der Oberpräsident sei dadurch in eine peinliche Lage versetzt worden. (!)

Von Grützner ist die Amtsenthebung des Stadtkämmerers Dr. Geiger aufgehoben worden!

Dieser erschien wieder in dieser Sitzung.

Dann wurden fließbandartig verschiedene Punkte erledigt. Die Anmeldungen zum neuen Schulsahr sind so groß, daß acht Lehrkräfte angestellt werden müssen. Auch in der Pestalozzischule wird eine Hilfskraft gebraucht. Auf Antrag wird aber die Vertagung der Sache ausgesprochen. — Als unbesoldetes Magistratsmitglied wird der Stadtverordnete Müller eingeführt. — Mit dem städtischen Orchester ist ein Abkommen zustande gekommen, in dem die Stadt jährlich einen Zuschuß von 24 000 Mark gewährt. — Wegen der Kälte sind an Bedürftige Licht- und Kohlengutscheine abgegeben worden. Lichtscheine sind vom elektrischen Werk und für Kohlengutscheine wurden nachträglich 5000 Mark bewilligt, für 32 Handfeuerlöscher in die städtischen Gebäude 2800 Mk. Der Hausplatzplan des Nachrichtenwesens für 1929 schließt ab mit einem Ueberschuß von 1050 Mk.

Um einem Uebelstande in den Schulen abzuhelfen, sollen zwölf neue Klassen durch Anbauen von zwei Seitenflügeln in der Beuditzschule geschaffen werden. Die Kosten sollen 537 000 Mk. betragen, wozu eine Anleihe aufgenommen werden soll. Nach längerem Hin und Her wird die Vorlage zur Prüfung an die Baudeputation zurückverwiesen. — 5 Mk. monatlich sollen die Schüler und Schülerinnen bezahlen, die aus dem Landkreise die hiesigen Volksschulen besuchen. Für geschaffene Schulräume werden zur Beschaffung für fehlendes Inventar 7500 Mk. bewilligt.

Der Haushaltplan der Volksschulen für 1929 schließt ab in Einnahme mit 201 000 Mk., Ausgabe 762 000 Mk., so daß ein städtischer Zuschuß von 560 000 Mk. notwendig ist. Ein Mehr gegen 1928 von 53 900 Mk. Der Mittelschulen: Einnahme 95 200 Mark, Ausgabe 217 000 Mk., Zuschuß 121 800 Mk. Ein Mehr von 8234 Mk. Des Lyzeums: Einnahme 49 900 Mk., Ausgabe 135 350 Mark, Zuschuß 85 450 Mk. Ein Mehr von 14 050 Mk. Der Oberrealschule: Einnahme 131 150 Mk., Ausgabe 335 350 Mk., Zuschuß 224 200 Mk. Ein Mehr von 17 800 Mk. Für das Lyzeum wird eine Hilfslehrerin eingestellt mit 4000 Mk. Anfangsgehalt. Bei der Pestalozzischule soll die notwendige Stelle eines Hilfslehrers eingespart werden, deshalb Vertagung, anders beim Lyzeum. Das betrifft auch nicht die Armen!

Durch die anhaltende Kälte reichen die Kohlenvorräte in der Oberreal- und Neustadtschule nicht aus und müssen deshalb 800 Mark bewilligt werden. Ferner 2500 Mk. zur Herrichtung von zwei Klassenräumen im Sausenhölzchen, 1737 Mk. für die Stadtkapelle, 5000 Mk. zur Verpflegung von kranken Unterstützungsempfängern, für Sozialversicherungen 1182 Mk., für Wasserwerk 8300 Mk., für Eltwerk 36 000 Mk. Die beiden letzten Posten werden durch erhöhte Einnahmen gedeckt.

Eine längere Aussprache kommt noch bei der Bewilligung von weiteren Mitteln für Schnee- und Eisbeseitigung zustande. Beschlossen wird, 6000 Mark zu bewilligen und die Beseitigung der Schneemassen einem Tiefbauunternehmer zu übertragen. 20½ Uhr Schluß der öffentlichen Sitzung.

Breitenbach. Sämtliche Hausbesitzer waren kürzlich auf Einladung der Deutschnationalen beieinander. Den zahlreich Erschienenen wurde nun die Frage vorgelegt, ob sie gewillt seien, einem Hausbesitzerverein beizutreten. Nachdem die meisten die Frage verneinten, wurden sie ohne weiteres rausgesteckt. Darob große Erregung und viele Fragen. Was soll das heißen? Was haben die zu verheimlichen? Soll das ein Verein à la „Immertreu" werden? Wir wollen die Sache ins richtige Licht stellen. Einberufer war Polier Thieme, der Strohmann des Hüters des teutschen und christlichen Wesens (siehe letzter Artikel über die Kirche) des Gutsbesitzers Franke. Und der Verein soll nicht ein Verein à la „Immertreu" werden, sondern ein Verein werden, der den steckengebliebenen Parteikarren der Deutschnationalen bei der nächsten Wahl flottmachen soll. Deshalb konnten auch die Hausbesitzer nicht erst über Zweck und Ziel des Vereins aufgeklärt werden. Die Arbeiter tun gut, wenn sie die neue Pflanze schon jetzt an der Wurzel anpacken.

Theißen. Die Hydranten sollen nicht eingefroren sein. Der Gemeindevorsteher schreibt uns: „In Nr. 48 Ihrer Zeitung vom 26. 2. cr. befindet sich in der Rubrik „Weißenfels-Zeitz" unter Theißen eine Notiz beginnend mit den Worten „Durch die Kälte", in welcher wahrheitswidrig behauptet wird, daß sämtliche Hydranten eingefroren seien. Auf Grund des § 11 des Preßgesetzes ersuche ich um Aufnahme folgender Richtigstellung innerhalb drei Tagen: Es ist nicht wahr, daß sämtliche Hydranten eingefroren sind, und daher eine Gefahr bei ausbrechenden Bränden besteht. Wahr dagegen ist, daß schon seit Wochen alle Hydranten regelmäßig durch Bestreuen mit Viehsalz vor dem Zugefrieren geschützt werden. Wenn trotz dieser vorbeugenden Maßnahmen nur einige Hydranten von unten her eingefroren sind, so war das bei der unerhörten Kälte nicht zu vermeiden. Aber die Gemeindeverwaltung hat bisher alles getan, was zur Abwendung einer Gefahr beitragen konnte. Der Gemeindevorsteher. (Name unleserlich.) — Die Hydranten sind also nur von unten her eingefroren.

Mansfeld-Sangerhausen

Hedersleben. Schwerer Transportunfall. Zwei Geschirrführer waren mit ihren Gespannen im Begriff, den Möbelwagen mit den Möbeln bes nach Gerbstedt verziehen Kollegen S. nach dem Bahnhof zu befördern. Beim Durchfahren des Torweges streifte der schwere Wagen das eiserne Tor, dessen massiv gemauerter Pfeiler abgebrochen und umgerissen wurde. Der Führer des zweiten Gespannes, der 19jährige Mock von hier, wurde von dem stürzenden Pfeiler schwer verletzt.

Gehofen. Stahlhelmkameradschaft. Der Rittergutsinspektor Uhlich zu Rauß hat seinen Untergebenen und Stahlhelmkamerad, den Gutsverwalter Kleinschmidt, tätlich angegriffen und geschlagen. Kleinschmidt ist 60 Prozent kriegsbeschädigt, der Inspektor Uhlich war ein Riese gegen ihn. So gehts aber zu bei Stahlhelms.

Gehofen. Tüchtig im Amte. In Gehofen ist es schon sehr weit mit dem Gemeindevorsteher und Steuererheber gekommen. Mußte doch am Sonnabend der Kreisinspektor von Sangerhausen die Sitzung leiten, weil der Laden nicht klappte. Das nennt sich Kommunalarbeiter . . .

Rossla. Landarbeiterelend. Im allgemeinen hört man vielfach Klagen der Krankenkassen über die immer mehr steigende Ausgabe der Kassen. Man darf nun diese Ursache nicht, ohne sie zu untersuchen, beiseite stellen. Man muß feststellen, woran liegt es, daß die Krankenziffern sowie die Ausgaben steigen: Denn auch die Rationalisierung macht sich in der Landwirtschaft bemerkbar. Die Landarbeiter werden mehr denn je ausgebeutet. Infolgedessen steigern sich die Krankheitsfälle. Zum Beispiel hatte die Domäne Rossla vor Jahrzehnten 200 bis 250 Arbeiter und Arbeiterinnen, bei einer Morgenzahl von 4000 Morgen, und jetzt im Jahre 1928 100 Arbeiter und Arbeiterinnen bei einer Morgenzahl von 3600. Und es muß nun dieselbe Leistung und noch mehr geschafft werden wie früher. Auf technische Verbesserungen kann man das nicht alles zurückführen. Auch die Sterblichkeitsziffern auf dem Lande werden größer, also entstehen höhere Ausgaben der Krankenkasse. Und wer ist da der Leidtragende? Der Arbeiter selbst, weil er doch die meisten Beiträge aufzubringen hat. Wenn also der Landarbeiter aus seinem Elend heraus will, dann muß er sich einsetzen für die Forderungen: Herabsetzung der Arbeitszeit, höherer Lohn und bessere Wohnungsverhältnisse. Deshalb hinein in den Landarbeiterverband, hinein in die KPD.

Die Flucht aus der Hölle

Von Albert Londres

8] Copyright by Neuer Deutscher Verlag, Berlin W 8

Die Arme des Stammes bewegen sich. Es ist Venet.

Venet! Kamerad! Kamerad!

Eine Stimme kommt aus dem Stamm. Er antwortet uns!

Auf meiner Mangrove sitzend, ziehe ich mein Hemd aus und winke. Menoeil macht mit seinem Gürtel Drehbewegungen. Was fing er nur an, um dort zu bleiben? Ein Selbstmord? Ein Unglücksfall? Vielleicht, weil er der Größte und Schlankste war, und weil man, je länger und leichter man ist, um so eher im Schlamm versinkt? Wir rufen wie toll! Es ist alles, was man für ihn tun kann.

Vorwärts, Venet! Keine Angst!

Schon erreicht ihn die Flut. Es kommt uns vor, als ob der Stamm sich bewegte. Ist es nicht das Wasser um ihn herum, das uns täuscht?

Es war das Wasser, er rührte sich nicht, aber schrie immer.

Akupa sagt, daß er fort will, um eine Piroge am Dégrad des Canes zu holen. Er will zurückkommen und ihn mit der Flut holen.

Du siehst doch, daß er versinkt und immer kleiner wird. Es wird zu spät sein!

Der Neger geht.

Geht mit ihm, sage ich.

Brinot, Deverrer und Menoeil gehen ihm nach, um ihn zurückzubringen.

Jean-Marie bleibt bei mir.

Wir werden Euren Fußspuren folgen und Euch wiederfinden, sage ich.

Sie verschwinden.

Wir reißen Mangroven mit den Wurzeln aus.

Wir stoßen sie vor uns her und bewegen uns auf dem Stamm im Schlamm zu.

Das Wasser schaukelt ihn, macht ihn aber nicht frei. Im Gegenteil, nur Schultern und Kopf sind jetzt noch da.

Wir halten an. Der Schlamm hat uns schon wieder bis zum halben Schenkel. Wir haben Angst.

Venet! Kamerad!

Die Flut verschlingt ihn. Bald sieht man nur noch den Kopf. Und als der Kopf verschwunden ist, sind noch zwei Hände da.

Dann sehen wir nichts mehr.

Kamerad! Kamerad!

Nicht einmal eine Klage antwortet uns ...

Das Gespensterschloß

„O! Wie waren sie müde, als sie wiederkamen!" — Das ist ein Wort von Samain. Er ist nicht für uns gemacht worden, und doch hatten wir ihn verdient!

Die drei andern und der Neger, die vor uns aufgebrochen waren, hatten sich nicht übereilt. Wir holten sie ein, obwohl wir nicht schnell marschierten.

Und Venet? fragten sie.

Er ist verschwunden!

Das Schweigen, das folgte, dauerte, bis Deverrer rief: „Ich habe Durst!"

Seit vier Tagen sitzen wir im Wasser und sterben dabei vor Durst! Wir versuchen aus allen Pfützen das schlammige Wasser. Vielleicht ist es Regen von der Nacht? Nein! Es ist salzig!

Mein Wein — dies hier, mit dem ich immer noch nicht gut gehen kann — tut mir weh. Jean-Marie steht mir bei. Er hilft mir, die kleinen Einbuchtungen zu überschreiten. Manchmal ist ein Mangrovenstamm als Brücke darüber gelegt. Von wem? Wer hat hier irgend etwas gesucht? Wahrscheinlich Flüchtlinge?

Nicht nur Venet schläft in diesem Schlamm!

Vorwärts, drängt mich Jean-Marie, Kopf hoch!

Wir stehen vor einer hundert Meter breiten Bucht. Den andern geht das Wasser schon bis zur Schulter. Ich habe kein Vertrauen zu meinem Bein mehr. Wir wäre es lieber, man hätte es mir abgenommen. Es würde mich weniger behindern!

Mut!

Wir treten ins Wasser. Er stützt mich. Wir kommen wieder heraus. Jetzt sind wir am Maßury, es ist Ebbe. Der Schlamm! Immer wieder! Mindestens fünf Meter Schlamm bis zum Fluß.

Wir versuchen, ein Floß zu machen, und siehe da, wir finden eins. Wo sind diejenigen, die es verlassen haben? Wir setzen es auf den Schlamm.

Das Manöver, das wir vor zwei Tagen mit der Piroge gemacht haben, beginnt jetzt wieder. Aber der Schwung ist nicht mehr da. Wir sind erschöpft. Durst! Durst!

Drüben, auf der andern Seite, ist Wasser, sagt Menoeil. Ist Leben!

„Wo—o—o!"

„Was sagen Sie, Dieudonné?"

„Ja, das ist der Schrei, den wir ausstießen, als wir das Floß schoben. Er kommt mir unwillkürlich wieder. Als genug Wasser da war, stießen wir die Bretter, bis wir schwammen, so daß sich die Nichtschwimmer und gänzlich Erschöpften daran festhängen konnten. Stundenlang haben wir das gemacht. Alles um etwas Trinkwasser, verstehen Sie, alles! Wieder ist es Nacht. Ein Licht taucht auf: die Laterne von Dégrad des Canes.

Da ist sie wieder, jawohl!

„Was sagen Sie, Dieudonné?"

Wir waren halbtot. Wir steigen alle aufs Floß und rühren uns nicht mehr.

Plötzlich beginnt Akupa zu schreien: „O, Boot! O, mouche Boot." Kreolische Worte, ein Ruf der Schwarzen dieser Gegend.

Niemand antwortet.

Da nehme ich alle Kraft zusammen und stütze mich in den Fluß. Ich will an Land, um Hilfe zu holen, da sie in Aussicht ist. Ich schwimme. Hundert Meter von der Küste kann ich nicht mehr weiter. Immer diese verfluchte Barre! Ich versuche, sie schräg von der Seite zu nehmen, dann von allen Seiten. Nicht möglich. Ich habe das Gefühl, zu versinken. Ich gehe zurück nach der Stelle, wo ich das Floß verlassen hatte.

Es ist nicht mehr da!

Ich suche. Ich schwimme weich. Ich lege mich auf den Rücken, die Wellen drehen mich wieder um. Ich sinke. Ich habe nicht mehr die Kraft, zu kämpfen, meine Glieder sind steif. Da lasse ich mich freiwillig sinken.

Ich hebe die Arme und trinke, soviel ich kann, um die Qual abzukürzen. Meine Ohren sausen. Lebe wohl, Du Schöne! Ich weiß nichts mehr.

Plötzlich fühle ich frische Luft im Gesicht. Die Besinnung kehrt zurück. Ich atme, ich schwimme. Ich atme, ich rufe: „Jean-Marie! Jean-Marie!"

Oooo! Hier!

Eine starke Hand ergreift mich und wirft mich auf das Floß. Akupa ist verschwunden.

Auf seinen Ruf ist ein Boot mit zwei Schwarzen vom Dégrad des Canes gekommen. Die Schwarzen haben nur Akupa mitnehmen wollen. Sie haben zu meinen Gefährten gesagt: „Ihr könnt krepieren!"

Es ist gut, sagt Jean-Marie, daß Du gekommen bist, um mit uns zu krepieren!

Das Floß treibt. Es kommt bis zu fünfhundert Meter in die Nähe der Boter- und Mutterinseln und dann zum Dégrad des Canes zurück. Die Laterne! Schon wieder! Dann fällt das Floß nach und nach auseinander, ein Stück löst sich, wir beginnen einzusinken. Bis zu den Hüften geht uns das Wasser, dann bis zu den Schultern. Nur unsere Köpfe schauen noch heraus.

Vom Floß bleiben nur noch die Hauptteile.

Deverrer und Brinot wollen sich sofort ertränken. Ich schwöre ihnen, daß wir nicht tiefer sinken.

Woher willst Du das wissen? fragen sie.

Ich bin zwar kein Gelehrter, wissen Sie, aber man lernt doch nützliche Dinge im Bagno.

Das Gesetz von Archimedes, antworte ich.

Von wem?

Was die Gesetze betrifft, kennen meine Genossen nur die der Deputierten!

Archimedes!

Was sagt Dein Gesetz?

Jeder Körper verliert im Wasser einen Teil seines Gewichts gleich der Menge Wassers, die er verdrängt. Nun beträgt unser augenblickliches Gewicht auf dem Floß ungefähr drei Kilo pro Person. Das Holz hat absorbiert, soviel es kann.

Wenn wir jetzt nicht mehr sinken, geschieht es deshalb, weil das Floß nicht mehr sinken kann. Habt Ihr verstanden?

Er hat recht! ruft Menoeil. Seht mal an, den alten Schlaumeier! Er will niemals sterben!

Was dann kommt, ist Schweigen. Eine Art Todeskampf in der treibenden Strömung. Unsere Körper im Wasser frieren sehr. Die Müdigkeit ist so groß, daß wir sogar einige Sekunden schlafen, um jedesmal aufzuwachen, wenn der Kopf ins Wasser fällt, um dann eine Minute später wieder einzuschlafen. Wie können wir uns überhaupt so lange an ein paar Holzstücke anklammern? Wir denken alle an Haifische und Tümmler. Wir hoffen, daß uns weder die einen noch die anderen sehen. Die Haie würden uns fressen und die Tümmler uns ersaufen, indem sie mit uns spielten.

Als der Tag graute

Der Tag beginnt zu grauen. Unsere Augen füllen sich wieder mit Hoffnung, wir sind nur noch einen Kilometer vom Dégrad.

Los, Jean-Marie, wir wollen schwimmend Hilfe holen!

Ein Brett unter der Brust, so geht's los! Um unser Gewicht erleichtert, hebt sich das Floß, wir können mit der Hand rudern. Und kommen vorwärts!

Keine Müdigkeit mehr! Nur Jean-Marie hält an. Eine Spitze stößt ihn in die Seite. Er kann nicht mehr schwimmen. Er legt sich mit dem Rücken auf das Brett. Ich schwimme bis zur stärkeren Strömung. Aber ich bin zu matt. Diese Barren von Guyana muß man kennen, um mir zu glauben! Nahe bei uns eine Abdämmung für Fische. Hurra! Hier müssen Menschen sein!

Wir steigen auf die Wehr.

Oooo! Oooo! (Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290304-19/fragment/page=0011

Delitzsch-Torgau-Liebenwerda

Nur nicht so laut, in Torgau wird gebaut?

Das Jahr 1929 soll in Torgau eine rege Bautätigkeit bringen. Bauanträge liegen genügend vor, die jedoch nicht alle mit Hauszinssteuerhypotheken bedacht werden können, da in diesem Jahre die Zuweisungen geringer sind. Vor allen Dingen soll die Lücke am Friedrichsplatz verschwinden. Aber ein Prolet kann keine Neubauwohnung beziehen, weil er mit seinem kargen Lohn nicht in der Lage ist, die hohen Mieten zu zahlen. Es sollen annähernd 50 Wohnungen erstehen. Eine kleine Zahl gegenüber den 500 Wohnungsuchenden. Ob in diesem Jahre noch mit dem Bau der Rhenenia-Fabrik auf dem Bäckerfelde begonnen wird, ist fraglich. Herr Stadtbaurat! Wie steht es denn mit der Baustelle im Ostring, die Northe schon seit zehn Jahren im Besitz hat? Wann will er bauen?

In diesem Jahr wird ein später Anfang der Neubauten werden. Durch diesen langen Winter ist der größte Teil der Bauarbeiterschaft bereits schon ein Vierteljahr erwerbslos.

Unhaltbare Zustände auf der Arbeitsamts-Nebenstelle in Bockwitz

Ein „Paradies" für Arbeitslose ist die Arbeitsamts-Nebenstelle Bockwitz. Eingereichte Anträge werden erst in vier bis sechs Wochen erledigt. Vorschüsse auf Unterstützung werden nicht gezahlt. Die erwerbslosen Arbeiter können während dieser Zeit Hunger leiden. Bei der Auszahlung der Unterstützung am Freitag haben die Arbeitslosen das Vergnügen, stundenlang auf ihre paar Groschen im kalten Hausflur zu warten, weil die Auszahlung des Geldes längere Zeit in Anspruch nimmt. Dem dort angestellten Beamten, dem ehemaligen Maurer und strammen SPD.-Mann Alwin Schüller, möchten wir raten, sich an Stelle seines verlorenen Rückgrats ein Stück Eisen ins Kreuze zu binden, um seinen Vorgesetzten ebenso energisch gegenüberzutreten, wie er es zurzeit mit den Arbeitslosen macht.

Den Erwerbslosen aber rufen wir zu: Stellt Euch hinter Euren Erwerbslosenrat, tretet ein in die Kommunistische Partei, die allein um die soziale Besserstellung der Arbeiterklasse kämpft.

Ein Auto vom Zug überfahren

Drei Tote und ein Leichtverletzter

Ein Grünewalder Bäckermeister namens Groß wollte am Freitagmorgen mit seinem Auto den Bahnübergang bei Naundorf überqueren. Der herannahende Personenzug, der von Lauchhammer kam, erfaßte das Auto und schleifte es 300 Meter auf den Schienen mit. Der Benzintank geriet obendrein noch in Brand. Als Insassen hatte der Inhaber des Autos noch zwei Arbeiter und eine Stenotypistin im Wagen. Der Arbeiter Hugo Erdmann war sofort tot, während seine Schwester und der Bäckermeister schwer verletzt wurden. Beide Schwerverletzte brachte man ins Knappschaftskrankenhaus Senftenberg; dort sind beide an ihren Verletzungen gestorben. Der Arbeiter Rampe wurde nur leicht verletzt.

Das Unglück konnte verhütet werden, wenn der Bahnübergang eine Schranke hätte. In den letzten Jahren ist an dieser Stelle schon manches schwere Unglück passiert. Trotzdem wird dem Uebelstande nicht abgeholfen. In diesem Falle soll der Autofahrer Groß selbst am Unglück schuld sein. Er hat die Warnungssignale der Lokomotive gehört, aber er wollte noch über den Bahnübergang hinweg, da ein Landjäger da stand und seine Kraftwagenpapiere angeblich nicht ganz in Ordnung waren.

Ob diese Angaben stimmen, muß erst noch geprüft werden. Die Reichseisenbahn hat dafür zu sorgen, daß sofort eine Schranke an den Bahnübergang kommt. Was hilft sonst ihr RUWo.-Rummel, wenn der Staat nicht selbst mit gutem Beispiele vorangeht.

Eilenburg. Achtung, Parteimitglieder und Mitglieder des KJVD.! Am Dienstag, dem 5. März, 20 Uhr, nächster Schulungsabend im bekannten Lokal. Beginn des zweiten Kursus über das „Programm der Komintern" (sechs Abende). Lehrer: Genosse Bernhard Koenen, Halle. Alle Genossen müssen erscheinen.

Torgau. Von der Elbe. An der Elbbrücke ist mit der Freimachung des Brückenpfeilers vom Eis begonnen worden. Das Eis hat eine Stärke von 50 Zentimeter. Es ist ein schönes Naturschauspiel, wie der Strom mit den losgehackten Eisschollen verfährt. Er kantet sie um, dann verschwinden sie unter das Eis stromabwärts. Vielleicht ist dadurch eine Eisstauung zu befürchten. Aber eins ist bei den Arbeiten zu bemängeln. Der Bauwart Brandt steht den ganzen Tag auf der Brücke, wo er sich an dem Schauspiel ergötzt. An seine Pflichten denkt er aber nicht. Fangleinen und Rettungsringe fehlen bei der Arbeit. Es kann unter Umständen passieren, daß ein Arbeiter ins Wasser stürzt und er ist rettungslos verloren. Wir leben doch im Zeichen der RUWo. Alle schönen Plakate, wo auf Unfälle aufmerksam gemacht wird, nützen nichts, wenn die Verantwortlichen sich nicht danach richten.

Zellendorf. Mord am eigenen Kind? Vor einigen Tagen starb hier das erst wenige Tage alte Kind eines hiesigen Arbeiters unter auffälligen Begleiterscheinungen. Die Leiche wurde jetzt beschlagnahmt, weil man den Vater verdächtigt, das Kind ermordet zu haben. In seiner Trunkenheit soll er die Absicht geäußert haben, das Kind zu töten.

Dommitzsch. Biberkolonien. Im Nachbarort Polbitz wurden in einem Arm der Elbe, der sogenannten Weinske, mehrere Biberkolonien beobachtet. Die Tiere haben eine große Menge Weidenbäume bis zu 40 Zentimetern Durchmesser vollständig abgenagt, so daß es aussieht, als ob Holz gefällt worden ist.

Bad Liebenwerda. Wiedereinsetzung des Bürgermeisters. Vor dem preußischen Oberverwaltungsgericht fiel am Freitag die Entscheidung in dem seit 1924 im Gang befindlichen Disziplinarverfahren gegen Bürgermeister Dr. Geuting. Das Oberverwaltungsgericht hob das auf Dienstentlassung lautende Urteil des Bezirksausschusses in Merseburg auf und verurteilte Dr. Geuting zu einer Geldstrafe von 200 Mark. Die Kosten des Verfahrens der ersten Instanz trägt zu einem Siebentel der Bürgermeister. Alle anderen Kosten fallen der Staatskasse zur Last. Nach diesem Urteil muß der Bürgermeister durch den Regierungspräsidenten in sein Amt eingesetzt und die einbehaltene Hälfte seines Gehaltes nachgezahlt werden. — Auf die Angelegenheit werden wir noch zurückkommen.

Hohenleipisch. Was wird die Gemeindevertretung für ihre Erwerbslosen tun? In der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung, in dem sich die Widersprüche immer mehr verschärfen, das Elend breiter Volksmassen immer größer wird, wächst das Erwerbslosenheer ins Unendliche. Für Millionen Proleten besteht keine Aussicht, wieder in den Produktionsprozeß unterzukommen. Von diesem Elend der Arbeitslosigkeit werden in unserem Orte 100 Kollegen betroffen. In einer stattgefundenen Versammlung der Erwerbslosen wählten sich diese Kollegen einen Erwerbslosenrat, der aus drei Mann besteht. Vorsitzender ist der Kollege Artur Münich, Oppelhainer Straße. Einen Dringlichkeitsantrag haben nun diese Opfer der heutigen Wirtschaftsordnung an die Gemeindevertretung eingereicht, um zu erreichen, daß ihre Notlage gelindert wird. Gefordert wird in dem Antrag 10 Mark für jeden Erwerbslosen, Lieferung von Kohlen sowie 25 Prozent Mietbeihilfe laufend. Wie wir in Erfahrung gebracht haben, findet nun Mittwoch, den 6. März, 20 Uhr, im Gasthof Kießlinger, die Sitzung statt, wo sich die Vertreter der Gemeinde mit der Notlage der Erwerbslosen zu beschäftigen haben. Wir werden dort sehen, wie sich die bürgerliche Mehrheit und die SPD. entscheiden wird. Die Erwerbslosen sowie die Gesamtarbeiterschaft muß sich zur Pflicht machen, mehr als bisher die Gemeindevertretersitzungen zu besuchen. Erscheint restlos in der Gemeindevertretersitzung.

Alarm!

Alle Parteigenossen und RFB.-Kameraden werben im Monat März unermüdlich für den

„Klassenkampf"

Hohenleipisch. Die alten Kommunalüberlieferungen müssen verschwinden. Wenn wir die Frage aufwerfen betreffs Ueberlieferungen, die von Anno dazumal in der Gemeinde erhalten geblieben sind, aber nicht mehr der Neuzeit entsprechen, so ist schon damit der Weg, den die KPD. am Orte aufwirft, ein Kampfesweg, um die Massen von der Notwendigkeit des Abschaffens dieser Ueberlieferungen zu überzeugen. Welches sind nun diese? Es besteht am Orte, obwohl die Gemeinde 2700 Köpfe zählt, noch die Pflicht, daß jeder Ortseinwohner, außer den Beamten und Schullehrern, zum unentgeltlichen Gemeindedienst herangezogen werden kann. Das heißt zur Arbeit. Natürlich ist es immer die Arbeiterschaft, die unter diesen Bestimmungen zu leiden hat. Verschiedene dieser auszuführenden Arbeiten sind Grabmachen, Pflichtfeuerwehrdienst, Schneeschaufeln usw. Wer keine Zeit hat, muß einen anderen Mann stellen und ihn bezahlen. Es wird endlich Zeit, obwohl wir uns bewußt sind, daß die Vertreter des Bürgertums nicht für den Fortschritt zu gebrauchen sind, daß diese Uebelstände abgeschafft werden. Jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert, auch die Gemeindearbeit, die von den Arbeiterschichten des Ortes geleistet wird. Die Aufregung der Bevölkerung betreffs des Schneeschaufelns ist wieder sehr groß.

Jessen. Stadtverordnetensitzung und Elsterregulierung. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde u. a. über die Zahlungseinstellung der die Elsterregulierungsarbeiten durchführenden Firma A. E. A. Ekström, Altona, gesprochen. Es wurde ein Schreiben des Vorstandes der Unterhaltungsgenossenschaft Schwarze Elster vorgelesen, wonach der Genossenschaftsvorstand die Arbeiten in eigener Regie zu Ende zu führen gedenkt. Um für die Beschaffung notwendiger Geräte genügend Geld flüssig zu machen, sind in Berlin Verhandlungen mit Erfolg gepflogen worden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Genossenschaft ein verbilligtes Darlehn in Höhe von 80 000 Mark zur Verfügung gestellt wird. Die Frage, wer nun endlich die Arbeiten beendigen wird, ist noch nicht spruchreif. Bisher ist die Firma Ekström noch nicht mit Vorschlägen an die Unterhaltungsgenossenschaft Schwarze Elster herangetreten. Der strenge Frost begünstigt die Verzögerungspolitik der Firma. Ihr Hauptgläubiger soll u. a. den Vorschlag gemacht haben, selbst die Arbeiten zum Abschluß zu bringen, wofür jedoch bei der Genossenschaft wenig Neigung bestehen soll. Ueber das tatsächliche Ergebnis der Verhandlungen ist noch nichts bekannt.

Bitterfeld-Wittenberg

Blumen aus Piesteritz

An den verschiedensten Stellen wurde schon des öfteren Beschwerde über die Zustände im Piesteritzer „Floratempel" geführt. Die beiden Blumen, die dort wachsen und gedeihen, wetteifern miteinander um den Vorrang im Schikanieren der Fortbildungsschüler.

„Blume der Große" und „Blume der Kleine", zwei würdige Vertreter derjenigen, die heute in der „freiesten der Republiken" als Pädagogen auf die Arbeiterjugend losgelassen werden. Beide dulden in ihrem Bereich kein Wort der Kritik oder Widerrede. Blume lieferte in der jüngsten Zeit dafür wieder ein Beispiel:

Trotz der größten Kälte zwingt er die Schüler, ihr kärgliches Frühstück im Freien zu verzehren.

„Seht Euch vor, daß Ihr keinen Sonnenstich bekommt,"

mit diesen Worten verhöhnte er die Schüler, die es wagten, einen schüchternen Protest einzuwenden.

Um die Glieder, die durch die Betriebsarbeit völlig ausgemergelt sind, nicht erstarren zu lassen, begannen die Schüler eine Schneeballschlacht. Dabei flogen einige Bälle zufälligerweise in den Flur der Schule.

Dieser Vorfall genügte, da die Schüler sich weigerten, den „Schuldigen" zu verraten, die ganze Klasse zum einstündigen Nachsitzen zu verurteilen.

Man kann sich das ja leisten. Kuntz, seines Zeichens Sozialdemokrat und Gemeindevorsteher von Piesteritz, stärkt den Lehrern das Rückgrat. Jede Beschwerde von Blum oder Blume über die „unverbesserlichen Schüler" genügt, um Kuntz zu veranlassen, ohne jede Untersuchung der Angaben, eine nicht geringe Geldstrafe über die Schüler zu verhängen.

Unser Rat an die zwei Blumen ist der: Wenn man mehr Talente zum Angeben und Anzeigen hat, so soll man nicht als Lehrer in einer Schule arbeiten, sondern Werksspitzel oder Polizist werden.

In Piesteritz werden diese Lehrer bald ausgespielt haben, wenn die ältere und jüngere Arbeiterschaft geschlossen sich gegen das Treiben dieser Lehrer wendet.

Roitzsch. Helft auch den Erwerbslosen. Im Tagebau der Grube „Theodor", wo durch immerwährenden Zufluß des Wassers in den Tümpeln kein Eis gefriert, halten sich jetzt annähernd 200 Wildenten auf. Da aber die Grubengewässer sehr wenig Futtermittel mit sich führen, geht man seitens der Leitung zum Füttern über. Viele der Tiere sind so schwach, daß sie kaum noch fliegen können. An und für sich eine schöne Tat der Grubenleitung, wenn diese Tiere der Natur erhalten bleiben. Doch wünschen die werktätigen Einwohner, daß man endlich auch dazu übergehen wird, die Erwerbslosen und deren Familien ebenfalls durch Speisungen zu unterstützen.

Zschornewitz. Raubüberfall in der Heide. In der Heide wurde ein Friseurgehilfe, der sich auf dem Wege nach Zschornewitz befand, von zwei Personen überfallen. Er setzte sich jedoch mit einer Schere so kräftig zur Wehr, daß der eine der Räuber die Flucht ergriff, während sein Kumpan schwer verletzt liegen blieb. Der Friseurgehilfe brach nach dem Kampf ohnmächtig zusammen. Er wurde später von Arbeitern aufgefunden und nach Jeßnitz übergeführt. Den verletzten Wegelagerer brachte man ins Krankenhaus.

Rundfunk-Programm

Dienstag, den 5. März

12 Uhr: Schallplattenkonzert. 14 Uhr: Funkwerbenachrichten. Anschließend: Leseproben aus den Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt. 15 Uhr: Frostmeldungen. 15.15 Uhr: Musikalische Kaffeestunde mit Funkwerbung. 16.30 Uhr: Heitere sinfonische Musik. (Von 16.30 bis 17.30 Uhr: Uebertragung auf den Deutschlandsender.) 17.45 Uhr: Wettervoraussage, Zeitangabe und Funkwerbenachrichten. 18.05 Uhr: Frauenfunk: „Mütter berühmter Dichter." 18.30 bis 18.55 Uhr: Französisch für Anfänger. (Deutsche Welle, Berlin.) 18.55 Uhr: Arbeitsnachweis. 19 Uhr: „50 Jahre Bulgarien." 19.30 Uhr: „Die heutigen Aufgaben des Britischen Weltreichs." II 20 Uhr: Bunte Musik. 21 Uhr: Deutsche Erzähler: Ludwig Tieck: Des Lebens Ueberfluß. 22 Uhr: Schneebericht, Wettervoraussage, Pressebericht und Sportfunk. Anschließend: Funktanzstunde. Danach: Tanzmusik.

Wie wird das Wetter?

Für Dienstag: Wolkiges Wetter mit einzelnen leichten Schneeschauern und leichtem Frost.

Für Mittwoch: Frostverstärkung wahrscheinlich.

Briefkasten

Alsleben. Aufforderung zur März-Ehrung kam zu spät.

Verantwortlich: Alfred Grade, Halle a. d. S., für Politik und Wirtschaft; Erich Behnke, Halle a. d. S., für Lokales und Saalkreis; Kurt Kühn, Merseburg, für Provinz (Merseburg, Weißenfels, Mansfeld, Nordhausen) und Sport; Fritz Lessig, Halle a. d. S., für Provinz (Bitterfeld, Wittenberg, Delitzsch, Torgau); Marianne Gundermann, Halle a. d. S., für Feuilleton; Bernhard Koenen, Merseburg, für Gewerkschaften und Aus den Betrieben; Fritz Krob, Halle a. d. S., für den Verlag, Anzeigenteil und Druck.

Unsere Leser bitten wir, den Abonnementsbetrag an die Trägerin nur gegen Ueberreichung der Quittung zu verabfolgen. **Das Abonnementsgeld ist im voraus zu entrichten.** Wir bitten dringend, die Einkassierung unseren Trägerinnen zu erleichtern. Der Verlag.

K · P · D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau und Kasse: Lerchenfeldstraße 14
Tel. 214 73, Postscheckkonto Leipzig 107 001
Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär
Geschäftszeit: Täglich 9 bis 18 Uhr
Sonnabends nachmittags geschlossen

Stadtorganisation Halle

Stadtteil Osten. Dienstag, 5. März, 20 Uhr, bei Lohse Stadtteilleitungssitzung.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Wörmlitz-Böllberg. Alle Parteigenossen, die mit nach Bitterfeld am 17. März fahren, melden sich umgehend beim Genossen Schaper, Wörmlitz-Böllberg 47, und beim Genossen R. Mertins, Wörmlitz-Böllberg 43.

Lettin. Dienstag, 5. März, 20 Uhr, in der „Erholung" Fortsetzung des Kursus. Referent: Gen. Behnke.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Merseburg. Dienstag, 5. März, 20 Uhr, Gewerkschafts- und Betriebsfunktionäre Sitzung in der „Quelle".

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Zeitz. Mittwoch, 20 Uhr, in der „Kaffeeschänke" Probe der Agitprop-Truppe.

Zeitz. Dienstag, 5. März, 14 Uhr, in der „Reichshalle" Erwerbslosenversammlung.

Unterbezirk Mansfeld

Wansleben-Amsdorf. Achtung, Fahrt nach Bitterfeld. Alle Teilnehmer müssen sich schon jetzt beim Genossen O. Ossig und K. Schwietzer melden zwecks Einteilung. Auch Fahrgeld muß bis zum 10. März dort abgeliefert werden.

Eisleben. Dienstag, 5. März, 20 Uhr im „Volkshaus" Sitzung der erweiterten UBL.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg

Bitterfeld. Dienstag, 5. März, 20 Uhr, außerordentliche Funktionärsitzung. Zu erscheinen haben alle Pol- und Org-Leiter sowie alle Unterkassierer der Betriebs- und Straßenzellen. Auch alle anderen Funktionäre müssen erscheinen.

Unterbezirk Delitzsch

Eilenburg. Dienstag, 5. März, 20 Uhr, Beginn des Programm-Kursus. Referent: Gen. B. Koenen.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Arbeitsgebiet Bockwitz. Dienstag, 5. März, 20 Uhr, im „Volkshaus" Arbeitsgebietsversammlung. Referent ist anwesend.

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Adresse: Max Bentwitz, Halle a. d. S., Pfännerhöhe 2, Hof 2 Treppen. Telephonnummer 299 95. Postscheckkonto: Max Bentwitz, Leipzig Nr. 291 97.

Mitteilung der Gauführung

Morgen geht Euch der Arbeitsplan zu, nehmt sofort Stellung und setzt die Anweisungen in die Praxis um.

Halle. Mittwoch, den 6. März, 20 Uhr, in der „Goldenen Kette" Sitzung aller Abteilungsführer. Restloses Erscheinen erforderlich.

Halle. Abt. 3 (Westen). Dienstag, den 5. März, 13.45 Uhr, treffen sich alle erwerbslosen Kameraden und solche Kameraden, deren Zeit es erlaubt, auf dem Weingärtenplatz zur Trauerfeier des Kameraden Paul Werge.

Halle. Abt. 4 (Norden). Alle Funktionäre und Kameraden, welche sich an dem Kursus beteiligen wollen, treffen sich um 8 Uhr bei Barth, Körnerstraße.

Halle. **Geschlossener Spielmannszug.** Dienstag, den 5. März, 19.30 Uhr, Antreten zum Ueben bei Wötzel.

Untergau Halle-Saalkreis

Alle Kameraden, die mit nach Bitterfeld fahren, müssen sich umgehend beim Kameraden Schafer und beim Kameraden Fiedler melden. Sorgt für Massenbeteiligung.

Untergau Zeitz

Zeitz. Dienstag, den 5. März, Uebungsstunde.

Untergau Wittenberg

Wittenberg. Mittwoch, den 6. März, 19 Uhr, Stellungnahme zur Belegschaftsv.

Untergau Bitterfeld

Wolfen. Mittwoch, den 6. März, 19 Uhr, bei Heese Vollversammlung. Bundeskleidung. Liederbücher. Wichtige Tagesordnung.

Rote Jungfront Halle-Merseburg

Halle. Norden. Dienstag, den 5. März, 19 Uhr, Versammlung im Lokal Barth, Körnerstraße.

Halle. Abteilungsführer. Montag, den 4. März, 18½ Uhr, kurze Besprechung im Gaubureau.

Halle. Abt. 2 (Süden). Dienstag, den 5. März, 20 Uhr, im „Thüringer Schlößchen" Funktionärsitzung. Alle Funktionäre müssen erscheinen.

Wittenberg. Mittwoch, den 6. März, 20 Uhr, Versammlung im Gewerkschaftshaus.

Wittenberg-Piesteritz. Die Abteilungen müssen die Betriebsversammlungen vorbereiten. Sammelt Adressen und Material und sendet es der Gauführung zu.

Roter Frauen- und Mädchen-Bund

Halle. Mittwoch, 6. März, 20 Uhr, Mitgliederversammlung im „Volkspark".

Halle. Donnerstag, 7. März, findet im „Reichsadler" Trotha eine Werbeveranstaltung statt, veranstaltet vom RFMB. und KPD., Stadtteil Norden. Eintritt 20 Pf. Jede RFMB.-Genossin ist verpflichtet, dafür Propaganda zu machen und recht viele werktätige Frauen einzuladen.

Kommunist. Jugendverband Deutschlands

Bezirk Halle-Merseburg
Jugendsekretariat Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14
Fernsprech-Nummer 21473

Mitteilung der BL. Heute geht allen Gruppen der Berichtsbogen zu. Füllt diesen sofort aus und sendet diesen bis zum Freitag an uns ein.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Ammendorf. Dienstag, 5. März, Gruppenabend. Thema: Märzkämpfe.

Halle, Gruppe Westen. Dienstag Zehnerschaftsführer von 18 bis 19 Uhr Abrechnen beim Kassierer im Bureau.

Halle. Mittwoch laden alle Zehnerschaftsführer ihre Mitglieder nochmals ein zur Kundgebung im „Volkspark".

Ammendorf. Mittwoch, 6. März, 18 Uhr, Abmarsch der Gruppe vom „Ei" zur Kundgebung nach Halle.

Nietleben. Mittwoch beteiligen sich alle Genossen an der Kundgebung im „Volkspark".

Zwintschöna. Mittwoch, 6. März, Beteiligung an der Kundgebung in Halle. Abmarsch 18 Uhr von Horns.

Unterbezirk Merseburg

Kötzschen. Mittwoch, 6. März, Informationsabend.

Unterbezirk Weißenfels

Weißenfels. Montag, 4. März, Rotes Sprachrohr im Jugendheim.

Teuchern. Dienstag, 5. März, Monatsversammlung im „Grünen Baum". Referent von Halle ist anwesend.

Unterbezirk Mansfeld

Eisleben. Mittwoch, 6. März, Gruppenabend. Thema: Märzkämpfe.

Teutschenthal. Mittwoch, 6. März, Gruppenabend. Alle Genossen müssen erscheinen.

Unterbezirk Nordhausen

Nordhausen. Mittwoch, 6. März, im Vereinshaus Märzgedächtnisfeier.

Unterbezirk Bitterfeld

Bitterfeld. Mittwoch, 6. März, Gruppenabend im „Volkshaus". Diskussionsabend über die Märzkämpfe.

Jung-Spartakus-Bund

Bezirksleitung f. Halle-Merseburg
Halle a. d. Saale, Lerchenfeldstraße 14

Halle. Dienstag, 5. März, Probe in der Produktiv.

Halle. Mittwoch beteiligen sich alle Pioniere, die Ostern aus der Schule kommen, gemeinsam mit ihren Eltern an der Protest-Kundgebung im „Volkspark".

Ammendorf. Dienstag, 5. März, Bericht von der Bezirkskonferenz.

Ammendorf. Dienstag, 5. März, Gruppenabend. Bericht von der Bezirkskonferenz.

Bund der Freunde der IAH

Landesverband Halle-Merseburg
Bureau: Halle, Gr. Steinstr. 16 Telephon 291 50
Postscheckkonto Leipzig 16379, Joh. Höcker

Alsleben. Dienstag, 5. März, 20 Uhr, im Lokal „Goldener Ring" Filmaufführung „10 Tage, die die Welt erschütterten".

Osterfeld. Dienstag, 5. März, 20 Uhr, im Kino Filmaufführung „Palast und Festung".

Zahna. Dienstag, 5. März, 20 Uhr, in den „Stern-Lichtspielen" Filmaufführung „Schinderhannes".

Piesteritz. Mittwoch, 6. März, 20 Uhr, im „Schützenhaus" Filmaufführung „Schinderhannes".

Hettstedt. Mittwoch, 6. März, 20 Uhr, im Lokal „Goldener Stern" Generalversammlung. Referent vom Landesvorstand Genosse Hans Höcker, Halle. Jedes Mitglied ist verpflichtet, zur Generalversammlung unbedingt zu erscheinen.

Sangerhausen. Donnerstag, 7. März, 20 Uhr, im „Herrenkrug" Generalversammlung. Referent vom Landesvorstand Genosse Hans Höcker ist anwesend. Jedes Mitglied ist verpflichtet, zu erscheinen.

Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit (Deutsche Sektion)

Ortsgruppe Halle. Unser Mitglied Paul Werge ist an seinem im Kriege erlittenen Verletzungen erlegen. Die Trauerfeier findet Dienstag 15 Uhr in der kleinen Kapelle des Gertraudenfriedhofes statt. Restloses Erscheinen unserer Mitglieder ist Pflicht.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290304-19/fragment/page=0012

Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle=Merseburg

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn= und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv=Genossenschaft für den Bezirk Halle=Merseburg eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Mit der Illustrierten Arbeiter=Zeitung **Der Rote Stern**

Anzeigenpreis: 13 Pf. f. d. mm Höhe u. Spalte; 70 Pf. im Textteil. Fernrufe: (Red.) 21045, (Verl.) 21047, (Prod.=Gen.) 22251. Telegr.=Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonten: Commerz= u. Privat=Bank Halle; Friedmann & Co., Halle; Kreisbank d. Saalkreises, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 106848 Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Montag, 4. März 1929 | 9. Jahrgang ⋆ Nr. 53

Das hungernde Mansfeld rüstet zum Kampf

Ueberfüllte Versammlungen — Die Kündigungsaktion — Die Opposition entwickelt ihr Programm

Seht den Gewerkschaftsführern auf die Finger! Wählt Kampfleitungen!

Nützt die günstige Situation

zur restlosen Erkämpfung Eurer Forderungen aus

Halle, 4. März.

Während der Reichsarbeitsminister Wissell auf der Leipziger Messe unter dem Beifall der Vertreter der Großindustrie und des Großhandels Reden hielt und dabei versprach, mitzuhelfen, „die Beziehungen Deutschlands zum Auslande zu erweitern und zu vertiefen“ (was Wissell durch die Abwürgung von Lohnkämpfen und die Verbindlichkeitserklärung von Hungerschiedssprüchen schon bewiesen hat und weiter beweisen wird), sammelten sich im mitteldeutschen Waldenburg, im Hungerland Mansfeld, die Arbeiter der Mansfeld A.=G. Wohl alle Versammlungen, die gestern stattfanden und zur dortigen Lohnbewegung Stellung nahmen, waren überfüllt. Dicht gedrängt saßen die Arbeiter der Mansfeld A.=G. und lauschten den Ausführungen der Referenten und der Gewerkschaftsopposition.

Sie haben es satt, sich dem Diktat der Mansfeld A.=G. zu beugen. Sie glauben das Märchen von der Notlage der MAG. schon längst nicht mehr. Sie empfinden alle das Bewußtsein der proletarischen Solidarität, die Notwendigkeit der einheitlichen Klassenfront und der revolutionären Kampfführung.

Wie ist die Lage?

Sie wurde von den Gewerkschaftsangestellten folgendermaßen geschildert: Die Mansfeld A.=G. kann zahlen. Besonders die steigenden Kupferpreise geben ihr die Möglichkeit, die Forderung der Mansfeld=Arbeiter voll zu erfüllen. Den Schiedsspruch des Schlichters, daß die Mansfeld A.=G. ab 1. Januar eine vierprozentige Lohnerhöhung zu zahlen hätte,

konnte der sozialdemokratische Reichsarbeitsminister Wissell „nur aus rein formal=juristischen Gründen (das sagte Wolfram aus Halle wörtlich in Helfta!) nicht für verbindlich erklären“.

Der Schiedsspruch war nur von dem Vorsitzenden angenommen worden; die Tarifparteien hatten ihn abgelehnt. Wenn also diese „rein formal=juristischen Gründe“ nicht vorlagen, hätte der sozialdemokratische Arbeitsminister Wissell diesen unmöglichen Hungerschiedsspruch für verbindlich erklärt. Inzwischen hat die Mansfeld A.=G. den bekannten Aushang angeschlagen, nach dem sie ab 1. März „freiwillig“ eine etwa vierprozentige Lohnerhöhung zahlen will. Dieser freche Vorstoß der Mansfeld A.=G. brachte die Gewerkschaftsführer in eine schwierige Situation, die nur aufgewogen wird durch die große Kampfstimmung, die unter den Mansfelder Arbeitern herrscht. Als infolgedessen Herr Heinold merkte, daß die Mansfelder Arbeiter auf seinen Bauerntrick nicht hereinfielen, rief er zum Sonnabend, den 2. März, zu einer unverbindlichen Aussprache die Gewerkschaftsführer zu sich. Dort soll er sie außergewöhnlich liebenswürdig behandelt haben.

Die Mansfeld A.=G. wird nun wiederum den Schlichter anrufen und wahrscheinlich die Verbindlichkeitserklärung des alten oder eines neuen Schiedsspruches verlangen.

Inzwischen läuft

die Kündigungsaktion der Gewerkschaften.

Die Arbeiter unterzeichnen in ständig steigender Zahl die Kündigungszettel, liefern sie an die Gewerkschaften ab und diese wollen damit, wie ihre Redner wörtlich erklärten, „bei den neuen Verhandlungen Eindruck auf den Schlichter machen“. Mit Pathos erklärten überall die Gewerkschaftsführer, „die Stunde ist glücklich, sie muß ausgenutzt werden“. „Noch nie haben wir so wie hier die Möglichkeit gehabt, unsere Forderungen restlos durchzudrücken.“ Die Forderungen der Gewerksch[illegible] ... Konferenz auf 15 Proz[illegible]

Die „Partei der Unorganisierten“

Organisation und Klassenbewußtsein — Wer ist minderwertig?

II.

Wir Kommunisten sind die letzten, die die Bedeutung der Organisation unterschätzen. Aber es kommt nicht auf die Organisation an sich an, sondern auf den Geist, der in ihr herrscht und die Leute, die sie führen. Gewerkschaftliche Organisationen, in denen die verlogene Ideologie des Wirtschaftsfriedens zu Hause ist und deren Führer die Klasseninteressen der Bourgeoisie statt ihrer proletarischen Mitgliedermassen vertreten, haben nicht nur keinen Wert für den proletarischen Klassenkampf, sie können Hindernisse desselben sein. Das muß man offen aussprechen. Auf unseren konkreten Fall zugeschnitten heißt das: Nur wenn die Gewerkschaften von Klassenbewußtsein erfüllt sind und unter revolutionärer Führung stehen, können sie der ihnen schon von Marx zugeschriebenen Aufgabe, Hebel bei der Aenderung des jetzigen Lohnsystems, bei der Beseitigung des Kapitalismus und der Errichtung des Sozialismus zu sein, gerecht werden.

Das Klassenbewußtsein, das die reformistischen Gewerkschaftsführer mit allen Mitteln und Methoden in den Gewerkschaften durch die Ideologie der Wirtschaftsdemokratie zu ersetzen suchen, ist keinesfalls an die Organisation selbst gebunden. Stellen wir uns doch nur einmal in der Praxis vor, wie wir selbst, unsere Kollegen und Genossen, klassenbewußt geworden sind und uns den Organisationen, die zur Führung des Kampfes unserer Klasse da sind, angeschlossen haben. Wir müssen dann feststellen, daß sich im allgemeinen das Klassenbewußtsein zuerst entwickelte, und zwar auf Grund der durch Erfahrung entstandenen Erkenntnisse der gesellschaftlichen Verhältnisse, also zum Beispiel durch Teilnahme an irgendwelchen Auseinandersetzungen zwischen den Klassen. Mit diesem Wachstum des Klassenbewußtseins ist dann als Folge davon die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Zugehörigkeit zur Klassenorganisation, zu den Gewerkschaften, den Genossenschaften und schließlich zur Partei verbunden. Das Wachsen unseres Klassenbewußtseins und die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Klassen=Organisationen sind also Produkte des Klassenkampfes selbst, des lebendigen, wechselvollen, ununterbrochen auf= und abwogenden Kampfes zwischen den Klassen.

Die Entwicklung des Klassenbewußtseins ist ferner in erster Linie abhängig von den durch die gemeinsamen Produktionsverhältnisse bedingten gemeinsamen Interessen. Es wird erweckt durch den Klassenkampf selbst und führt schließlich zur Teilnahme an der Klassenorganisation.

In diesen Ausführungen ist eigentlich schon die Beantwortung der Frage, ob die Unorganisierten minderwertiger sind als die Organisierten, enthalten. Es kommt in erster Linie darauf an, daß der Arbeiter Klassenbewußtsein besitzt und es durch Teilnahme am Klassenkampf selbst beweist. Diesen Beweis führten in allen Wirtschaftskämpfen der letzten Jahre viele Zehntausende der Unorganisierten. Wer vor diesen Tatsachen die Augen verschließt, unterschlägt sich selbst eines der wichtigsten Merkmale der Linksbewegung der deutschen Arbeiterklasse und ihres wachsenden Klassenbewußtseins und Kampfwillens.

Sollen wir gewerkschaftlich Organisierten nun die Unorganisierten, die mit uns gemeinsam kämpfen, als minderwertig betrachten? Die Frage so gestellt zeigt, daß die Frage nach der Minderwertigkeit überhaupt falsch gestellt ist. Der revolutionäre Arbeiter stellt angesichts der vorliegenden Tatsachen die Frage so: Mit welchen Methoden binde ich den Unorganisierten, der mit uns kämpfte, für immer und fest an die Kampffront der klassenbewußten organisierten Arbeiter?

Die idealste Methode wäre seine freigewerkschaftliche Organisierung und Beteiligung an allen Kämpfen der Gewerkschaftsopposition. Tatsächlich ist und bleibt das auch das oberste Ziel unserer Arbeit um den Unorganisierten. Doch dieses Ziel ist nicht von heute auf morgen zu erreichen, es ist, wie wir schon sagten, letzten Endes ein Produkt des Klassenkampfes selbst, aber dieser Klassenkampf kann heute — in der Periode des Imperialismus, des sterbenden Kapitalismus (wie Lenin sagt) — nicht mehr nur als eine Schule für die Arbeiterklasse betrachtet, sondern er muß so geführt werden, daß das Proletariat siegreiche Schlachten mit ihm schlagen kann. Doch wer in einer Schlacht siegen will, führt nicht nur die höchst qualifizierten Kräfte ins Feld. Er mobilisiert alles um seine Führung, was sich zum Kampfe ge-

Zehn Jahre K[illegible]

Große Kundgebungen in Berlin — Die Po[illegible] ...risch

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 4. März.**

Die Kommunistische Partei veranstaltete gestern in vier verschiedenen Sälen Berlins Kundgebungen zur Feier des zehnjährigen Bestehens der 3. Internationale. In der „Plaza“ waren das Parkett und die Ränge dicht besetzt. Das „Rote Sprachrohr“ zeigte sein neuestes Programm, vor den Berliner Arbeitern stürmisch begrüßt. Genosse Schneller zeigte dann in seinem Referat die geschichtliche Entwicklung auf, die zur Gründung der 3. Internationale vor zehn Jahren geführt hat. Am Schlusse der Kundgebung wurde mitgeteilt, daß das „Rote Sprachrohr“ vom Autoweg verhaftet worden sei, weil es seine rote Fahne mitführte.

Der Anwesenden bemächtigte sich eine berechtigte Empörung, die noch gesteigert wurde durch das unerhört provokatorische Benehmen der Polizei nach Schluß der Kundgebung, die es darauf abgesehen hatte, Zusammenstöße herbeizuführen.

Die Autos des Ueberfallkommandos fuhren rücksichtslos in die dichtstehende Masse hinein. Als ein Betrunkener, offenbar ein Agent provocateur, über die Straße torkelte, hieb ein ganz junger Beamter auf die vorbeiflutenden Massen ein. Das war das Signal für ein allgemeines Vorgehen der Polizei. Sie, in der Hauptzahl junge Beamte, drangen in den Vorraum der „Plaza“ ein und schlugen jeden, der ein proletarisches Abzeichen trug, nieder. Selbst vor Frauen und Kindern wurde nicht haltgemacht.

Der leitende Polizeileutnant ließ die Revolver entsichern und nur der Disziplin der Arbeiterschaft ist es zu verdanken, daß es nicht zu einem Blutbad kam.

Die Besucher der Nachmittagsveranstaltung der „Plaza“ konnten nicht in das Varieté gelangen. Nur wer sich eine Autotaxe mietete, hatte Aussicht, ohne Gummiknüppel über den Platz zu kommen. Reichstagsabgeordneter Genosse Schneller begab sich sofort auf das zuständige Revier, wo man ihm ausdrücklich bestätigte, daß die Genossen vom „Roten Sprachrohr“ nur wegen ihrer roten Fahne verhaftet worden seien. Bis zur Stunde sind die Genossen vom „Roten Sprachrohr“ und andere zahlreiche, willkürlich aus der Menge heraus verhaftete Arbeiter noch nicht wieder freigelassen.

In L[illegible] ... Arbeiterinnen im „Sch[illegible] ... Im Mittelpunkt [illegible] ...nossen Willi Münz[illegible]

Die 3[illegible] ... glänzenden Besuch [illegible] ...zeichnen. Darbietunge[illegible] ...nes russischen Balalai[illegible] ...arken Beifall. In seine[illegible] einen kurzen Ueberbli[illegible] der Kommunistischen [illegible] ...tionale. Er brandma[illegible] ...artei, die bei der Soz[illegible] Wege zu ihr sind. D[illegible] ...ichen Kampfe gegen d[illegible] dem klassenbewußte[illegible]

In de[illegible] ...enburg sprach Genosse [illegible] ...Prolog „Zehn Jahre K[illegible] ...onale“ wurde die wuch[illegible]

Zum 10. Jahrestag der KJ.

Aufklärungskampagne in der Sowjetunion

(Inprekorr.) **Moskau, 2. März.**

Das ZK. der KPSU. beschloß, vom 4. März bis zum 1. Mai eine große Aufklärungskampagne anläßlich des Zehnjahrestages der Kommunistischen Internationale in der Partei, im Kommunistischen Jugendverband und unter den Arbeitern und Bauernmassen durchzuführen. Diese Kampagne ist die Fortsetzung der bereits nach dem VI. Kongreß von der Partei auf dem Gebiete der internationalen Erziehung der Massen begonnenen Arbeit.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290304-19/fragment/page=0013